Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KLASSENKAMPF

Juni 75/3. Jhg. Nr. 6 Zeitung des Kommunistischen Bundes Wien (KB Wien) P.b.b. Preis: S.3.-

Regierung plant höchste Mehrwertsteuer Europas

Nach dem Willen der Bundesregierung soll die staatliche Ausplünderung verschärft werden: Finanzminister Androsch hat angekündigt, dass die Mehrwertsteuer von 16 % auf 18 % und das Briefporto von S 2,-- auf S 3,-- erhöht werden. Bundeskanzler Kreisky dazu: "Wenn Androsch glaubt, er braucht das, dann wird er schon recht haben." Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 % und die Verteuerung des Portos sollen dem bürgerlichen Staat pro Jahr 6 Milliarden S an Mehreinnahmen bringen. Noch nicht festlegen will sich die Regierung bezüglich des Zeitpunktes der Erhöhung, zu Beginn des Wahlkampfes für die Nationalratswahlen im Herbst wird die SP ihre "Absichten erklären". Aus den bürgerlichen Zeitungen kann aber heute schon jeder entnehmen, dass der 2. Jänner 1976 der Beginn einer weiteren Steuerausplünderung der werktätigen Massen, der Rentner und Pensionisten und der kleinen Bauern sein soll. Dort ist auch zu lesen, dass das Budgetdefizit 1976 (22 Milliarden) anders nicht gedeckt werden kann - es sei denn, "man gefährde Arbeitsplätze". An zusätzlichen Steuern und Postgebühren wird ab 1976 jeder Werktätige und Rentner S 15o,-- pro Monat zu zahlen haben! (siehe auch S. 3)

NATO-Gipfelkonferenz

USA wollen Positionen in Europa festigen

Die amerikanischen Imperialisten haben nach ihrer schmählichen Niederlage in Indochina ihre Hoffnungen, die Weltherrschaft zu erringen, keineswegs aufgegeben. In ihrem Wettstreit mit der sozialimperialistischen Sowjetunion nimmt Europa aufgrund seiner enormen ökonomischen, militärischen und politischen Bedeutung eindeutig die erste Stelle ein. Daraus ergibt sich der grosse Stellenwert, den die NATO in den strategischen Plänen des amerikanischen Imperialismus einnimmt. Auf der Brüsseler NATO-Konferenz (29.-3o. Mai) haben die USA einen neuerlichen Versuch unternommen, ihre Stellung im nordatlantischen Bündnis zu stärken.

Betrachtet man das militärische Kräfteverhältnis zwischen den beiden Supermächten in Europa, so haben die USA-Imperialisten durchaus Grund, sich Sorgen zu machen. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben in der letzten Zeit ihre Truppenstärke in Europa beträchtlich erhöht, ihr Waffenarsenal auf den neuesten Stand gebracht und über die Verstärkung ihrer militärischen Präsenz im Mittelmeer und in den nordeuropäischen Gewässern deutlich ihre Absicht dokumentiert, Europa auch von Süden und Norden her in die Zange zu nehmen. Dazu kommt, dass der Zerfall der NATO immer rascher voranschreitet, während die Sowjetunion den zentrifugalen Tendenzen innerhalb des Warschauer Paktes bisher besser Herr werden konnte.

Angesichts der enormen Bedeutung Europas und der unverhüllten Absichten der beiden Supermächte, die Weltherrschaft zu errichten, ist klar, dass die amerikanischen Imperialisten keineswegs auch nur einen Augenblick daran denken, ihre politische und militärische Präsenz hier zu beenden. Sie sind im Gegenteil gerade nach der Niederlage in Indochina dazu gezwungen, sich noch stärker als bisher in die inneren Angelegenheiten der europäischen Länder einzumischen, um ihre Position gegenüber dem Sozialimperialismus verteidigen zu können.

FORTS. SEITE 2o

Berichte zu Indochina



Vereint im befreiten Südvietnam: Soldaten der Befreiungsarmee mit ehemaligen Söldnern der Thieu-Armee

Spendet für den Aufbau des Gesundheitswesen in Kambodscha!

Höhere Sozialversicherungsbeiträge ?

"Die Schere zwischen Beitragseinnahmen und Bundeszuschuss kann man nicht weiter auseinandergehen lassen", stellte Finanzminister Androsch nach dem Ministerrat am 4. Juni bezüglich der Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge fest. Auf gut deutsch heisst das: Weil die Sozialversicherungsbeiträge hinter den Erwartungen zurückbleiben, gleichzeitig der Staat seine Zuschüsse an die Krankenkassen nicht erhöhen will, sollen die versicherten Lohnabhängigen höhere Beiträge zahlen und schlechtere ärztliche Versorgung akzeptieren. Krankenkassendirektor Dragaschnig: "Wir müssen eben weiter rationalisieren und sparen".

Krise in der Bauindustrie

Westeuropa

Die allgemeine Krise der Bauindustrie in Europa wirkt sich ganz empfindlich auf den Neubau von Wohnungen aus. Sind in der Bundesrepublik Deutschland die Bauinvestitionen insgesamt im vergangen Jahr um 8,4 % zurückgegangen, so betrug der Rückgang beim Wohnungsbau 15 %. Die Anzahl der Arbeitslosen in der Bauindustrie erreichte die gewaltige Zahl von 2oo.ooo. Ähnlich schaut auch die Lage in den anderen europäischen Ländern aus. In der Schweiz ist das Bauvolumen um 1o % zurückgegangen, in Frankreich sind die Pleiten in der Bauindustrie um 36 % angestiegen.

Österreich

In den letzten Jahren zeigte sich in der Bauwirtschaft, dass sowohl Auftragsanteil des Staates (von 16 auf 12 %) wie auch der Länder und Gemeinden(von 21 auf 18 %) zurückgegangen ist. (Presse, 7.6.)

Österreichischer Außenhandel rückläufig

Im ersten Vierteljahr 1975 erreichten die Einfuhren einen Wert von 4o.3o3 Millionen Schilling und lagen um 1.549 Millionen Schilling oder 4 % unter jenem des Vorjahreszeitraumes. Die Ausfuhrwerte verringerten sich um 66 Millionen Schilling auf 31.235 Millionen Schilling. Die Aussenhandelsbilanz schloss somit in den ersten drei Monaten 1975 mit einem Passivsaldo von 9.o68 Millionen gegenüber 1o.551 Millionen Schilling im gleichen Zeitraum des Vorjahres (Abnahme 14 %).

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Österreich

Arbeitslose

		1974	1975
	Jänner	71.234	74.667 (Steigerung plus 4,8%)
	Februar	63.548	72.931 (plus 14,8%)
	März	49.170	60.569 (plus 23,2%)
	April	39.322	56.107 (plus 42,7%)
Davon männliche Arbeitslose:	Jänner	30.870	41.580 (plus 34,7%)
	Februar	24.883	40.227 (plus 61,7%)
	März	14.223	31.237 (plus 119,6%)
	April	8.312	25.355 (plus 205 %)

Kurzarbeit			
	Jänner	1.049	5.479
	Februar	1.345	6.768
	März	426	8.174
	April	323	7.564
Niederösterreich	März	9.307	9.984
	April	6.838	8.471
Steiermark	März	6.926	11.131
	April	5.282	9.309
Oberösterreich	März	7.356	8.000
	April	6.103	7.556
Kärnten	März	7.617	9.708
	April	5.398	8.307
Salzburg	März	2.147	3.223
	April	2.137	3.639
Wien	März	8.853	9.128
	April	8.202	9.461

Die Krise in Österreich verschärft sich

"Die Arbeitslosenrate lag Ende Mai mit etwa 1,7% weit unter der Grenze, bis zu der Ökonomen noch von Vollbeschäftigung sprechen", schrieb die AZ am 5.Juni. Am selben Tag leierte ÖGB-Präsident Benya beim Gewerkschaftstag der Gemeindebedientsteten sein Antikrisensprüchlein herunter: Den Österreichern gehe es immer besser, von Krise könne keine Rede sein. Anders liest sich die wirtschaftliche Situation im jüngsten Bericht des Instituts für Wirtschaftsforschung. Gegenüber dem Vorjahr ist die Industrieproduktion um 11,5% zurückgegangen, 17 von insgesamt 22 Industriezweigen sind von diesem Rückgang betroffen. Im April stieg die Arbeitslosenrate gegenüber April 74 um 42,7% auf über 56 000, der saisonbedingte Rückgang (Bauwirtschaft) im Mai ging nur auf 45 000. In Wirklichkeit sind diese Zahlen aber weit höher, viele Frauen gelten nicht als arbeitslos, die abgeschobenen Gastarbeiter sind nicht berücksichtigt. Alleine bei den Inländern schätzt man die Dunkelziffer auf 10 000. Die Zahl der Kurzarbeiter erhöht sich ständig, offene Stellen dagegen gibt es um bald die Hälfte weniger als vor einem Jahr.
Und während der Reallohn im Durchschnitt sinkt, steigen die Preise weiter. Ab 1.Juli wird die Milch teurer, Brot und Mehl sollen folgen.
In einer solchen Situation behaupten Benya und die SP " wir könnten uns mehr leisten als früher" (AZ, 6.6.).

Der Zweckoptimismus der SP-Regierung kann nichts daran ändern, daß die kapitalistische Wirtschaft aus der Krise nicht herauskommt, im Gegenteil: Die österreichischen Kapitalisten sind überzeugt, daß die "Flaute erst jetzt richtig einsetzt" (Presse, 4.6.), die bürgerlichen Ökonomen verbessern ihre Wachstumsprognosen ständig nach unten, fürs erste Halbjahr 75 haben sie die Zahl Null bereits erreicht. Die Nachfrage nach den produzierten Waren ist im In- und Ausland schwächer geworden, im März ging der Export um 5 % zurück. Ganz offen sprechen nun auch die österreichischen Kapitalisten und ihre Wirtschaftsforscher aus, daß die Wiederbelebung der Konjunktur noch lange auf sich warten lassen wird.

Die Kapitalistenklasse hat in einer solchen Situation alle Anstrengungen unternommen, ihr Interesse voll durchzusetzen: Immer schärfere Rationalisierungen, Lohnraubabschlüsse, Drohung mit Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Diesen Angriffen hat die gewerkschaftliche Führung der Arbeiterklasse bisher wenig entgegengesetzt, schlimmer noch- sie hat kampflos alle Verschlechterungen akzeptiert: die Entlassungen, den Zwangsurlaub, die Lohnraubabschlüsse (Bauarbeiter).
Aber weder Lohnverzicht noch die Zustimmung zu Kündigungen, Kurzarbeit oder Zwangsurlaub sichern Arbeitsplätze und Reallohnzuwachs. Oder sind nach dem 12,5% Lohnabschluß der Metallarbeiter vergangenen Herbst in dieser Branche keine Kündigungen gewesen ? Oder die Textilarbeiter: sie erhalten die niedrigsten Löhne, Kurzarbeit und Entlassungen aber haben sich vermehrt. Ganz im Gegenteil, führt diese Politik der Gewerkschaftsführung zu immer schärferen Angriffen der Kapitalistenklasse und immer schwächeren Positionen der Arbeiterklasse.
Auf den unteren Ebenen der Gewerkschaft beginnt auch der Widerstand gegen diese Politik und es werden Forderungen gestellt, die nicht das Gedeihen der kapitalistischen Wirtschaft im Auge haben, sondern die Klasseninteressen der Lohnabhängigen. Diese Arbeiter und Angestellten wollen die Gewerkschaften gebrauchen, wofür sie geschaffen sind: zum Kampf gegen die Kapitalisten.

W.F.

Teurer Genosse Androsch!



"Indirekte Steuern, öffentliche Tarife und Gebühren sollen in Zukunft bei den Staatseinnahmen eine größere Rolle spielen" - diese Deine Worte auf der Nationalbankatagung Anfang Juni haben starken Eindruck auf mich gemacht. Diese Erhöhungen sollen der Beitrag der Regierung zur Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit sein. Aber nicht nur das. Sie stellen eine wesentliche soziale Errungenschaft dar, einen weiteren Erfolg der Reformpolitik der SPÖ. Es handelt sich zweifelsohne um einen weiteren Schritt zur Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche ! "So kann jeder selbst entscheiden, wieviel er konsumiert und damit indirekt an Steuern zahlt", - hast Du ganz richtig festgestellt.
Die Entscheidung, wieviel Steuern gezahlt werden, ist jetzt weitgehend in die Hände des Volkes gelegt. Selbst die

Wieder Tariferhöhungen

Mit der Begründung, man müsse "die gestiegenen Kosten" (Verkehrsminister Lanc) ausgleichen, wurden am 1.Juni die Autobus-Tarife bei Bahn, Post und Privatunternehmen um durchschnittlich 10% erhöht. Gleichzeitig wurden die Ermäßigungen für Schüler von 60 auf 50% gekürzt. Die Post erwartet sich nun um 120 Millionen Schilling Mehreinnahmen, die Bahn 60 und die privaten Unternehmer 70 Millionen. Getroffen von diesen Erhöhungen werden vor allem jene, die mit dem Bus zur Arbeit müssen; vor allem für die zahlreichen Pendler bedeutet diese Tariferhöhung eine spürbare Mehrbelastung.
Wie bereits bei den letzten Tariferhöhungen ihrer Parteibrüder im Wiener Gemeinderat haben auch diesmal die sozialdemokratischen ÖGB-Führer keinen Finger gerührt, um diesen neuerlichen Griff in die Brieftaschen der Werktätigen zu verhindern - vielleicht ist diese Erhöhung aus dem Blickwinkel ihres Dienst-Mercedes auch eine zu lächerliche Angelegenheit, um sich darum zu kümmern.

Krise bei VÖEST-Alpine

Bereits drastisch zu spüren bekommen hat die Auswirkungen der internationalen Stahlkrise die Vöest-Alpine: In Donawitz wurden 15 der 16 Siemens-Martin-Öfen eingestellt, der 16. wird im Herbst stillgelegt.

völlige Abschaffung der indirekten Steuern kann das Volk jetzt selbst verwirklichen: ziehen wir in die Parks oder in den Wienerwald - keine Miete, keine Mieterhöhung, keine Steuer! Trinken wir kein Cola und kein Bier mehr - keine Getränke- und Alkoholsteuer ! Legen wir die Kleider ab und hören wir auf zu essen - keine Mehrwertsteuer!
Alle Möglichkeiten stehen uns offen.

Zu Deinem Beispiel, warum es unbedingt nötig ist, öffentliche Tarife und Gebühren zu erhöhen, kann ich nur eines sagen, laut und vernehmlich: ja ! Auch ich sehe nicht ein, warum "jemand, der wie verrückt Ansichtskarten schreibt, von den Steuerzahlern subventioniert werden soll". Gibs ihnen, den verrückten Ansichtskartenschreibern, Stromverbrauchern und Straßenbahnfahrern ! Wenn wir erst alle diese verrückten Kerle nicht mehr zu unterstützen brauchen, dann wissen wir wenigstens, wohin unsere Steuergelder kommen.

Angesichts dieser Perspektiven ist es nur schwer verständlich, wieso Du Schwierigkeiten bei der Verwirklichung Deiner Pläne siehst. "Alles leichter gesagt als politisch getan", hast Du am Schluß Deiner Rede geseufzt. Solltest Du den Widerstand reaktionärer Kreise gegen den sozialen Fortschritt und die Demokratie befürchten ? Da gibt es nur eines, Genosse Androsch: Entschlossen vorwärtsschreiten ! Hinauf mit den Tarifen,Gebühren und Steuern! Laß Dich nicht einschüchtern vom politischen Hinterwäldlertum und den Mächten der Finsternis! Wir sind mit Dir, und im September hörst Du wieder von uns.

Mit Parteigruß
ein aufrechter Sozialist und Demokrat

STEUER ERHÖHUNG

„Mach auf! Die Konjunktur steht vor der Tür!"

SP-Demagogen

Essen, Wohnen und Heizen sei von der Mehrwertsteuererhöhung nicht betroffen, weil der Steuersatz von 8 % dafür unverändert bleibe - mit dieser Demagogie tritt zur Zeit die SP gerne auf. Höhere Reparaturkosten (Mehrwertsteuer ab 2.1.1976: 18 %) werden die Hausherren nicht ihren Mietern verrechnen? Die Verteuerung aller möglichen Kosten wie Strom, Verpackung usw. werden die Lebensmittelkonzerne und der Handel nicht auf die Preise schlagen? Das SP-Argument hält nicht, was seine Nachbeter versprechen.

Bundesregierung will Steuern erhöhen

Keine Mehrwertsteuererhöhung !

Bereits im April dieses Jahres hat sich im Finanzministerium herausgestellt, dass die Steuereinnahmen um einiges hinter den Erwartungen der bürgerlichen Politiker zurückbleiben werden. Es wurden eine Menge Zahlen veröffentlicht, aus denen eines klar wird: Jene Steuern, die die Massen zu zahlen haben (Lohnsteuer, indirekte Steuern) sind auch heuer beträchtlich gestiegen - um 1,6 Milliarden; und jene Steuern, die die Kapitalbesitzer zu zahlen haben, sind weiter zurückgegangen, die Einkommensteuer gleich um 16 %. Mit dem Steueraufkommen der Massen war Androsch aber dennoch unzufrieden, vor allem die Mehrwertsteuer sei "weit hinter den Erwartungen " geblieben. Grund genug für die Bundesregierung, die Steuerschraube anzuziehen, die 16 % Mehrwertsteuer habe Androsch ohnehin "stets für ein Minimum gehalten". Mit den geplanten 18 % werden die Volksmassen in Österreich die höchste Mehrwertsteuer aller kapitalistischen Länder zu zahlen haben!

MEHR STEUERN - ODER WENIGER SCHULEN?

Wie bei jeder Steuererhöhung müssen auch diesmal die gerechten Bedürfnisse der grossen Mehrheit des Volkes herhalten: Der Wunsch nach einem gesicherten Arbeitsplatz und ordentlichen Wohnungen, nach Schulen für die Kinder, nach Spitälern im Fall der Krankheit. All das, so Androsch, könne ohne Steuererhöhung nicht gesichert werden. Wer nimmt ihm das noch ab? Die alten Menschen etwa, für die sich ein Spitalsbett nicht "rentiert", die werktätigen Eltern, die tagtäglich mit Schulraumnot und Lehrermangel konfrontiert sind, die 20.000 Wohnungssuchenden allein in Wien, oder jene tausenden Arbeiter und Arbeiterinnen, denen man noch 5 Minuten vor dem Rausschmiss weismachen wollte, dass "die Regierung eh die Arbeitsplätze sichert"? Dass Lügen kurze Beine haben, weiss das Volk am besten. Und dass es "ohne Steuern nicht geht", kann man am lautesten von jenen hören, die am wenigsten zahlen, aber am meisten von den Steuergeldern profitieren: Von den Besitzern der Banken, Fabriken, Häuser, Grund und Boden. Und von Ministern und dem ganzen Heer von hohen Beamten, die diesen Staatsapparat verwalten. Eines ist richtig - die öffentlichen Ausgaben wachsen ständig, kommendes Jahr auf 212 Milliarden! Die Gelder dafür kommen vom Volk, aber wohin gehen sie?
Z.B. in den "Fahrzeugbau": 109 Millionen sind im April "zur Sicherung der Arbeitsplätze in diesem Bereich freigesetzt worden". Was hier einzig gesichert wird, ist der weitere Ausbau des Bundesheeres, denn sämtliche Fahrzeuge sind für die "Landesverteidigung" bestimmt. 80 Millionen "Konjunkturspritze" gingen in die Textilbranche, im wesentlichen für Ausrüstung - der Bereitschaftstruppe! Der Bau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien dagegen wird sich noch über Jahre hinziehen, Ambulatorien werden gar nicht erst gebaut; statt dessen steht - als "Spritze an die Bauindustrie" - am Wiener Schottenring ein neues Polizeipräsidium. Kostenpunkt: über 300 Millionen S. Und Steuergelder für Wohnungen? 1970 versprach Kreisky 100.000 Wohnung im Jahr, gebaut wurden seither 183.300 - das sind nicht mehr als 45.800 pro Jahr.

WEN TRIFFT DIE ERHÖHUNG DER MEHRWERTSTEUER?

Als Richelieu 1641 eine Sondersteuer von 6 Millionen Francs von der Kirche verlangte, antwortete der Erzbischof von Sens: "Der alte Brauch der Kirche während ihrer Blüte war, dass das Volk beisteuerte für die Bedürfnisse des Staates seine Güter, der Adel sein Blut, die Geistlichkeit ihre Gebete". Die damals Herrschenden (Adel und Klerus) genossen praktisch Steuerfreiheit - ein Prinzip, das jede herrschende Klasse für sehr erstrebenswert hält. Heutzutage ist es die Bourgeoisie, die am liebsten keinen Schilling zahlen würde und tatsächlich

FORTS.NÄCHSTE SEITE

FORTSETZUNG VON S 3

auch weit weniger besteuert ist als das Volk: Fast 7o % des Budgets 1975 werden durch Lohnsteuer und indirekte Steuern gedeckt. Für den bürgerlichen Staat am ergiebigsten ist dabei die Mehrwertsteuer, von Jänner bis März hat er heuer bereits 12,4 Milliarden kassiert. Die Mehrwertsteuer, die in sämtlichen Gütern des täglichen Bedarfs, aber auch in Mieten, Heizkosten und Tarifen steckt, scheint sehr gerecht zu sein: Jeder hat sie zu zahlen, jeden trifft sie in gleicher Höhe. Wovon diese scheinbare Gerechtigkeit aber ablenkt ist die Tatsache, dass einer, der weniger verdient, weit mehr unter dieser Steuer leidet, als einer, der viel verdient. Je reicher jemand ist, umso weniger indirekte Steuern zahlt er von seinem Einkommen. Die Lohnabhängigen geben ihr Einkommen fast ausschliesslich für den täglichen Lebensunterhalt aus, während die Kapitalisten vor allem Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen, usw.) und Rohstoffe anschaffen und dafür keinen Schilling Mehrwertsteuer abliefern müssen. Sie können nämlich die Mehrwertsteuer, die sie selbst zahlen, von jener abziehen, die sie durch den Verkauf ihrer Produkte von den Lohnabhängigen erhalten. Die Kapitalbesitzer haben also höchstens einen gewissen Verwaltungskram und können sich bei einer Steuererhöhung vielleicht kurz ärgern, weil auch ihr Bier teurer geworden ist - die Volksmassen dagegen trifft die Mehrwertsteuer voll, sie ist praktisch ein A b z u g v o m N e t t o l o h n . Und je ärmer einer ist, umso grösser ist der Teil seines Einkommens, den er dem Staat als indirekte Steuern zahlen muss, das wissen die Rentner und Pensionisten sehr gut. Die Mehrwertsteuer zeichnet sich - wie alle indirekten Steuern - durch allergrösste Ungerechtigkeit aus, die Abschaffung der indirekten Steuern ist deshalb von allen revolutionären Arbeiterparteien immer wieder gefordert worden.

KEINE MEHRWERTSTEUERERHÖHUNG!

13o Milliarden werden die Lohnabhängigen in diesem Jahr an Steuern zu zahlen haben. Nach dem Willen der Bundesregierung soll diese Summe nächstes Jahr wachsen, nach dem Willen der Bundesregierung soll das Volk mit Angstmacherei, Einschüchterung und Ammenmärchen schon heute darauf eingeschworen werden, weitere Steuerausplünderungen einfach hinzunehmen. Dagegen muss klar gefordert werden:

KEINE MEHRWERTSTEUERERHÖHUNG!
ABSCHAFFUNG ALLER INDIREKTEN STEUERN!

W.F.

Was brachte die Lohnsteuerreform

Der SPÖ-Ökonom Ostleitner erklärte im Kurier: "Die Steuerreform 1975 brachte eindeutig jenen die relativ größte Nettoeinkommenserhöhung, die 300 000 bis 400 000.-S im Jahr verdienen!"
Das sagt schon einiges über diese Steuerreform.
Noch interessanter und wichtiger für die Arbeiter und Angestellten sind aber folgende Zahlen:

- Im Jänner und Februar 1975 knöpfte der Staat den Arbeitern, Angestellten und Pensionisten 4 820 Millionen an Lohnsteuer ab, voriges Jahr im gleichen Zeitraum waren es 4 194 Millionen. Das heißt, im Jänner und Februar 1975 zahlten wir um 626 Millionen Schilling mehr Lohnsteuer als im vorigen Jahr.
- Ganz anders natürlich die Kapitalisten: Im gleichen Zeitraum sanken die Einnahmen aus der Einkommenssteuer von 1 486 Millionen im Jahr 1974 auf 1 159 Millionen im Jahr 1975.
- Diese Entwicklung bei der Lohnsteuer setzt sich fort im März: Während in den ersten drei Monaten 1974 den Lohnsteuerpflichtigen durchschnittlich 2,407 Schilling an Lohnsteuer abgezogen wurden, waren es von Jänner bis März 1975 bereits 2 631 Schilling - oder auf ein Monat umgerechnet 1974: 802 .-, 1975: 877.-S Mit jedem Schilling Lohnerhöhung wird sich diese Entwicklung weiter verschärfen.

ÖGB-Präsident Benya hat bei den letzten Lohn- und Gehaltsverhandlungen für die Metallindustrie die Lohnsteuerreform dazu benutzt, die niedrigen Abschlüsse zu rechtfertigen. Die angeführten Zahlen zeigen, was diese "Reform" in Wirklichkeit gebracht hat.

Werbung für ein Pensionistenheim

Vor kurzem bekamen wir die Broschüre "Wien Aktuell" in die Hand, in derdie Gemeinde Wien die Pensionistenheime als "gewaltige Sozialleistung" anpreist. Die Fotos der bisher fertiggestellten 8 Pensionistenheime lassen wirklich "angenehme Gedanken an Behaglichkeit, an Urlaub nach langen Arbeitsjahren" aufkommen. Den Preis haben sie dabei geflissentlich anzuführen vergessen, sonst wäre die Seifenblase schon beim Lesen des Prospekts zerplatzt.
Im Kurier vom 13.3.75 haben wir diese "Sozialpreise" gefunden: pro Person S 4 412 und für Ehepaare S 6 618 an monatlichen Pflegekosten! Die Gemeinde ist bereit, 25% an Ausfallhaftung zu übernehmen, also dann nur noch die Kleinigkeit von 3 303 .- Schilling pro Person!

Die große Masse der alten Leute, die ihr ganzes Leben lang hart gearbeitet haben, beziehen aber Pensionen, die man nur als Almosen bezeichnen kann. Der Richtsatz für Einzelpersonen beträgt ab 1.1.75 2 285.- Schilling. Daß davon niemand menschenwürdig leben kann, gibt selbst der bürgerliche Staat zu, indem er Beziehern von Mindestrenten (ein Viertel der Pensionisten !) Sondervergütungen zugesteht, die aber in keiner Weise eine echte Verbesserung der Lage der Pensionisten bringen, und sie noch dazu untereinander aufspalten.
Viele Pensionisten verzichten darauf, weil sie nicht von Amt zu Amt um Almosen betteln gehen wollen.
Diejenigen Rentner und Pensionisten, die überhaupt in den Genuß eines Heimplatzes kommen, werden in die städtischen Altersheime Lainz, Baumgarten, Liesing oder ins Rochusheim eingewiesen. Der Tagessatz beträgt dort 70.-Schilling. Zur Deckung dieser Kosten wird die Pension des Pfleglings herangezogen, wovon 80% für die Pflegekosten verwendet wird. Über den Rest - bei 2 500.- Pension z.B. 500.- Schilling darf der Heiminsasse selber verfügen. Wenn die Pension zur Deckung der Kosten nicht ausreicht, haben die Unterhaltspflichtigen "entsprechend ihrem Einkommen und ihrer Familiensituation" Beiträge zu leisten. Daß viele Werktätige dadurch sehr belastet werden, liegt auf der Hand. Wenn die Anverwandten nicht mehr geschröpft werden können, tritt die Gemeinde wohltätig auf den Plan und gewährt großzügig den alten Leuten ihren- ohnehin bescheidenen- Heimplatz.

E.F./M.H.

»Man wird nicht fett...«

Mit 1.Juli wollen SP, VP und FP ein Gesetz zur staatlichen Parteienfinanzierung verabschieden. "Man wird nicht fett, aber man kann leben", meinte FP-Obmann Peter dazu. Wovon hier gelebt werden soll, sind die Steuergelder der Werktätigen. Für ihre Öffentlichkeitsarbeit sollen die bürgerlichen Parteien, sofern sie 1% der Stimmen erhielten und mit wenigstens 4 Abgeordneten im Parlament vertreten sind, einen jährlichen Sockelbeitrag von 4 Millionen bekommen. Weitere 50 Millionen werden prozentuell unter den Parlamentsparteien verteilt. Schon jetzt stecken die Parteien rund 135 Millionen jährlich aus Steuergeldern ein.

Im selben Gesetz werden die Wahlkampfkosten geregelt und die politischen Parteien verfassungsmäßig verankert.

Unabhängig von der staatlichen Parteienfinanzierung erhalten die Parteien des Wiener Gemeinderates bereits heute pro Jahr:

SPÖ	11,5 Mill.
ÖVP	5,6 Mill.
FPÖ	1,5 Mill.

Die Öffentlichkeitsarbeit, die sich die bürgerlichen Parteien nun gesetzlich gesichert aus den Steuergeldern des Volkes zahlen lassen, besteht aus demagogischen Plakaten, TV-Spots, Postwurfsendungen, und Zeitungsinseraten. Die Lage der Werktätigen liefert tagtäglich genügend Beweise, daß zwischen der Propaganda der Parteien und den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung ein großes Loch klafft. Dieses Loch zu stopfen, verschlingt Millionensummen, allein im kommenden Wahlkampf wird die SP 100 Millionen Schilling ausgeben! Was für eine Politik ist das wohl, die mit derartigem Aufwand an den Mann gebracht werden muß? Wie wenig Vertrauen haben doch die bürgerlichen Parteien in ihre eigenen Taten, wenn sie immer mehr Aufwand treiben müssen, um das Volk zumindest in Worten, TV-Spots und Plakaten zu überzeugen, daß diese Gesellschaft "demokratisch" ist und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein ohnehin erstrebenswertes Naturgesetz.

W.F.



Vierfache Mieterhöhung in Sandleiten

Interviews mit Mietern

Seit Herbst vorigen Jahres plant die Gemeinde Wien, die Mieten in Sandleiten drastisch zu erhöhen. "Setzen wir eine Pioniertat" schlugen die Gemeindevertreter den Sandleitner Mietern vor, "indem wir auf diesen Gemeindebau als ersten in Wien den § 7 anwenden". Heute steht diese Erhöhung vor der Tür. Als "Rechtfertigung" dient der Gemeinde der schlechte Zustand der Wohnanlage und der allgemeine Umstand, daß "eben alles teurer wird". Um den berechtigten Unmut der Bewohner zu dämpfen, hat die Gemeinde vor einigen Monaten eine Mieterschutzversammlung inszeniert, auf der sie ihre "Argumente" den Bewohnern einzureden versuchte.
Die folgenden Interviews mit einer Pensionistin und einem Ehepaar aus Sandleiten zeigen, wie die Gemeinde Schwierigkeiten hat, den Bewohnern die "Notwendigkeit" der vierfachen Mietenerhöhung klarzumachen.

Frage: Wieviel bezahlen Sie bis jetzt für die Benützung Ihrer Wohnung?

Pensionistin: *Seit ich hier eingezogen bin, bezahle ich über 100.- Schilling Miete. Ich habe ja nur 1900.- Schilling Pension.*

Frage: Was rechtfertigt jetzt so plötzlich die Mietenerhöhung?

P.: *Die Gemeinde will uns weismachen, daß sie mit dem Geld aus der Mietenerhöhung die Gebäude instandsetzen will.*

F.: Aber es fließt ja bis jetzt ca. die Hälfte der Mieten in einen Instandsetzungsfonds.

P.: *Eben. Aber mit diesem Geld wurde nichts ausgebessert. Sehen Sie sich die Waschküche, die Wege mit Schlaglöchern, oder den Kinderspielplatz an. Ich wohne jetzt schon 20 Jahre hier und es wurden nur einmal die Fenster außen gestrichen. Und sogar das haben die so schlampig gemacht, daß man Monate später nichts mehr davon bemerkte.*

F.: Wenn alle Preise steigen müssen auch die Mieten erhöht werden, sagt die Gemeinde.

P.: *Für die Gemeinde hat der Sandleitenhof noch keine Kosten verursacht. Aber die "Teuerungsabgeltung", die ich jetzt im Monat zu meiner Pension erhalte, hilft mir jetzt schon nicht mehr, auch ohne Mietenerhöhung.*

Ein Ehepaar sagte auf diese Frage: *Gerade wenn alle Preise steigen, woran wir nicht schuld sind, können wir uns die höheren Mieten noch weniger leisten. Und was die Gemeinde instandsetzen will, sind sowieso nur die Fassaden. Weder bin ich mit der Mietenerhöhung einverstanden, noch möchte ich für etwas zahlen, was mein Leben hinter diesen Fassaden überhaupt nicht verbessert. Für uns schaut das so aus, daß wir uns alles selbst herrichten und kaufen müssen, um in einer halbwegs anständigen Wohnung leben zu können. Wir können uns weder einen Installateur, noch einen Tapezierer oder Elektriker leisten. Deshalb müssen wir, obwohl wir schon 80 Jahre alt sind, selbst auf die Leiter steigen. Die Gemeinde sagt, der Grundzins ist schon lange nicht mehr gestiegen. Das stimmt, aber die Betriebskosten und Strom und Gas sind immer mehr geworden. Außerdem ist es so, daß wir gar nicht wissen, wie hoch dieser Grundzins ist, jeder sagt etwas anderes. Früher war alles viel durchsichtiger und wir haben gewußt, für was wir wieviel zahlen müssen. Das macht die Gemeinde absichtlich so, damit sich keiner auskennt und wir gar nicht wissen, was uns erwartet".*

Auf die Frage, was mit dem Geld aus den erhöhten Mieten geschehen soll, antwortete eine andere Pensionistin: *Die Gemeinde will sich nur bereichern und braucht das Geld, um ihre Schulden zu bezahlen. Für uns wird das Geld auf keinen Fall verwendet, das machen die nie. Den Kapitalisten geht es nie schlecht, solange sie die Arbeiter und Pensionisten ausplündern können. Wir bezahlen immer. Ich bin eine eingefleischte Sozialistin und alt genug, um Ihnen sagen zu können, daß weder die ÖVP, noch unsere jetzige Regierung, d.h. nicht unsere, sondern die Kreisky-Regierung, jemals unsere Lage mit Steuergeldern verbessert haben. Deshalb habe ich meinem Neffen gesagt, daß er mit seinen Kollegen zusammenhalten, und jedem Arbeiter ein guter Freund und Nachbar sein soll, aber in eine von den Parteien soll er nicht gehen. Weil die machen längst nichts mehr für uns. Ich kenne hier in Sandleiten zwar nicht alle Leute, aber ich kenne doch viele, und ich nehme kein Blatt vor den Mund, wenn ich mit ihnen rede. Als Sozialistin ist es sogar meine Pflicht, meinen Standpunkt unter den Leuten zu verbreiten. Ich habe es leicht dabei, ich brauch nicht zu lügen."*

KPÖ und Sandleiten

"Ob die Gemeinde mit ihrem Plan durchkommt oder nicht, hängt jetzt allein von den Sandleiten-Mietern ab. Die erste Gelegenheit, gegen diese ungerechtfertigte Zinsvervierfachung aufzutreten, bietet sich bald an: Die Kostenvoranschläge werden voraussichtlich im Mai oder Juni der zentralen Schlichtungsstelle übermittelt, welche über die Zulässigkeit der Erhöhung des Grundzinses in einer Verhandlung, zu der auch die Mieter eingeladen sind, entschieden wird. Es muß daher gesichert sein, daß die Mieter auch rechtzeitig über den Verhandlungstermin informiert werden." (Zitat aus: Volksstimme 14.Mai)

Abgesehen davon, daß solche Verhandlungen noch nie etwas gebracht haben, wie es zum Beispiel die Mieter der Großfeldsiedlung bei der Heizkostenerhöhung erfahren mußten, fordert die KPÖ tatsächlich dort, wo man einzig und allein die Forderung: WEG MIT DER MIETERHÖHUNG! aufstellen kann, Verhandlungen darüber, ob diese verschärfte Ausplünderung "gerechtfertigt" sei oder nicht. Für die Mieter in Sandleiten ist weder eine vierfache noch eine zweifache oder sonst eine Mieterhöhung gerechtfertigt!

Gegen die Streichung der Wohnungsbeihilfe

Laut Finanzminister Androsch sollen demnächst die monatlich 30 Schilling Wohnungsbeihilfe nicht mehr ausgezahlt werden.

Auf die kommt's auch nicht mehr an, wird mancher denken. Darauf spekuliert auch Androsch, der sich selbst wie seinen Ministerkollegen 10.000.-S Wohnungsbeihilfe monatlich auszahlen läßt und ab 1.Juli eine Erhöhung auf mehr als 11.000.- genehmigt hat!
Daß es auf diese 30 Schilling nicht ankommt, da ist was Wahres dran, wenn man an die Mieten denkt, die man heute zahlen muß. Zu denen steht diese mickrige Beihilfe tatsächlich in keinem Verhältnis. Seit ihrer Einführung im Jahre 1951 sind sie gleichgeblieben - die Mietzinse sind in dieser Zeit im Schnitt auf das 5-fache gestiegen.

Und trotzdem sollte keiner sagen: "Auf diese 30 Schilling kommt's nicht an." Denn wem würden denn diese 30 Schilling in den Rachen geworfen, die zusammen im Jahr immerhin 1 Milliarde Schilling ausmachen? Einem Staat, der jeden Schilling davon wiedergegen die Arbeiterinteressen auszugeben versuchen wird!

Gleitzeit – Vorteile für wen?

Immer häufiger versuchen die Unternehmer, im besonderen Versicherungen, Banken usw. für ihre Angestellten die Gleitzeit einzuführen. Dabei stoßen sie in immer stärkerem Maß auf den Widerstand der Lohnabhängigen, die genau sehen, auf wessen Kosten diese Neueinführung im Effekt geht. Besonders der Widerstand bei den Versicherungen machte ihnen schwer zu schaffen. Daher versuchen sie mit allen Tricks den Angestellten die "Vorteile des Gleitens" schmackhaft zu machen. Doch schauen wir uns an, was die Kapitalisten selbst über die Einführung der Gleitzeit schreiben. In den Informationsschriften der Stempeluhrhersteller, die durch die Einführung der Gleitzeit ihren Umsatz erheblich erhöhen können, steht ganz unverblümt, welche Vorteile für die Kapitalisten die Einführung der Gleitzeit bringt.
Das Wesentliche an der Gleitzeit ist, daß die Kapitalisten eine in ihrem Interesse weitgehend verschiebbare Arbeitszeit ihrer Angestellten erreichen. Die Stempeluhrerzeuger machen den Unternehmern genau mit diesem Argument klar, daß sich ihre nicht gerade billigen Uhren auszahlen:

> *Bei starrer Arbeitszeit müssen eine bestimmte personelle Überbesetzung und Überstunden eingeplant werden, um Arbeitsspitzen bewältigen zu können; entsprechend muß bei vermindertem Arbeitsanfall eine reduzierte Arbeitsintensität hingenommen werden. Nach Einführung der Gleitzeit wird eine variable Verteilung der Arbeitszeit möglich. Ergebnis: Erhöhter Arbeitsanfall kann mit gleicher Personalstärke erledigt werden - bei geringerem Arbeitsanfall kann der Mitarbeiter vorhandenes Zeitguthaben abbauen."*
> *(Prospekt der TONNE Gleitzeit-Uhren)*
> *(Hervorhebungen durch die Redaktion)*

D.h. also die Arbeitsintensität steigt, die Überstunden werden abgebaut, die Kapitalisten kommen mit weniger Personal aus.

Dazu kommt noch, daß Fehlzeiten, wie Arztbesuche, Behördenbesuche, private Wege usw. abgebaut werden. Heute kann ein Angestellter diese Wege in der Arbeitszeit machen und bekommt diese Fehlzeiten auch bezahlt. In Zukunft kann er durch das "Gleiten" diese Wege in der Freizeit machen, was er auch tun wird, weil er sonst fürchtet, eine "mangelnde Einstellung zum Betriebsinteresse" zu zeigen.

Doch lassen wir uns von den Unternehmern selbst die Vorteile der Gleitzeit schildern:

Überstunden und Fehlzeiten werden abgebaut:

> *Es ist nicht der Sinn der Gleitzeit, Überstunden überflüssig zu machen..."*

Einen Satz später heißt es aber:

> *Trotzdem ist es systemevident, daß die Überstunden in einem gewissen Maße zurückgehen. Der Grund ist folgender: Bei Mehrarbeit richten sich die Mitarbeiter in der Regel von allein darauf ein, weil ihre Mehrstunden jetzt zeitlich vergütet werden. Nur in besonderen Fällen, bei besonders starkem Arbeitsanfall wird der Vorgesetzte entsprechend angegangen, oder er beschließt von sich aus bezahlte Überstunden."*
> *(aus der Gleitzeitinformationsmappe der Fa.Benzing)*
>
> *"Ein Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten gab einen Rückgang von 70% an."*
> *"Wie betriebswirtschaftlich positiv sich die flexible Anpassung an den Arbeitsanfall auswirkt, zeigen auch die Dienstleistungsunternehmen (Architekten, beratende Ingenieure); von 16 Firmen, die Angaben machten, meldeten 11 einen Überstundenrückgang."*

(aus einem Bericht der Fa.Benzing über eine Umfrage unter den Unternehmern und Behörden über ihre Erfahrungen mit der Gleitzeit).

Zum Fehlzeitenrückgang

> *"Der Gang zum Arzt oder zur Behörde geschieht nun außerhalb der regulären Kernzeit - muß also nicht mehr bezahlt werden."*

(aus: "moderne Arbeitszeitregelung bewährte sich auch schon in Werkstätten," KFZ-Betrieb und Automarkt - 25.3.74)

> *60% aller Fragebogenrücksender gab einen Rückgang der bezahlten Fehlzeiten an: Private Besorgungen werden tatsächlich während der Gleitzeitspanne gemacht."*

(aus der Benzing-Untersuchung)

> *" Von verschiedenen Unternehmen wird der Fehlzeitenrückgang auf bis zu 50% beziffert."*

(Prospekt der TONNE-Gleitzeit).

Die erhöhte "Motivation am Arbeitsplatz" zahlt sich aus - für den Unternehmer:

> *"Als Folge der Gleitzeit entsteht eine größere Eigenverantwortung und Arbeitsfreude am Arbeitsplatz. Die Disziplin als Selbstzweck wird durch eine auf den eigenen Arbeitsplatz bezogene Sachdisziplin abgelöst. Sinnlos empfundenes "Zeitabsitzen" entfällt. Untersuchungen in einem Versicherungsunternehmen zeigten, daß nach Einführung der Gleitzeit 20% mehr Geschäftsvorfälle ohne zusätzliche Überstunden erledigt wurden."*

(aus dem Prospekt der TONNE-Gleitzeit).

Durch das Stempeln bei der Gleitzeit erhält die Betriebsleitung den Überblick, den sie braucht, um in allen Abteilungen die Effekte der Gleitzeit zu erzielen:

> *Das System sollte eine exakte Grundlage schaffen für die allgemeine Personalstatistik (Urlaub, Krankheit, Unfall, sonstige anrechenbare Fehlzeiten) und das Unternehmen in diesem Bereich transparent machen.*
> *(Benzing-Prospekt)*

Die "Freiheit" des Gleitens für die Angestellten wird sofort eingeschränkt, wenn es nicht in den Betriebsablauf paßt:

> *"Das Recht der Mitarbeiter(innen) auf Veränderung des täglichen Dienstendes kann eingeschränkt werden durch*
> *1. Ausdrückliche Weisung der Geschäftsführung*
> *2. Ausdrücklich abteilungsinterne Regelung im Einzelfall wegen vordringlicher dienstlicher Erfordernisse*
> *3. Vereinbarung zwischen einzelnen Mitarbeiter(innen) z.B. zur Durchführung gemeinsamer Besprechungen, Versuche usw.*
>
> *aus einer Betriebsvereinbarung (Benzing-Mappe)*

Benzing: "Nur 3 der 500 Fragebogenrücksender würden am liebsten die Gleitzeit wieder rückgängig machen."

Verständlich!

H.Z.

Waagner Biro 515.-S für Kambodscha

Am Freitag, den 30.5. hielten wir nach Betriebsschluß vor der Waagner-Biro in Stadlau eine Solidaritätskundgebung mit den siegreichen indochinesischen Völkern ab.
Wir diskutierten mit den Kollegen aus dem Betrieb und den Leuten bei der Bushaltestelle über die Notwendigkeit der verstärkten Solidarität für die Völker in Vietnam, Kambodscha und Laos, die sich gerade jetzt in einer entscheidenden Phase des Befreiungskampfes befinden: ihren Sieg über den US-Imperialismus zu festigen und das Land wiederaufzubauen.

Viele Menschen äußerten ihre Empörung darüber, wie der Sieg der indochinesischen Völker in den Zeitungen heruntergespielt und diffamiert wird. Sie entlarvten die Berichte über Massenhinrichtungen, Vertreibungen, Plünderungen und Vergewaltigungen als das, was sie in Wahrheit sind: als Lügen und Verleumdungen. Großes Interesse herrschte am nationalen Wiederaufbau Vietnams und Kambodschas. Die Leute wollten wissen, wie die Völker die furchtbaren Verwüstungen der US-Bombardements beseitigen werden, wie sie das Leben in den Dörfern und Städten, die Verwaltung des Landes, das Erziehungs- und Gesundheitswesen neu organisieren werden.

Innerhalb von 2 Stunden konnten wir 515.-S für Medikamente und medizinische Geräte für das Volk von Kambodscha sammeln.

Ein junger Mann, der nichts spenden wollte, weil "uns auch noch nie wer geholfen hat", mußte sich von einer Penionistin belehren lassen: "Das stimmt nicht", sagte die Frau, "früher hat's immer wieder Solidaritätsstreiks gegeben von Arbeitern in anderen Ländern mit den Kämpfen der Arbeiter bei uns. Und den Hitler-Faschismus wären wir ohne die Hilfe des russischen Volks auch nicht so schnell losgeworden! Das Volk von Kambodscha hat die Amerikaner ganz allein aus dem Land schaffen können! Es ist jetzt unsere Pflicht, den Leuten dort zu helfen!" Dann spendete die Frau ihren letzten Zehner, der ihr vom Einkaufen übriggeblieben war.
Der junge Mann flüchtete mit hochrotem Kopf in den Autobus. Aber er wird die Frau und das, was sie gesagt hat, sicher nicht so bald vergessen.

s.z.

Kapsch
Kommunistischer Arbeiter gekündigt

Am 27.April erhielt der Chauffeur B. zusammen mit 4 Kollegen aus seiner Abteilung (Expedit) die Kündigung. Die 4 anderen Kollegen waren gerade im Krankenstand. Offiziell heißt es in der Begründung für B.s Kündigung: "mangels passender Arbeit". In Wirklichkeit stecken eindeutig politische Gründe dahinter: B. war als Mitglied des KB Wien und Mitarbeiter an der Betriebszeitung bekannt, und daher den Kapitalisten schon lange ein Dorn im Auge.

Von der Betriebsleitung wurde ein für sie günstiger Zeitpunkt gewählt: Der letzte Tag vor Beginn des Zwangsurlaubes. Die Arbeitskollegen B.s wurden vom Meister zusammengerufen, dann erklärte er ihnen, daß das keineswegs die letzten Kündigungen seien, sondern bald die nächsten drankommen. Diese offene Drohung hat sicher dazu beigetragen, eine Solidaritätsaktion für B. und die anderen Kollegen zu verhindern.

In der Zwischenzeit ist offen zutagegetreten, daß der "Arbeitsmangel" nur ein Vorwand war: Noch während der Kündigungsfrist wurde B. zu Überstunden herangezogen, seit er nicht mehr im Betrieb ist (berichteten ihm seine Arbeitskollegen) fährt mit seinem LKW einige Tage in der Woche ein Leihchauffeur!

Die folgenden Auszüge aus der Stellungnahme B.s in der Betriebszeitung, die er selbst vor dem Betrieb verteilte, zeigen, warum er den KAPSCH-Kapitalisten unbequem geworden war:

"So bin ich z.B. auf der Betriebsversammlung vom 14.9.74 dafür eingetreten, daß die Arbeitsbedingungen für die Kollegen verbessert werden; daß z.B. im Expedit geeignete Entlüftungsanlagen gegen die enorme Hitze im Sommer geschaffen werden.
Deshalb bin ich auch mit mehreren Kollegen vom Expedit dafür eingetreten, daß wir die uns zustehenden Arbeitsmäntel erhalten, während Machold (BR Obmann, Anm.d.Red.) meinte, daß das nicht so wichtig sei, und die Ausgabe der Gutscheine für die Arbeitsmäntel hinauszögerte.

Ich bin dafür eingetreten, daß der Zwangsurlaub im Mai nicht auf Kosten der Kollegen gehen darf, sondern daß die Regelung bekämpft werden muß mit der Forderung nach zusätzlichem, vollbezahlten Urlaub für alle in den betreffenden Tagen.

Ich bin dafür eingetreten, daß die Gewerkschaft und der Betriebsrat Stellung nimmt gegen die unverschämten Tariferhöhungen der Gemeinde Wien zum Jahreswechsel, während die ÖGB Führung und natürlich auch Machold keinen Finger gegen diese enormen Belastungen der werktätigen Bevölkerung gerührt haben.

Ich vertrat auch immer die Meinung, daß die Kollegen den Kampf aufnehmen müssen um einen ausreichenden Lohn, während Machold meinte, daß er als Betriebsrat ohnehin so viel Lohn wie möglich heraushol und wie möglich herausholt und daß ein höherer und ausreichender Lohn als Ausgleich für die Preissteigerungen und die gestiegene Arbeitsleistung nicht drinnen ist, weil die Firma das nicht verkraften kann.

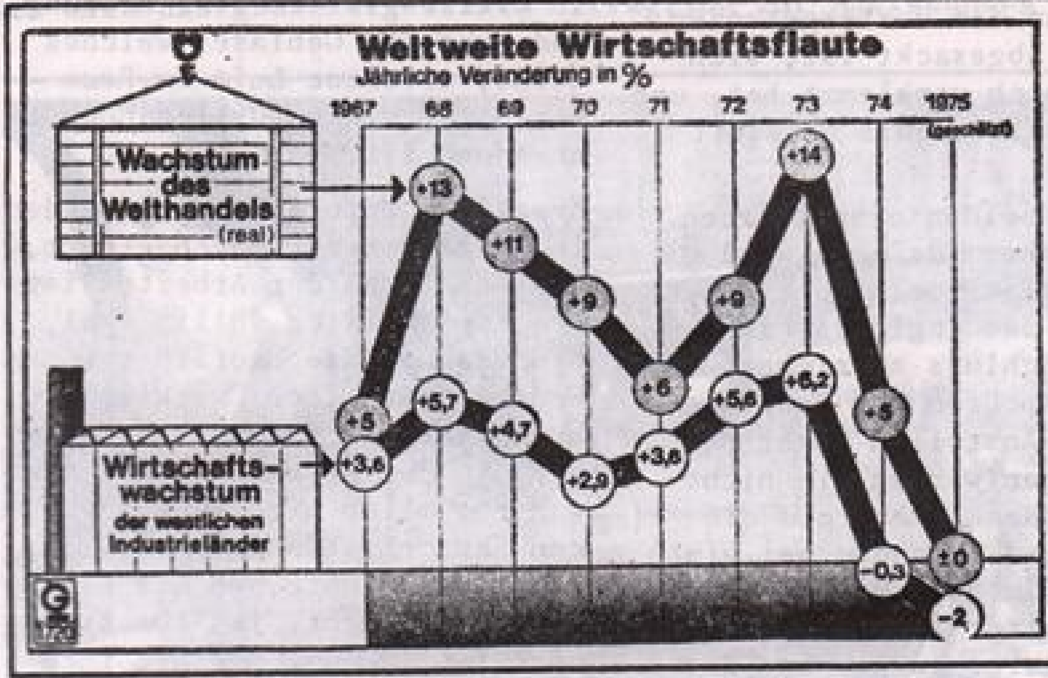
Aber bei meiner Arbeit habe ich auch viele Fehler gemacht. Ich habe z.B.nicht versucht, bei den Arbeiter-Betriebsratswahlen gemeinsam mit anderen Kollegen eine Liste zustandezubringen. Es wäre richtig gewesen, ein Programm für diese Liste aufzustellen, das sagt, wie die Kollegen, die auf dieser Liste kandidieren, als Betriebsräte für die Interessen der Arbeiter eintreten werden."

Bei den Kollegen, die erst durch die Betriebszeitung von der Kündigung erfuhren, löste diese Maßnahme ziemliche Empörung aus. Auch über die Tatsache, daß der Betriebsrat die Kündigung zur Kenntnis genommen hatte, wurde im Betrieb debattiert: So konnte ich z.B. meinen Arbeitskollegen bald klarmachen, daß der BRO mit B.s Hinauswurf ja auch einen Gegner losgeworden war: Nämlich einen Gegner seiner Politik der Unterordnung unter die Interessen und Zwangsmaßnahmen der Firma!

Die Kommunisten und die fortschrittlichen Arbeiter und Angestellten bei KAPSCH dürfen aus der Sache nicht den Schluß ziehen, ihr Eintreten für die Interessen der Kollegen und ihre politische Meinung einzuschränken oder gar aufzugeben. Im Gegenteil: Die einzige Möglichkeit, daß die Betriebsleitung auch bei ihrenpolitischen Säuberungen auf den Widerstand der Kollegen stoßen, besteht dann, wenn bei den bevorstehenden weiteren Verschlechterungen für die ganze Belegschaft eine einheitliche Gegenwehr zustandekommt.

-f- Betriebszelle KAPSCH.

PS: Einige Stunden, nachdem ich das geschrieben habe, habe ich erfahren, daß ein fortschrittlicher Angestellter, der auf der Oppositionsliste zum alten Betriebsrat kandidiert hat, die Kündigung bekommen hat. Das zeigt, daß die Abschußliste der Herren KAPSCH keineswegs nur Kommunisten umfaßt, sondern alle, die es je einmal gewagt haben, nicht zu buckeln. Das wird dazu beitragen, die Front gegen diese Maßnahmen zu verbreitern.



Zunahme der Verbraucherpreise in Prozent

	Jan.	Febr.	März	12 Monate bis März 75
Vereinigte Staaten	0,5	0,7	0,4	10,3
Kanada	0,5	0,8	0,5	11,3
Japan	0,5	0,3	1,0	14,2
Frankreich	1,1	0,8	0,8	13,5
BR Deutschland	0,9	0,5	0,5	5,9
Italien	1,3	1,5	0,1	20,3
Grossbritannien	2,6	1,7	2,0	21,3
Belgien	1,1	1,1	0,7	14,4
Niederlande	0,9	0,3	1,5	10,3
Oesterreich	1,1	1,0	0,4	9,2
Schweiz	0,6	0,3	0,4	8,3
OECD-Raum	0,8	0,8	0,7	12,2

Neue Züricher Zeitung vom 16.5.75

59 Tage entlassen - am 60. Tag wieder eingestellt

Wie im ganzen Philips-Konzern in Österreich gab es auch im Bauelementewerk in Klagenfurt im Jänner 4 Tage und im Februar 1Woche Zwangsurlaub. Außerdem in der Karwoche Zwangsurlaub bei 75% des Lohns.

Nun hat sich die Firmenleitung zu einer für sie weit billigeren Methode entschlossen, um ihre Auftragsschwierigkeiten zu lösen.
Die Firmenleitung entläßt Kollegen für 59 Tage und stellt sie am 6o.Tag wieder ein. Bisher sind von dieser Regelung ca. 1oo Arbeiter betroffen, davon 6 Frauen.
Während der Zeit ihrer Arbeistslosigkeit bekommen die Kollegen 4o% von Philips zusätzlich zum Arbeitslosengeld, wodurch sie dann auf ca. 75% kommen. Für die betroffenen Kollegen bedeutet diese Maßnahme nicht nur Lohnverlust, sondern sie hoffen natürlich, daß sie - wenn sie wieder eingestellt werden - genug Arbeit vorfinden, um den Lohnverlust durch Mehrarbeit und Prämien hereinzubringen. Das weiß die Betriebsleitung und sie wird es besonders nützen, um ihre Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen, die Arbeitshetze zu steigern und in der Folge weiter Leute zu entlassen.Bisher ist der Großteil der Gastarbeiter gekündigt worden.
Die Firmenleitung hat zu dieser Maßnahme noch aus folgender Überlegung gegriffen: Die Kollegen, die sie für 59 Tage entläßt, braucht sie wieder, da sie bei einzelnen Produkten mit einer Besserung der Auftragslage rechnet.
Es kommt ihr billiger, wenn sei diese erfahrenen und angelernten Arbeiter und Arbeiterinnen, während der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit 4o% des Lohns bezahlt und sie somit an den Betrieb bindet, als wenn sie später neue Kräfte einschulen müßte.

ES GIBT KEINEN SOZIALEN BETRIEB IM KAPITALISMUS

Als Philips die ersten Maßnahmen setzte, dachten sich noch viele Kollegen: Die Firma tut alles, damit wir nicht hart an der Krise getroffen werden, damit es keine größeren Entlassungen gibt. Ein sozialer Betrieb.

Jetzt ist die Firmenleitung dazu übergegangen, die Folgen der Krise und des sich verschärfenden Konkurrenzkampfes voll und ganz auf die Belegschaft abzuwälzen.

E.R.



Tauernautobahn

10 Arbeiter Opfer der Konkurrenz

Seit dem Absturz des Schalwagens der Autobahnbrücke über die Lieser, bei dem 1o junge Arbeiter den Tod fanden, sind die Diskussionen über die Ursachen des Unglücks nicht abgerissen. Es gibt zwar viele Vermutungen, die von unausgereifter, zu wenig erprobter Technik, usw. reden, aber von den wahren Hintergründen wird sehr wenig gesprochen.

Im Gespräch mit Arbeitern der Baustelle war zu erfahren, dass die drei Baukapitalisten Porr, Hinteregger und Heinz den Auftrag nur gegen starke Konkurrenz erhalten hatten. Unter anderem um den Preis äusserst knapp kalkulierter Fertigstellungstermine.

Schon vor dem Unfall soll der Rückstand auf diese Termine drei Monate betragen haben. Man kann sich an allen zehn Fingern abzählen, dass solche "Terminschwierigkeiten" zu verstärkter Antreiberei der Arbeiter herhalten müssen und dass sie unter den heutigen Bedingungen zu einem gewissenlosen Einsatz des Lebens der Arbeiter führen. Tag- und Nachtschichtarbeit ist dort schon die Regel, der Unfall ereignete sich in der Nacht. Bereits im Jänner dieses Jahres stürzte ein Arbeiter von derselben Brücke ab und starb.

Die dort beschäftigten Kollegen berichteten uns auch, dass bereits in der Woche vor Pfingsten der Schalwagen beim Annähern an den vorhergehenden Pfeiler abgesackt ist, sich aber gleich verklemmt hat, und dass damals nichts passiert ist.

Für die beiden eingesetzten Behördenkommissionen wird es kaum möglich sein, über die Ursache des Unglücks einen klaren Schluss zu ziehen. Über das Überprüfen der Baupläne und das Anstellen neuer Berechnungen werden sie nicht viel hinauskommen, und die Sache wird irgendwo bei einem Gericht im Sand verlaufen. Für die Arbeiter ist dieser Schluss schon klarer zu ziehen. Sie spüren ihn am eigenen Leib.

-R-

ÖGB - Nachrichtendienst

200.000 Arbeitsunfälle im Jahr

Im Jahr 1973 wurden in Österreich über 2oo.ooo anerkannte Arbeitsunfälle gezählt. Davon verliefen 873 oder o,4 % tödlich.

In der neuesten statistischen Übersicht des Hauptverbandes des österreichischen Sozialversicherungsträger teilen sich die Unfälle auf folgende Tätigkeiten auf:

48.534 Unfälle ereigneten sich bei Tätigkeiten mit Motoren, Maschinen, Apparaten und Fahrzeugen. 47.6oo bei Transportarbeiten und 33.984 beim Umgang mit Werkzeugen. 22.o79 Menschen verunglückten auf dem Weg zu oder von der Arbeit (davon 235 tödlich). Bei Hochbauarbeiten gab es 11.469 Unfälle. Am meisten gefährdet sind die 2o- bis 29-jährigen. Auf diese Altersgruppe entfielen 1973 58.174 Unfälle. Dann folgen die Altersgruppen der 3o- bis 39-jährigen mit 48.524 und die 4o- bis 49-jährigen mit 43.861 Unfällen.

An den 4o anerkannten Berufskrankheiten sind 1973 2.oo6 Versicherte, davon 1.737 Männer und 269 Frauen, erkrankt. 9 Erkrankte sind gestorben. Ursache der häufigsten Berufserkrankungen war der Lärm, der in 1.121 Fällen Schwerhörigkeit zur Folge hatte. 339 Versicherte erlitten Hauterkrankungen, die zur Arbeitsaufgabe zwangen. Weiters wurden 182 Infektionserkrankungen und ebenfalls 182 Fälle von Staublungenerkrankungen registriert.

Staublunge

Sie ist 47 Jahre alt, Hilfsarbeiterin bei der Parkettbodenfirma Weizs und Co. im 12. Bezirk. Sie arbeitet jetzt schon 18 Jahre bei der Firma und wird von ihrem Chef, wie alle anderen Arbeiter, nur ausgenützt. Sie verrichet Männerarbeit und bekommt, obwohl sie "nur" eine Frau ist, einen sehr "hohen" Lohn, nämlich 1200,- in der Woche. Ihre Arbeit besteht aus Schneiden der Parkettbodenplatten (wobei sie viel Staub einatmen muß), aus Stapeln der Platten zu einem 36 kg Paket und aus dem Wegführen des Pakets. Sie muß täglich 400 solcher Pakete wegführen! In der Halle gibt es keinerlei Entlüftung, der Staub setzt sich am und im Körper fest. Aus der benachbarten Lackiererhalle dringt der ungesunde Lackgestank in die übrigen Hallen, was bedeutet, daß es ausser Staub und Lärm noch eine unerträgliche Luft gibt.

Wenn es zu heiß und stickig wird, so werden die Hallentore aufgerissen, wobei es dann furchtbar zieht, was zu Verkühlungen und anderen Krankheiten bei den Arbeitern führt. Im Winter gibt es eine Heizung, und zwar ein Gebläse, welches heiße, trockene Luft im Raum verteilt, was natürlich höchst ungesund ist.

Ärztliche Untersuchungen werden im Betrieb nicht durchgeführt, denn das Wohl der Arbeiter ist den Kapitalisten völlig egal, hauptsache, die Profite stimmen! Wenn ein Arbeiter "wirklich" krank ist, so kann er ja "ohnehin" in den Krankenstand gehen, was natürlich nicht gerne von den Kapitalisten gesehen wird, denn jede Minute, wo das Fließband stillsteht, ist für sie unrentabel und schmälert ihre Profite. Ob ein Arbeiter seine Gesundheit für die Profitgier der Kapitalisten opfern muß, das ist ihnen völlig egal! Sie haben nur das eine Ziel vor Augen: Möglichst große Gewinne auf Kosten der Arbeiter zu machen!

Diese Arbeiterin hat sich im Laufe der 18 Jahre eine Staublunge und ein Herzleiden zugezogen. Sie mußte ihre Gesundheit auf Spiel setzen, um für ihren Lebensunterhalt aufzukommen. Jetzt liegt sie mit 47 Jahren im Spital, muß ihren Beruf aus gesundheitlichen Gründen aufgeben und steht vor dem ausweglosen Problem, Arbeit zu finden, wo sie sich schonen kann und gleichzeitig dabei das Nötigste zum Leben zu verdienen. Beides gemeinsam ist aber unmöglich im Kapitalismus zu verwirklichen. Da sie leben will, muß sie es auf Kosten ihrer Gesundheit tun, muß ihre Arbeitskraft wieder einem Kapitalisten verkaufen, der sie ohne Rücksicht auf Verluste ausbeuten wird.

M.W.

Grazer Bauarbeiter

»Man hat

Am Montag nach dem freitäglichen Streik der Bauarbeiter in Wien und in einigen Bundesländern, verteilte der KB-Graz ein Flugblatt vor den 4 Grazer Groß-Metallbetrieben, in dem er den Streik auch bei uns in Graz bekanntmachte. Der Kollektivvertrag der Bauarbeiter war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen.

Am selben Tag ging ich auf 2 Großbaustellen im Süden von Graz, um dort mit den Bauarbeitern über den Streik und über die Kollektivvertragsverhandlungen zu diskutieren. Die Baustelle ist groß, und die Maurer arbeiten meist in kleinen Gruppen. Schon bei der ersten Gruppe stieß das Flugblatt auf lebhaftes Interesse. Sofort begannen Diskussionen. Was vor allem auffiel, war die Empörung der Arbeiter darüber, daß sie über den Warnstreik in Wien über Rundfunk, Fernsehen und die Zeitungen erfahren hatten, ihre Betriebsräte aber nichts verlauten haben lassen. Meine Frage, ob auf der Baustelle überhaupt über den Kollektivvertrag und über Forderungen diskutiert worden war, verneinten die Arbeiter. Manche sagten, daß sie gar nicht gewußt hätten, daß jetzt- Ende April- der Kollektivvertrag abgeschlossen wird.

Inzwischen hatte es sich auf der Baustelle herumgesprochen, daß jemand Flublätter zum Bauarbeiterstreik verteilt. Überall, wo ich mit den Flugblättern hinkam, kamen Arbeiter heran, nahmen interessiert die Flugblätter, nicht nur für sich, sondern auch für jene Kollegen, die auf anderen Baustellen arbeiten.

Bei den sich entwicklenden Diskussionen ergab sich bald ein Hauptthema: Welche Forderungen wurden aufgestellt und worum ging der Streik. Nachdem ich dies kurz erläuterte, wurde es

Baugewerbe

Große Teile ohne Kün

Im Baugewerbe ist die Möglichkeit, auf die Arbeiter Druck auszuüben, besonders gross. Die Unternehmer haben praktisch keine Kündigungsfrist einzuhalten. Eine Kündigung ist ohne Kündigungsfrist jeweils am Ende einer Woche möglich.

uns ordentlich betrogen...«

gleich überall als Mangel empfunden, daß es für den Streik keine Forderungen gegeben hat, und daß der Warnstreik eher eine Drohung für den Fall des vertragslosen Zustandes war als ein Streik zur Durchsetzung von Forderungen. Das zu diesem Zeitpunkt stehende Angebot der Kapitalisten von 1o,8% wurde von einigen als Frechheit bezeichnet.

"Bei diesen Preissteigerungen" und "Strom, Gas und Eisenbahn werden auch teurer" meinten die Arbeiter. Oder: "Das zwickt mir der Androsch eh gleich wieder weg."

Die Forderung von 11,8% (auf 11 Monate), auf die die Gewerkschaftsführung heruntergegangen war, wurde auch als zu niedrig bezeichnet. Hier gab ich zu bedenken, daß halt diese Prozentforderung von 11,8% keine Forderung ist, für die alle Arbeiter einheitlich den Kampf aufnehmen können, denn für den einen heißen 11,8% 17oS (Lohngruppe I) und für den anderen 57 S (Lohngruppe VIa) pro Woche.

Die Arbeiter stimmten mir zu: " Für den Kleinen macht das das Kraut überhaupt nicht fett, und für die, die mehr verdienen, machts doch ein schönes Sümmchen."

Bei den Diskussionen wurde die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit von einheitlichen, linearen Forderungen für die Einheit der Arbeiter erkannt. Aber die meisten Arbeiter zweifelten sehr, ob sich hinter solchen Forderungen alle Arbeiter zusammenschließen könnten und ob die Gewerkschaftsführung eine solche Forderung unterstützen würde.

Ich meinte daraufhin, daß dieser Zusammenschluß schon gelungen wäre (bei den Böhlerarbeitern im Ybbstal) und daß die Gewerkschaftsführung zur Unterstützung dieser Forderungen gezwungen werden kann, wenn sich nur die Arbeiter einig sind. Einige stimmten mir zu.

Ich hatte im Laufe der Zeit schon mit einigen Arbeitern diskutiert, aber erst einen Bruchteil der Kollegen der Baustelle erreicht. Als ich wieder einigen ein Flugblatt gab, meinten sie, daß es ein Unsinn sei, jedem Arbeiter einzeln ein Flugbaltt zu geben, sondern ich sollte doch zu Mittag in die Gemeinschaftsräume kommen, und dort über den Streik sprechen. Dort könnte ich auch gleich mit dem Betriebsrat reden. Ich befolgt diesen Rat. In den Gemeinschaftsräumen (es waren in einem ungefähr8o, im anderen ung. 7o Arbeiter versammelt) ging ich auf den Streik ein.

Kaum hatte ich mit der Wortmeldung begonnen, fragte mich der Betriebsrat gleich, was mich das ganze eigentlich anginge, ich wäre kein Bauarbeiter und was ich mich als Kommunistin einzumischen hätte.

Ich erwiderte darauf, daß ich den Kampf der Bauarbeiter gegen einen Lohnraubabschluß unterstütze und daß es gut sei, wenn alle Arbeiter über die Erfahrungen beim Bauarbeiterstreik in Wien sich ihre Meinung bildeten.

Ein Kollege von hinten sagte gleich: "Laß sie nur reden, die sagt uns wenigstens was, von di, hört man eh nichts." Ich konnte also reden, und ging auf den Warnstreik bei den Bauarbeitern ein, auf die Notwendigkeit, daß die Bauarbeiter, aber auch die Arbeiter der anderen Branchen lineare Lohnerhöhungen forderten. Ich versuchte darzulegen, daß man mit solchen Forderungen Erfolg haben kann und verwies auf den Streik der Böhlerarbeiter in Ybbstal, die einheitliche Lohnforderungen aufgestellt und durchgesetzt und die Gewerkschaftsführung nachträglich zur Anerkennung ihres Streiks gezwungen hatten.

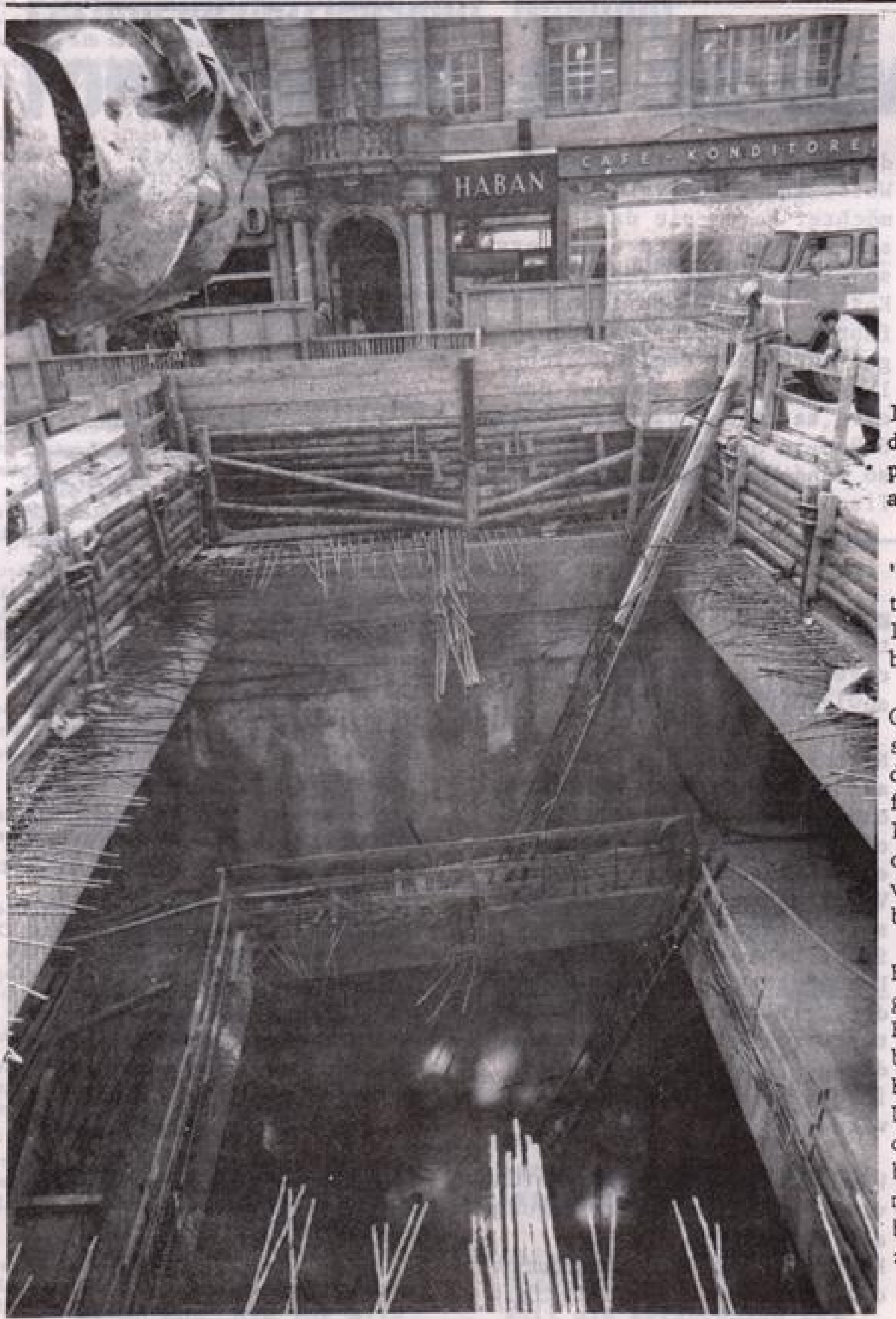
Gleich meinten Kollegen, daß es die Arbeitsplätze gefährden würde, wenn man in der schwierigen Wirtschaftslage Lohnforderungen aufstellt. Ich antwortete darauf, daß es die Arbeitsplätze nicht sichern würde, wenn die Arbeiter stillhalten. Ich ging auf die Ereignisse bei Puch ein, wo die Arbeiter im Herbst - zur Sicherung der Arbeitsplätze - mit einer ganz niedrigen Lohnerhöhung ausgespeist worden waren und wo dann im Februar erst 44o Leute entlassen wurden.

Jetzt in der Krise, die für die Arbeiter noch immer Not und Elend gebracht hat, nützt das Stillhalten nur den Kapitalisten, die die Krise auf die Arbeiter abwälzen wollen. In dieser Situation müßten sich vielmehr die Arbeiter zusammenschließen, und für ihre Interessen kämpfen, denn die Krise gibt es nicht wegen der Lohnforderungen der Arbeiter, sondern wegen der

FORTS.NÄCHSTE SEITE

digungsfrist

Stimmt ein Arbeiter einer Lohnkürzung nicht zu, sitzt er sofort auf der Strasse. Nur dort wo es Betriebsräte gibt, gibt es eine kurze Galgenfrist: Die Betriebsräte müssen 5 Tage vorher von der beabsichtigten Kündigung verständigt werden.



U-Bahn Baustelle Stephansplatz

Ich sprach mit Bauarbeitern der U-Bahn-Baustelle Stephansplatz. Auf dieser Baustelle arbeiten rund 15o Kollegen.

"Wir sind noch gar nicht richtig fertig mit dem Verschalen, wird schon befohlen, zu betonieren."

Gearbeitet muss oft in grosser Tiefe werden, und durch die Hetzerei steigt die Gefährdung der Kollegen. Verletzungen sind an der Tagesordnung, es hat auch bereits vier Tote beim Wiener U-Bahnbau gegeben.

Ein Beispiel für die gestiegene Arbeitshetze sind die Eisenbieger. Vor 1o Jahren bekamen die Eisenbieger mehr Kilogeld (nominal!) als jetzt! Das bedeutet natürlich, dass die Eisenbieger jetzt ungleich höhere Kilozahlen erreichen müssen, um überhaupt auf einen halbwegs ausreichenden Lohn zu kommen.

R.B.

FORTSETZUNG VON SEITE 9

Kapitalisten, und ihrer Produktionsweise, die sich nur blind nach dem Profit richtet und schließlich in der Überproduktionskrise endet. Hier entwickelten sich gleich selbständige Diskussionen. Tendenz: Das hat was auf sich, was sie da sagt.
Wir diskutierten noch über die drohende Arbeitslosigkeit, die von den Kapitalisten zu verstärkter Antreiberei und Lohnraub ausgenutzt wird. Nach der Mittagspause verließ ich die Baustelle, nachdem mich einige zum Wiederkommen aufgefordert hatten.
Nach dem Lohnraubabschluß bei den Bauarbeitern verteilte ich ein zweites Flugblatt, in dem der KB-Graz den Lohnraub aufzeigte und vor allem auf die zweijährige Laufzeit des Kollektivvertrags hinwies, die für die Arbeiter Hinnahme des Lohnraubabschlusses und Stillhalten über zwei Jahre hin bedeutet.
Ein Kollege meldete sich sofort zu Wort und sagte: "Wie ich das sehe, hat man uns ordentlich betrogen." Viele stimmten zu und regten sich darüber auf, jedoch sahen sie wenig Möglichkeiten, dagegen etwas zu unternehmen.
Ich strich nun die Notwendigkeit heraus, hier auf der Baustelle Forderungen aufzustellen, Forderungen zu diskutieren. Dies wäre eine gute Grundlage, daß eine Lohnerhöhung hier in der Firma durchgesetzt werden könnte. Oder auch könnten diese Forderungen für alle Bauarbeiter vorgeschlagen werden, um die lange KV-Laufzeit zu durchbrechen. Für KURZE KOLLEKTIVVERTRAGS-LAUFZEITEN müßten nicht nur die Bauarbeiter, sondern auch Metaller etc. eintreten.
Die Bauarbeiter müssen hier ein Beispiel geben, daß die Arbeiter sich nicht auf Stillhalten über längere Zeit festnageln lassen. Die Gewerkschaftsführung durch das Aufstellen einheitlicher Forderungen zur Kündigung des Kollektivvertrags zu zwingen sei notwendig und möglich.
Bis zum Ende der Mittagspause diskutierten wir noch über diese Probleme, weiters über die Krise und ihre Ursachen und wie sich die Arbeiter gegen die Auswirkungen der Krise zur Wehr setzen könnten. Die Arbeiter luden mich zum Wiederkommen ein, wo ich mehr über unsere Vorstellungen erzählen sollte.

H.P.

Bildungshaie

Aus allem versuchen die Kapitalisten Geld herauszuschlagen. Alle Mittel der Rosstäuscherei sind ihnen da recht. In Lockinseraten bieten sie bildungswilligen Frauen und schulentlassenen Mädchen S 8.000,-- Monatsverdienst an. Geht man dann zu der entsprechenden Adresse, so stellt sich heraus, dass es sich um eine private Locherinnen-Ausbildungsgesellschaft handelt, die sich auf diese Art und Weise ihre Schüler ködern möchte. Warum sie das auf diese Art macht, wird einem erst so richtig klar, wenn man die Kosten dieser Ausbildung erfährt: für einen zweiwöchigen Kurs, der täglich nicht länger als drei Stunden dauert, hat man S 6.000,-- plus S 96o,-- Mehrwertsteuer, also rund S 7.000,-- auf den Tisch zu blättern.

Wir fordern Kantinen!

In der Berufsschule Mollardgasse gibt es für einige tausend Lehrlinge ein einziges Buffet.

Es gehört der WÖK. In den Pausen und während der Mittagsstunde herrscht dort ein fürchterliches Gedränge. Wenn man eine Burenhaut ergattert, kann man von Glück reden. Noch dazu werden zum Teil unverschämte Preise verlangt. Eine Wurstsemmel mit 3 (drei!) Blättchen ganz billiger Wurst kostet S 5,--! Die Auswahl ist auch sehr gering - hauptsächlich gibt es süsses Tortenzeug, das einem nur den Magen verdirbt. Will man seinen Hunger einigermassen stillen, muss man in die umliegenden Wirtshäuser. Das Essen dort ist auch nicht gerade schmackhaft, und mit der geringen Lehrlingsentschädigung, die uns die Kapitalisten geben, kann man sich ein regelmässiges Wirtshausessen sowieso nicht leisten.

Nicht einmal für's Essen wird also hier gesorgt. Es müssen endlich unbedingt Kantinen eingerichtet werden, die für eine hinreichende und gute Verpflegung sorgen! Die entsprechenden Kosten muss der Staat bestreiten, denn die Lehrlinge, denen noch immer der Existenzlohn vorenthalten wird, wehren sich zurecht dagegen, dass sie auch noch in der Schule ausgenommen werden!

Wir fordern daher Einrichtung von Kantinen und Verpflegung auf Kosten des Staates! Kontrolle der Kantinen durch die Lehrlinge!

W.R.

23o Kolleginnen und Kollegen aus drei Wiener Spitälern haben den nachstehenden Forderungskatalog mit ihrer Unterschrift unterstützt. Die Drohung mit Strafversetzung und Disziplinarverfahren konnte sie nicht abhalten.

Offener Brief an den Gewerkschaftstag der Gemeindebediensteten

Dieser Brief geht noch an:
Österreichischen Gewerkschaftsbund
Gewerkschaft der Privatangestellten, der öffentlich Bediensteten und der Gemeindebediensteten,
Gewerkschaft von Handel Transport und Verkehr,
Betriebsräte der Wiener Spitäler,
Zeitungen

Als Bedienstete von drei Wiener Gemeindespitälern schlagen wir dem 8. Gewerkschaftstag der Gemeindebediensteten folgende Forderungen zur Beratung und Beschlußfassung vor:

DURCHFÜHRUNG DER 4o STUNDENWOCHE

ANHEBUNG DER GRUNDGEHÄLTER AUF DIE HÖHE DER DERZEITIGEN BRUTTO GEHÄLTER

EINHEITLICHE TEUERUNGSABGELTUNG FÜR ALLE GLEICH

2 WOCHEN MEHR URLAUB FÜR ALLE

OFFENLEGUNG DES STANDPUNKTES DER GEWERKSCHAFT BEI DEN VERHANDLUNGEN DES GEHALTSABKOMMEN UND BESOLDUNGSSCHEMA

Diese Forderungen wurden in unseren Spitälern eingehend diskutiert und haben Zustimmung gefunden. Viele Kollegen finden in den Forderungen eine Antwort auf die schlechten Arbeitsbedingungen und den zunehmenden Druck auf die Gehälter.
Im Allgemeinen Krankenhaus haben ca 8o Kollegen und im Kaiserin Elisabeth Spital ca 11o Kollegen ihre Zustimmung zu diesen Forderungen dadurch gezeigt, daß sie für die Abhaltung von Betriebsversammlungen, wo darüber offen diskutiert und sie beschlossen werden können, unterschrieben haben. Ein großer Teil der Kollegen hat die Forderungen unterstützt, aber aus Angst vor Sanktionen und Disziplinierungen nicht unterschrieben. Denn es ist den meisten Kollegen bekannt, daß jenen, die offen ihre Meinung sagen und ihre Interessen vertreten, z. B. schlechtere Diensteinteilungen oder Verhinderung von Beförderung drohen.

Der Großteil der Kollegen in den Spitälern arbeitet seit Jahren 47 bis 51 Stunden pro Woche und mehr - ihre Gesundheit ist dadurch stark belastet, sie finden wenig Zeit für Familie, Haushalt und ihre privaten Interessen. Ein sehr dringendes Problem ist daher die Einhaltung der 4o Stundenwoche. Bekannt ist, daß dafür mehr Personal in allen Bereichen notwendig wäre. Der Personalmangel ist aber lediglich die Folge der schlechten Arbeitsbedingungen und er darf keinesfalls auf den Rücken der Kollegen abgewälzt werden. Dort wo die 4o Stundenwoche bereits offiziell durchgeführt wurde, müssen die Kollegen jetzt die gleiche Arbeit wie früher in 42 Stunden in kürzerer Zeit machen, denn sie haben keinerlei Verstärkung an ihrem Arbeitsplatz bekommen. Oft müssen sie dann länger dableiben, um mit ihrer Arbeit fertig zu werden.

Ein entscheidender Grund dafür, daß die Kollegen Überstundenarbeit in Kauf nehmen, sind die niedrigen Grundgehälter. So machen bei den meisten von uns Überstundenpauschale plus Zulagen ca ein drittel des Gehaltes aus. Jene Kollegen die keine Überstunden machen, müssen mit dem niedrigen Grundgehalt auskommen.

Die Forderung nach Anhebung der Grundgehälter auf die Höhe der derzeitigen Bruttogehälter hat Zustimmung gefunden, weil so ein Grundlohn eine angemessenen Lebenshaltung bei 4o Arbeitstunden pro Woche ermöglicht und niemanden zwingt, Überstunden in Kauf zu nehmen. Überdies brauchen auch dann die älteren Kollegen keinen finanziellen Nachteil für die Pension befürchten, wenn die Überstunden wegfallen. Es versteht sich von selbst, daß weiterhin alle zusätzlichen Leistungen gesondert bezahlt werden müssen.

Die große Arbeitsbelastung, die auf den Schultern jedes einzelnen von Spital lastet, ist der Grund dafür, warum ein längerer Urlaub dringen nötig ist. In 3 Wochen kann man sich nicht von den Strapazen eines ganzen Jahres erholen. 2 Wochen mehr Urlaub würden hingegen ermöglichen, daß man 2 mal im Jahr Urlaub machen kann, und so die Anstrengungen der Arbeit besser ausgleichen kann. Die Erhöhung des Mindesturlaubes darf nicht dazu führen, daß die zurückbleibenden Kollegen dann die doppelte Arbeit machen müssen. Das ist auch wieder nur möglich, wenn genügend Personal vorhanden ist und sich die Kollegen den Urlaub selbst einteilen können.

Durch Preissteigerungen, Tarif- und Steuererhöhungen hat der Druck auf unsere Gehälter stark zugenommen, und unsere jährlichen Erhöhungen reichen nicht mehr aus, um ihn wettzumachen. Eine den Erhöhungen angemessenen Teuerungsabgeltung wird immer dringlicher. Der Gewerkschaftstag wird sicherlich über das neu abzuschließende Gehaltsabkommen, das ab 1976 in Kraft treten muß, beraten.
Wir haben dazu folgende Forderungen:

- Lohnabkommen mit kürzerer Laufzeit können leichter und schneller entsprechend den rapiden Preissteigerungen erneuert werden.
- Die Teuerungsabgeltung sollte nicht an den offiziellen Warenkorb gebunden sein, den die Kollegen können selbst viel besser feststellen, um wieviel ihre Lebenshaltungskosten gestiegen sind.
- Schillingbeträge für alle gleich bringen jedem dasselbe. Dann bekommt nicht der, der ohnedies schon weniger verdient auch noch eine geringere Erhöhung.

Die Diskussion unter den Kollegen über diese Forderungen hat 2 wichtige Dinge deutlich gemacht:
1) nur die organisiert Kraft sämtlicher Bediensteten in allen Spitälern kann diesen Forderungen zum Durchbruch verhelfen. Diese Kraft zu organisieren ist nur möglich über die Gewerkschaft. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, daß der Gewerkschaftstag diese Forderungen zu Forderungen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten erhebt, und alle Kraft einsetzt, um z. B. über Betriebsversammlungen diese Forderungen allen Spitalsbediensteten zur Diskussion vorlegt. Dann wird auch kein Kollege Angst vor Sanktionen und Disziplinarmaßnahmen haben müssen.

2) Die Forderungen machen ein einheitliches Vorgehen aller Bediensteten möglich, weil jeder gleich viel davon zu erwarten hat und sich deshalb gleich stark dafür einsetzen kann. Das ist entscheidend dafür, ob die Interessen des Personals erfolgreich vertreten werden können oder nicht.

Wenn der Gewerkschaftstag diese Forderungen in sein Programm aufnimmt, so entspricht das voll und ganz den Interessen der Bediensteten, denn sie geben Antwort auf die dringensten Probleme des Personals und tragen entscheidend zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei.

Gewerkschaftsmitglieder aus dem Allgemeinen Krankenhaus, dem Kaiserin Elisabethspital und dem Wilhelminenspital.

Gewerkschaftstag der Postler

Keine Antwort auf die Krisenpolitik des Staates

Im öffentlichen Dienst stehen derzeit grosse Änderungen bevor. Nicht nur das Gehaltsabkommen wird heuer auslaufen, sondern eine völlige Umgestaltung des Dienst- und Besoldungsrechtes ist in Vorbereitung. Die Verhandlungen zwischen den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Regierung ziehen sich seit Monaten hin, jedoch soll von den weiteren Gesprächen nichts vor der Wahl am 5. Oktober bekanntgegeben werden.

In dieser Situation, wo massive Angriffe des Staates auf die Rechte und Gehälter der öffentlich Bediensteten in Vorbereitung sind, fand vom 13. bis 15. Mai der Gewerkschaftstag der Post- und Telegraphenbediensteten statt. Ungefähr 36o Delegierte aus allen Bundesländern wählten den Gewerkschaftsvorstand und stimmten über fast 2oo Anträge ab.

Als Wesentlichstes wurde beschlossen, dass der Personalstand angehoben werden müsse, um ohne zusätzliche Überstunden die Arbeitszeitverkürzung bewältigen zu können. Ferner die schrittweise Einführung der Fünf-Tagewoche für die Bereichsämter. Die Teuerungsabgeltung soll nicht wie bisher in Prozenten, sondern mit einem Mindest- und einem Höchstbetrag begrenzt ausgezahlt werden, zusätzlich einer Reallohnsteigerung von 3 %; weiters muss eine Abrechnung des auslaufenden Gehaltsabkommens erfolgen. Bis zum Inkrafttreten des neuen Gehaltsrechtes sollte möglichst rasch eine Übergangslösung geschaffen werden. Obmann Josef Schwaiger betonte, dass das Gehalt die Postbediensteten unabhängig von Überstunden und Zulagen machen müsse.

Entgegen den Vorstellungen der Regierung, die ein einheitliches Dienst- und Besoldungsschema für alle Beamten schaffen will, beschloss der Gewerkschaftstag, dass es für die Postbediensteten weiterhin ein eigenes Gehaltsschema geben müsse. Ausserdem wurden eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die nur für einzelne Bereiche des Post- und Telegraphendienstes von Bedeutung sind, so die Verlegung des Geltungsbereiches der Nachtstunden von 22 Uhr auf 2o Uhr, eine Fahrtkostenvergütung für amtliche Lehrkurse, Wegfall der Überstellungsverluste, Verkürzung des Dienstes an Freitagen, Steuerfreiheit der Fehlgeldentschädigung (GVZ) bis 3oo,- Schilling (bisher S 2oo,-), die Annahme von Zahlscheinen der Banken, Kreditinstitute etc. durch die Postämter und viels andere mehr.

In zahlreichen dieser Beschlüsse kommt die Sorge der Bediensteten zum Ausdruck, das man im Zuge der staatlichen "Krisenpolitik" unter die Räder kommen könnte, und dafür gibt es ja wahrlich Anzeichen genug. Aus dem, was aus den Verhandlungen bisher bekannt wurde, kann man ohne weiteres eine Verschärfung des Dienstrechtes und eine Schlechterstellung in der Besoldung ablesen. Obmann Schwaiger scheint seine Hauptaufgabe deshalb darin gesehen zu haben, die Wogen der Unruhe zu glätten, daher seine Versicherung, dass die Gewerkschaftspolitik darauf abziele, einen Gehalt zu garantieren, der Überstunden und Zulagen überflüssig macht. Indes straft ihn die bisherige Gewerkschaftspolitik Lügen, die stets darauf gerichtet war, neue Zulagen für die verschiedenen Bereiche zu schaffen, weil "mehr herauszuholen ist, wenn nur wenige etwas kriegen".

Der Zweck dieser Manöver ist offensichtlich: Eine breite Solidarisierung über die verschiedenen Dienststellen und Dienstzweige hinaus sollte verhindert werden.

Die meisten Beschlüsse des Gewerkschaftstages enthalten nur Rahmenvorstellungen, die im einzelnen erst in verschiedenen Ausschüssen und im Vorstand ausgearbeitet werden müssen, Was dann daraus wird, bleibt abzuwarten.

Mit dem Fortschreiten der Krise wird immer deutlicher, dass eine Gewerkschaftspolitik nötig ist, die klar zwischen Freund und Feind unterscheidet. Muss der Staat die zunehmenden Schwierigkeiten durch eine stärkere Durchrationalisierung des Staatsapparates, durch Verstärkung des Druckes auf die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst kompensieren, können die Rechte und der Lebensstandard der Vertragsbediensteten und Beamten nur verteidigt werden, wenn man zum offenen Kampf gegen diese staatlichen Massnahmen aufruft und sich in diesem Kampf mit der Arbeiterklasse und anderen Teilen des Volkes zu verbünden sucht. Neben der Forderung nach einem ausreichenden Gehalt müsste daher vor allem die nach der Aufhebung des besonderen Dienstrechtes der Beamten aufgestellt werden, das sich von Tag zu Tag mehr als Fessel und Knebel einer freien gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit zeigt und eine künstliche Trennwand zwischen den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst und dem übrigen Volk darstellt.

K.W.

Fernmeldebetriebsamt Mödling

Forderungen an die Gewerkschaft

In der Telophonzentrale Mödling (FBA- Fernmeldebetriebsamt) diskutierten wir schon die längste Zeit über unsere Lage. Immer mehr wurde klar:

Die Preissteigerung bei Lebensmitteln und Wohnung, die Tariferhöhungen bei Gas, Strom und Fahrtkosten fressen unsere Gehälter auf. Dazu kommen die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer, sowie für die Autofahrer die Einführung der Parkgebühr.

Laut Abkommen aus dem Jahr 71 erhalten wir ab Juni 75 11,8 % Gehaltserhöhung. Diese Erhöhung ist brutto und hinkt hinter dem Index her. Sie bedeutet daher keine Erhöhung, sondern eine Verminderung unserer Bezüge.

Wenn von Seiten der Gewerkschaft keine entsprechenden Schritte unternommen werden, dann wird die Entwicklung so weiter gehen: weiterer Abbau (Verminderung) der realen Bezüge und daher ein immer größerer Druck, jede mögliche Überstunde zu machen oder eine Nebenbeschäftigung anzunehmen.

Forderungen, die unseren Interessen entsprechen, können nur durchgesetzt werden, wenn die gesamte Kampfkraft der Bediensteten eingesetzt wird.

Auf einer internen Versammlung berieten wir, was wir tun könnten. Wir beschlossen, unseren Vertrauensmann (VM) aufzufordern, am 17.4.75 zu uns zu kommen. Wir wollten ihm unsere Wünsche und Vorschläge über die laufenden Verhandlungen zwischen Lausecker und Gasperschitz vorlegen.

Diese waren:

1.) Aufstellen einer ausreichenden Schillingforderung durch die Gewerkschaft!

Weil es um eine Forderung gehen muß, die für alle eine ausreichende Bezugserhöhung bringt, die daher geeignet ist, unsere Einheit herzustellen und damit die Kraft schafft, um sie auch durchzusetzen.

2.) Abschluß eines kurzfristigen Abkommens!

Weil wir uns nicht die Hände binden dürfen durch den Abschluß langfristiger Abkommen; es muß kurzfristig mobilisiert werden können.

3.) Keine Bindung an den Index!

Weil die Erfahrungen zeigen: die Bindung der Erhöhungen an den Index bringt in Wirklichkeit eine Verminderung der Bezüge.

4.) Aufdeckung des Verhandlungsstandes!

Weil die Gewerkschaft ihre Kraft nur entfalten kann, wenn alle über den Verhandlungsstand informiert sind.

5.) Verbreitung unserer Beschlüsse auf alle Dienststellen über die Vertrauensmännerinformation!

Weil die Gewerkschaft ihre Kraft nur entfalten kann, wenn sie selbständige Initiativen von der Basis aufgreift und verbreitet.

Da am 23.4.75 eine Gewerkschaftskonferenz und am 24.4. eine Sitzung stattfand, auf der die Vertrauensmänner über diese Konferenz informiert werden sollten, verschoben wir den Termin auf Freitag, den 25.4.75. Wir glaubten, daß der VM jetzt einiges zu sagen haben müßte. Über unsere Forderungen hatten wir ihn schon vorher informiert, damit er sich vorbereiten könne.

FORTS.NÄCHSTE SEITE

Leserbrief

Kurzarbeit in Wiener Kleinbetrieb

In unserer Firma wird seit 12. Mai kurzgearbeitet. Die eine Hälfte arbeitet nur am Vormittag, während die andere am Nachmittag jeweils viereinhalb Stunden arbeitet. Als uns das mitgeteilt wurde, waren die meisten ganz durcheinander. Da habe ich den Vorarbeiter gefragt, warum wir jetzt so eine blöde Arbeitszeit haben, denn nur halbtags arbeiten verdient man ja nichts. Er hat nur darauf gesagt, er weiss es nicht, aber er muss das tun, was der Chef sagt. Auch auf die Frage, warum in der letzten Zeit 8 Leute aufgenommen worden sind, konnte er nichts antworten.

Sehr bald darauf ist das Arbeitstempo immer schneller geworden und in der Zwischenzeit haben auch zwei Frauen gekündigt. Sie haben sich eine andere Arbeit gesucht, denn sie haben zwei und drei Kinder und kommen mit dem Geld nicht aus. Sie waren 18 Jahre in der Firma.

Wie wir das mit der Kurzarbeit erfahren haben, haben wir uns in der Mittagspause zusammengesetzt. Die meisten Kollegen haben gesagt, wir können nichts dagegen machen. Wenn wir uns dagegen wehren, dann werden wir entlassen, und davor haben die meisten eine grosse Angst. Manche meinten, das wäre nur vorübergehend und das würde sich wieder geben.

Doch bis jetzt hat sich nichts verändert. Die Arbeit muss immer schneller vorangehen und Geld gibt es nur für die kurze Arbeitszeit. Die meisten ärgert das sehr, aber getan wird nichts dagegen. Ausser, dass die meisten statt um 1/2 8 in der früh erst um 3/4 8 Uhr zur Arbeit kommen. Aber das hilft natürlich nichts. Da müssen wir uns schon alle zusammen wehren. Doch leicht ist das nicht.

S.P.

»Die Hunde beißen nur den, der nicht arbeitet«

Die Firma Eder in Penzing sattelte schon vor Jahren von Holzbürstenerzeugung auf Plastikbürsten, Plastikbierkisten und Plastikflaschenerzeugung um. Obwohl die Firma heute durchwegs Plastik verarbeitet und ein Chemiebetrieb ist, zahlt sie den Arbeitern noch immer die niedrigeren Holzarbeiterlöhne: 21 bis 26 Schilling durchschnittlich.

Der Großteil der Belegschaft ist sich einig: Die Löhne sind zu niedrig! Die Antwort, die der Betriebsleiter darauf hatte, war: "Wir stehen vor Einsparungen, die Auftragslage ist schlecht, eine Lohnerhöhung kommt nicht in Frage." Diese Meinung vertraten auch einige Arbeiter, als wir in einer Plakataktion vor dem Betrieb vorschlugen, die Bezahlung nach den Chemiearbeiter-Kollektivvertragslöhnen zu verlangen. Sie sagten uns: "Ein Lohnkampf kann nicht erfolgreich sein, denn bei uns wird entlassen." Sie trafen damit den Nagel auf den Kopf, denn genau dazu dienen die Entlassungen - nämlich die Arbeiter unter Druck zu setzen, um ihre Einheit, die für einen Kampf z.B. um höhere Löhne notwendig wäre, zu verhindern. Tatsächlich wurden in der Firma in den letzten Jahren von 600 Arbeiter auf 250 herunterrationalisiert. Letztes Monat wurden weitere 28 entlassen. Dazu kommen noch andere Maßnahmen, die die Arbeiter untereinander aufspalten: Die Löhne werden nach "freier Vereinbarung" vor der Einstellung im Personalbüro ausgehandelt, so daß die ausbezahlten Löhne relativ unterschiedlich ausfallen. In der Firma gibt es eine Gruppe von Arbeitern, die höher bezahlt werden und ziemlich alle Maschinen bedienen können. Diese Gruppe "springt" von einer Maschine zur anderen und führt den anderen Arbeitern anschaulich vor Augen: Wenn ihr nicht spurt, ist jeder einzelne von Euch entbehrlich! Daneben wird die Antreiberei dauernd verschärft. Obwohl in Regie gearbeitet wird, werden oft Stoppungen durchgeführt.

Als weiteres Einschüchterungsmittel läßt der Firmeninhaber Roos während der Nachtschicht zwei abgerichtete Hunde frei herumlaufen. Einige Arbeiter wurden schon angefallen, ihre Kleidung wurde zerrissen. Die Antwort des Firmeninhabers: "Die Hunde beißen nur den, der nichts arbeitet".

Damit die Arbeiter bei Eder gar nicht auf den Gedanken kommen, irgendwelche Forderungen mit Hilfe der Gewerkschaft durchzusetzen, sagte der Kapitalist Roos von Anfang an: "Die Gewerkschaft bin ich!", und er verhinderte jahrzehntelang erfolgreich eine gewerkschaftliche Inspektion.

Auf unseren Plakaten versuchten wir, die wichtigsten Forderungen zusammenzufassen, um eine breite Diskussion darüber zu beginnen:

- Bezahlung nach den Kollektivvertragslöhnen der Chemiearbeiter!
- Sofortige Offenlegung der Pläne der Betriebsleitung bezüglich weiterer Rationalisierungsmaßnahmen!
- Keine Stoppungen!
- Weg mit den Hunden!

-Stadtteilzelle Ottakring-

Forderungen an die Gewerkschaft ...

Was aber hatte der "Vertrauensmann" dazu zu sagen?

Zu Punkt 1.)

Die 11,8% im Juli sind nicht alles, man müsse auch die Lohnsteuersenkung in Rechnung stellen. Die Forderung muss prozentuell erfolgen, denn sonst bekommt der mit höheren Bezügen eigentlich weniger(daß mit ausreichenden Schillingforderungen die größtmögliche Einheit, Kraft und Möglichkeit der Durchsetzung geschaffen wird, ließ er nicht gelten). Und weiters kann ja noch auf Zulagen Kurs genommen werden - nächstes Jahr. (Die Mehrleistungsvergütung z.B. bekommen nicht alle Bediensteten und nicht in gleicher Höhe - mit ihr wurde 1972 der Unmut der Kollegen aufgefangen. Dabei kann diese Zulage jederzeit gestrichen werden, wenn genügend Personal vorhanden ist. Die Anzahl des benötigten Personals legt die Verwaltung fest oder verfügt eine Aufnahmesperre wie jetzt beim FBA.)

zu Punkt 2.)

Auch seiner Meinung nach seien kurzfristige Abkommen besser als das abgelaufene langfristige.

zu Punkt 3.)

Auch hier stimme er zu. Zeigte sich doch, daß mit steigender Inflationsrate der Anteil der jährlichen 3% Gehaltserhöhung gegenüber dem Index von der Lohnsteuer und sonstigen Abzügen aufgezehrt wird.

zu Punkt 4.)

Darüber wisse er nichts. Worüber ist er dann am Vortag eigentlich informiert worden? Angeblich wurde ihm nichts gesagt, weil "die vor den Herbstwahlen nichts verlauten lassen". Daß er eigentlich unsere Interessen vertreten soll und auf Informationen bestehen müßte, fiel ihm gar nicht auf. Und außerdem gebe es so viele Modelle über ein neues Gehaltsgesetz, die alle noch nicht ausdiskutiert sind. Wir meinten dazu, daß zumindest in der Frage des Dienstrechts, und zwar seiner Verschärfung, ein Beschluß vorliegen muß. Anders kann man die Artikel in der Solidarität nicht verstehen. Das bestritt er aber trotz Vorlesens der betreffenden Stellen.

zu Punkt 5.)

Über die Verbreitung unserer Forderungen in der VM-Information könne er nicht allein bestimmen, da hätten andere auch noch zu entscheiden. In Wirklichkeit hatte er bereits entschieden, denn er nahm sich den Zettel mit unseren Forderungen und ihrer Begründung gar nicht mit, um die anderen VM zu informieren.

Was heißt das? Auf diese Art verhinderte der VM, daß unsere Vorschläge von allen Gewerkschaftsmitgliedern bei der Post und beim Telegraphen diskutiert werden können. Nicht wir selbst sollen uns darüber klar werden, was wir brauchen und wie wir es durchsetzen können. Wir sollen einfach warten, was man in "harten Verhandlungen", auf die uns jeder Einfluß genommen wird, "für uns herausholt". So lehnte der VM den Vorschlag ab, 1500 Schilling für alle gleich zu fordern (obwohl er zugeben mußte, daß 1500 S nach Abzug der Abgaben auch nicht ein Betrag ist, der uns den Reichtum und die Völlerei beschert). Stattdessen stellte er uns für Jänner 76 eine 7%-Endabrechnung des Abkommens in Aussicht. Darüber machte sich dann auch ein Kollege lustig: "Weil 1500 S für manche 30% sind, ist das zu viel, aber zu 7% müssen wir jubeln".

Insgesamt kann man sagen: den VM einzuladen und von ihm die Verbreiterung unserer Forderungen zu verlangen, das war sicher der richtige Weg. Dem VM ist es aber gelungen, uns mit praktisch nichts abzuspeisen. Das ist ihm nur deshalb gelungen, weil wir nicht entschieden an unseren Forderungen festgehalten haben. Was dazu bei vielen Kollegen fehlte, war die Klarheit über die Ernsthaftigkeit der Lage. Diesen Mangel müssen wir beseitigen, und deshalb schicke ich Euch auch diesen Brief, damit möglichst viele aus dieser Sache lernen können, wie man es besser macht und wie man den Beschwichtigern besser entgegentritt.

H.W.

Seit Jahren ist die Verlängerung des gesetzlichen Mindesturlaubes von drei auf vier Wochen im Gespräch. Ernstgemacht wurde damit noch nie.
Sooft die Forderung bei Kollektivvertragsverhandlungen von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen auf das Drängen der Kollegen in den Betrieben aufgestellt wurde, so oft ist sie von ihnen auch wieder sang- und klanglos fallengelassen worden. Zuletzt wieder bei der Metallarbeiter-Lohnrunde im letzten Herbst und bei der eben abgelaufenen Bauarbeiter-Lohnrunde.

Urlaubsregelungen

Was bringt der Häuser-Plan?

DIE LETZTE MINDESTURLAUB-VERLÄNGERUNG GAB ES VOR 11 JAHREN!

Seit 1964 steht der Mindesturlaub in Österreich auf 3 Wochen: also mehr als 11 Jahre lang!

Für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr ist der Mindesturlaub sogar schon seit 1947 gleichbleibend mit 4 Wochen festgelegt: also über 28 Jahre lang!

Und angesichts dieser Tatsachen sagt Häuser: "Wir dürfen die Dinge nicht übers Knie brechen!"

Den Kapitalisten sollte diese fromme Geduld des SP-Ministers und der Gewerkschaftsführung eine grosse Freude sein: aber sie wären keine Kapitalisten, wenn sie sich damit zufriedengäben; wer so lang gewartet hat, kann ihrer Meinung nach noch länger warten - noch viel länger, als sogar Häuser es den Arbeitern und Angestellten zugedacht hat.

Die Ausbeutung, die körperliche und nervliche Beanspruchung der Arbeiter und auch der kleinen Angestellten - die sind in diesen 11 Jahren allerdings nicht gleichgeblieben.

WIE HEUTE DIE KAPITALISTEN "DEN URLAUB VERLÄNGERN"

Der Konkurrenzkampf zwischen den Kapitalisten um jeden Zipfel Marktanteil wird immer schärfer - auf dem Rücken der Arbeiter, die es über immer schärfere Rationalisierungsmassnahmen und Reallohnabbau zu spüren bekommen.

Rationalisierung: damit werden die einen überflüssig gemacht und verlieren ihren Arbeitsplatz - während die anderen noch schärfer ausgepresst werden und die Arbeit für zwei machen. Das ist der Ausweg der Kapitalisten aus der Krise, wie wir ihn heute in allen Betrieben erleben.

Rationalisierung: das beginnt heute oft mit einem sogenannten "Zwangsurlaub" wie bei Horny und Kapsch in Wien - einer unbezahlten Verlängerung des Urlaubs oder einem zwangsweisen Verbrauch des Urlaubs zu der Zeit, zu der es dem Kapitalisten passt.

Rationalisierung: das endet heute in Österreich für immer mehr Arbeiter und Angestellte mit einem zwangsweisen "Dauerurlaub" - mit Arbeitslosigkeit bei drückend niedrigen Unterstützungssätzen.

So sieht die "Lösung" der Urlaubsfrage durch die Kapitalisten in der Krise aus: für die einen noch schärfere Ausbeutung und lauter Protest gegen jede Urlaubsverlängerung, für die anderen Zwangsurlaub - meist mit hohen Lohneinbussen, immer der Vorbote scharfer Rationalisierungsmassnahmen, oft als letzte Station vor der Arbeitslosigkeit. Für die einen ist jeder Tag Urlaub zu viel - für die anderen gibt es überhaupt keine Arbeit mehr: das ist die "Logik" der kapitalistischen Profitwirtschaft.

WAS SOLL DER "HÄUSER-PLAN" BRINGEN?

Häuser und mit ihm die ganze SP-Regierung schlagen angesichts dieser Situation vor (und die SP-Spitzen in der ÖGB-Führung wollen es am ÖGB-Kongress im Herbst beschliessen lassen): keine "Überlastung der Wirtschaft", keine Urlaubsverlängerung vor den Wahlen. Erst 1976 soll es "etappenweise" losgehen:

- *Pflege-"Urlaub": Im April und Mai 1976 soll im Parlament beschlossen werden, dass Ehegatten für den Fall, dass ein Kind erkrankt, bis zu einer Woche im Jahr zu Hause bleiben dürfen, um das Kind zu pflegen.*
- *4 Wochen Mindesturlaub: Erst ab 1977 soll es statt derzeit 3 Wochen 4 Wochen Mindesturlaub für alle Arbeitnehmer geben.*
- *Bildungsurlaub: Ab 1978 soll es ganze 8 Tage Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer geben - verteilt über drei Jahre!*

Was da in einem Zug serviert wird, das sind ganz verschiedene Sachen: Denn dass man sich bei der Pflege von kranken Kindern vom Akkordverschleiss erholen kann, ist kaum anzunehmen. Auch der Bildungsurlaub, wie immer er aussehen wird, hat nichts mit der längst überfälligen Verlängerung des Urlaubs zu tun. Was bleibt, ist: dass erst 1977 die vierte Urlaubswoche garantiert werden soll. 11 Jahre sind also noch immer nicht genug - 13 sollen es nach der Meinung der SP-Regierung werden!

EINE WICHTIGE FRAGE IM KAMPF GEGEN DIE RATIONALISIERUNGEN

Für die Arbeiterklasse ist dieser Urlaubsstreit von SPÖ und ÖVP von geringem Interesse. Für sie geht es darum: soll sie wirklich "Rücksicht auf die Wirtschaft nehmen" und auf 1977 warten - oder sollen alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, die Urlaubsverlängerung zu erzwingen? Wir Kommunisten meinen, dass das Warten auf 1977 eine schlechte Situation für die Arbeiter und Angestellten sein würde:

- Je mehr Möglichkeiten die Kapitalisten haben, aus einem Teil der Arbeiterklasse immer mehr herauszupressen, desto leichter können sie den anderen Teil überflüssig machen und auf die Strasse setzen. Die Verlängerung des Urlaubs für alle schränkt diese Möglichkeit der Kapitalisten ein, Arbeitskräfte überflüssig zu machen und dann als Druckmittel gegen die Verbleibenden einzusetzen.

Der Kampf um die Verlängerung des Urlaubs ist deshalb eine wichtige Sache für den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung. Er gefährdet nicht die Arbeitsplätze, wie die Kapitalisten und ihre Politiker von ÖVP und SPÖ sagen, sondern erleichtert die Verteidigung des Arbeitsplatzes.

- Zugleich ist dieser Kampf unserer Auffassung nach notwendig, weil der Druck auf die Arbeiter und Angestellten nicht nur in den letzten 11 Jahren gestiegen ist, sondern gerade in der Krise jetzt noch mehr verschärft wird: mehr Urlaub zur Wiederherstellung der Arbeitskraft wird immer notwendiger - Wiederherstellung nicht nur der Arbeitskraft, um sie weiter an den Kapitalisten verkaufen zu können, sondern vor allem auch der Kampfkraft, um sich gegen die Kapitalisten im Klassenkampf noch besser durchsetzen zu können.

Deshalb müssen wir alle möglichen Schritte unternehmen, um:

- *als erstes zu erreichen, dass im Herbst die 4 Wochen zusammen mit einer ausreichenden Lohnerhöhung bei den Kollektivvertragsverhandlungen durchgesetzt werden,*
- *um als zweites zu erreichen, dass diese vier Wochen im kommenden Jahr gesetzlich garantiert werden,*
- *um als drittes schliesslich die Fortsetzung des Kampfes vorzubereiten in Richtung Durchsetzung eines bezahlten jährlichen Urlaubs von acht Wochen für alle.*

G.St.

Kapitalistenlogik gegen Arbeiterkammern

Die Arbeiterkammer hat die Forderung aufgestellt, dass die Unternehmer Insovenzversicherungen abschliessen sollten. Zweck einer solchen Versicherung wäre es, den Arbeitern und Angestellten den vollen Lohn zu sichern, wenn der Unternehmer in Konkurs geht. Die Prämie soll von den Unternehmern bezahlt werden.
Dazu die Unternehmer in der Zeitung "Wiener Industrie-Mitteilungen": "Auch die Arbeiterkammerforderung nach Einführung einer Insolvenversicherung zu Lasten der Unternehmer, um Dienstnehmern bei Konkursen den vollen Lohn zu sichern, läuft nur auf eine weitere unzumutbare Belastung der Wirtschaft hinaus, die entschieden zurückgewiesen werden muss."
Die Kapitalisten haben hohe Lebensversicherungen, da versichern sie ihr Leben; sie haben hohe Feuerversicherungen und Betriebsunterbrechungsversicherung - da versichern sie ihre Fabriken und ihre Lagerbestände; sie haben Maschinenbruchversicherungen, Haftpflichtversicherungen, Transportversicherungen, Montageversicherungen, Garantieversicherungen - ihr Kapital ist bestens versichert.
Jede Versicherung, die ihre Fabriken, ihre Maschinen und ihre Gewinne versichert, ist für sie eine Selbstverständlichkeit.
Genauso eine Selbstverständlichkeit ist es für die Kapitalisten, kommen sie in Schwierigkeiten, die Arbeiter und Angestellten um den verdienten Lohn zu prellen. Drum werden sie niemals auch nur einen Groschen dafür ausgeben, die Löhne zu versichern, damit die Arbeiter im Konkursfall wenigstens den bereits erarbeiteten Lohn bekommen.

P.F.

KPÖ-Wahlprogramm: Krankenkassen und Gesundheits

Noch bei jeder Wahl haben die bürgerlichen Parteien versucht, aus der Unzufriedenheit der arbeitenden Bevölkerung mit den herrschenden Zuständen im Gesundheitswesen für ihren Stimmenfang Kapital zu schlagen.
Zum Besseren geändert hat sich für das Volk in all den Jahren allerdings kaum etwas.
Heuer haben die bürgerlichen Parteien die Gesundheit neuerlich zum Wahlschlager gemacht - auch die KPÖ. Folgende Vorschläge macht sie dazu in ihrem Wahlprogramm:

+ Reform des Gesundheitswesens mit dem Ziel der Verwirklichung des nationalen Gesundheitsdienstes. Sicherung des Rechts für jeden Bürger auf ausreichende Behandlung und gesundheitliche Betreuung.
+ Sicherung der Möglichkeit der Fristenlösung für alle Österreicherinnen.

Was ist von diesen Vorschlägen zu halten ?

AUSBEUTUNG ZERSTÖRT GESUNDHEIT

Zu messen ist der erste Vorschlag an dem, wie es heute mit dem Gesundheitwesen ausschaut und warum es so ausschaut.
Im österreichischen Gesundheitswesen tritt offen zutage, daß unsere Gesellschaft in Klassen zerrisssen ist. Was einen krank macht, wie und wofür man wieder gesund gemacht wird - das ist bestimmt durch die Zugehörigkeit zur ausgebeuteten oder zur Ausbeuterklasse.
Die Gesundheit der Arbeiter wird ruiniert für die kapitalistische Profitproduktion:durch Akkord-und Prämienarbeit, durch Schicht und Nachtarbeit, durch Überstundenschinderei und unzureichenden Urlaub, durch den ständig steigenden Verschleiß von Knochen und Nerven.
Steigende Arbeitshetze bringt steigende Unfallgefahr mit sich "Sparsamkeit" bei Sicherheitsvorkehrungen tut das ihre. Die untergrabene Gesundheit macht noch anfälliger für alle möglichen Krankheiten.
Gerade jetzt in der Krise nehmen all diese Quellen von Krankheit und Unfall noch zu. Scharfe Rationalisierung bringt noch größere Antreiberei. Die Angst vor der Arbeitslosigkeit läßt viele Arbeiter Krankheiten lieber mit Schaden "übertauchen", anstatt in den Krnakenstand zu gehn und sie auszukurieren.
Wen die Ausbeutung einmal krank gemacht hat, der hat von unserem Gesundheitswesen bestenfalls zu erhoffen, daß er notdürftig wieder zusammengeflickt wird, um weiter ausgebeutet werden zu können.
Dementsprechend gehen die meisten Ärzte an die Behandlung heran. Dementsprechend sehen die Einrichtungen in der Gesundheitsversorgung aus: Dreiminutenmedizin für die Kassenpatienten, überfüllte Krankenhäuser, strengste "Sparsamkeit" bei Medikamenten und Behandlungsmethoden für das "einfache Volk".

So rasch wie möglich und so billig wie möglich zurück an den Arbeitsplatz- das ist die Devise. Ob Schäden zurückbleiben, ob man die Pensionierung erlebt, das spielt bei einem Arbeiter wenig Rolle.
Daß der Arbeiter durch die Ausbeutung gesundheitlich ruiniert wird, und nur für die Fortsetung der Ausbeutung mehr schlecht als recht wiederhergestellt wird - daran kann keine Reform des Gesundheitswesens im Kapitalismus etwas ändern. Das kann nur geändert werden, indem die Arbeiterklasse die politische Macht erobert und damit das Mittel, um die Ausbeutung zu beseitigen.
Dafür aber, daß sich die Arbeiterklasse im Kapitalismus ihre Existenz erhalten, und die Fähigkeit erhöhen kann, den Kapitalismus zu bekämpfen und schließlich zu beseitigen, dafür kann sie die Reformen gut brauchen und sie muß um solche Reformen kämpfen, die das gewährleisten.

EINE IRREFÜHRENDE FORDERUNG

Taugen dazu die Vorschläge des KPÖ-Wahlprogramms?
Keineswegs.
Schon das Ziel, das die KPÖ angibt, ist eine zwielichtige Sache. Denn was heißt "Recht auf ausreichende Behandlung und gesundheitliche Betreuung"? Ausreichend für wen und wofür?
Bekanntlich finden die Kapitalisten die gegenwärtige Behandlung der Arbeiter durchaus ausreichend- in vielen Fällen sogar noch zu aufwendig. Die Krankenkassen sind ganz ihrer Meinung und halten ihre Kassenärzte zu größter Zurückhaltung bei den Verschreibungen an.
Auch der Staat ist offensichtlich dieser Auffassung - wie z.B. die laufenden neuen Sparmaßnahmen für die Wiener Gemeindespitäler zeigen.

Der Arbeiter wird sich unter "ausreichender Betreuung und Behandlung" etwas ganz anderes vorstellen - eine Betreuung und Behandlung, die ihn nicht nur für die Ausbeutung wieder zurechtschustert, sondern die Erhaltung und Förderung seiner Gesundheit zum Ziel hat.
So ist der KPÖ eine Forderung gelungen, für die jeder sein kann, ob Ausbeuter oder Ausgebeuteter - und unter der doch jeder etwas anderes versteht. Der eine das Bestehende oder sogar noch eine Verschlechterung des Bestehenden - der andere etwas, was mit dem Kapitalismus ganz unvereinbar und nur durch seine Beseitigung erreichbar ist. Eine derartige Forderung ist unbrauchbar für die Arbeiterklasse und schädlich, weil sie nicht Klarheit schafft, sondern Verwirrung stiftet und in die Irre führt.

EIN REAKTIONÄRES REFORMPROGRAMM

Für diesen irreführenden Zweck soll nach Ansicht der KPÖ das Gesundheitswesen in Richtung des "nationalen Gesundheitsdienstes" reformiert werden.
Darunter ist zu verstehen, daß alle Einrichtungen des Gesundheitswesens- die Spitäler, Ambulatorien, Sanatorien etc - in der Hand des Staates zusammengefaßt werden sollen.

Die KPÖ preist die Vorteile einer solchen Reform an:

1. Entwirrung der Planungs- und Verwaltungskompetenzen. Diese seien so chaotisch, weil die Einrichtungen dem Bund, den Ländern, den Gemeinden, den Krankenkassen z.T. auch Klöstern und Privatleuten gehören. Dadurch entstünden Planlosigkeit und Doppelgleisigkeit, die verschwinden werde, wenn alle Einrichtungen in Staateigentum übergingen.

2. Große Einsparungen durch Beseitigung der Doppelgleisigkeit.

3. "daß nur ein gesamtstaatlicher Gesundheitsdienst die Möglichkeit schafft,alle Errungenschaften der modernen Medizin, alle medizinischen Einrichtungen allen Bürgern des Landes zur Verfügung zu stellen."

(G.Fuchs: Planung und Planlosigkeit im Gesundheitswesen; Weg und Ziel 1/1972. R. Geyer: Ärztestreik und die 29.Novelle zum ASVG; Weg und Ziel 12/72).

Hier wird der Reformvorschlag der KPÖ vollends reaktionär. Denn was ist das für ein Staat, dem das Gesundheitswesen übertragen werden soll? Ein Staat der Kapitalisten, ein Staat der Klassenherrschaft der Ausbeuterminderheit, ein Staat zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung - derselben Ausbeuterordnung, die das herrschende Elend im Gesundheitswesen ständig hervorbringt und verschärft.

Die KPÖ ruft die Arbeiterklasse auf, für die Übertragung ihrer Gesundheitsversorgung an dieses Organ der politischen Herrschaft ihrer Ausbeuter einzutreten. Sie soll ihre Existenz noch mehr dem staatlichen Zugriff, der staatlichen Gängelung und Schikanierung unterwerfen.

Man braucht nur an die gegenwärtigen Zustände in den staatlichen Spitälern zu denken und an die bürokratische Bevormundung und Schikanierung durch die Krankenkassen, die heute fest im Griff der Kapitalisten, bürgerlicher Arbeitervertretungen und des Kapitalistenstaates sind: all das würde die von der KPÖ vorgeschlagene Reform noch auf die Spitze treiben.

Angesichts der für jeden überprüfbaren Zustände in den heute schon staatlichen Gesundheitseinrichtungen ist es purer Zynismus, der Arbeiterklasse von der vollständigen Verstaatlichung zu versprechen, sie würde die Bereitstellung "aller Errungenschaften der modernen Medizin für alle Bürger des Landes" bedeuten.

Dieser offensichtliche Humbug ist auch der Grund dafür, warum der KPÖ-Vorschlag so wenig Anklang unter der arbeitenden Bevölkerung findet - und das mit vollem Recht.
Denn wer nicht wie die Revisionisten blindes Vertrauen in die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat setzt, kann sich auch heute schon mit eigenen Augen davon überzeugen, dass der KPÖ-Vorschlag für das Volk nur vom Regen in die Traufe führen würde.

Was die KPÖ vom nationalen Gesundheitsdienst des Kapitalistenstaates verspricht, kann die Arbeiterklasse nur erkämpfen, indem sie gerade diesen Kapitalistenstaat zerbricht, ihren eigenen Staat errichtet und mit seiner Hilfe die Ausbeuterordnung beseitigt. Der Verrat der KPÖ an diesem Ziel der Arbeiterklasse hat sie heute schon so weit gebracht, dass sie auf allen Linien für die Versöhnung der Arbeiterklasse mit der Ausbeuterordnung eintritt und für die verstärkte Fesselung der Arbeiterklasse an den bürgerlichen Staat.

WELCHE REFORMEN ?

Im Gegensatz dazu muss das Ziel der Arbeiterklasse eine solche Reform sein, die ihre

Keine Alternative (III) wesen in die Hand des Volkes

Gesundheitsversorgung dem Zugriff des kapitalistischen Staates und der Kapitalisten entzieht und ihre Selbständigkeit fördert.

Die zentrale Frage dabei ist die Versicherungsfrage.

Denn solange die Ausbeuterordnung besteht und die Arbeitskraft eine Ware ist, müssen die Arbeiter und die übrigen Lohnabhängigen versichert sein: sie haben als Existenzgrundlage nur den Verkauf ihrer Arbeitskraft - und im Fall von Krankheit ist dieser Verkauf nicht möglich. Die Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft muss daher jedem Arbeiter gewährleistet sein - bis die Arbeitskraft durch die soziale Revolution aufgehört hat, eine Ware zu sein.

Die Arbeiterklasse braucht also eine Versicherung, die nicht wie die bestehenden in der Hand der Kapitalisten und ihres Staates ist und zur Erpressung des Arbeiters eingesetzt werden kann, bevor er noch krank wird. Sie braucht eine Krankenkasse, die von der Arbeiterklasse und den anderen Lohnabhängigen s e l b s t v e r w a l t e t wird. Die bestehenden staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in den Krankenkassen müssen beseitigt werden. Die Leitung der Krankenkasse muss von den versicherten Lohnabhängigen wählbar und abwählbar sein. Proletarische und nicht bürgerliche Arbeitervertreter müssen diese Leitung stellen.

A n d i e s e K r a n k e n k a s s e müssen alle Einrichtungen des Gesundheitswesens übertragen werden. Die Versicherungskosten müssen den Kapitalisten bzw. dem Staat als Dienstgeber aufgelastet werden, unter deren Ausbeutung die Gesundheit der Lohnabhängigen zuschandegemacht wird. Alle Lohnabhängigen müssen einheitlich versichert sein, um die derzeitige Ungleichheit und Spaltung in den Versicherungsbedingungen zu überwinden.

Für eine solche Reform des Krankenkassen- und Gesundheitswesens lohnt es sich für die Arbeiterklasse einzutreten. Sie verstärkt nicht die Fesselung an den Kapitalistenstaat, sondern fördert die Selbständigkeit der Arbeiterklasse. Sie entzieht damit den Kapitalisten die Kontrolle über eine ihrer wichtigsten Existenzbedingungen. Sie fördert die Einheit der Arbeiterklasse und damit ihre Fähigkeit, den Klassenkampf zu führen.

AUCH BEI ABTREIBUNG KP FÜR BEVORMUNDUNG

Ihren Vorschlägen zum Gesundheitswesen entsprechend, tritt die KPÖ in ihrem Wahlprogramm konsequenterweise auch in der Abtreibungsfrage für die Beibehaltung der Rechtlosigkeit des Volks und der staatlichen Bevormundung ein.

Nichts anderes bedeutet ihre Forderung nach Durchführung und Sicherung der Fristenlösung für alle Österreicherinnen.

Die Fristenlösung bedeutet für die Arbeiterklasse und das Volk keineswegs einen Fortschritt gegenüber dem alten § 144. Im vollen Einklang mit den neuen Paragraphen richten heute die Ärzte darüber, bei wem ein Schwangerschaftsabbruch durchgeführt wird. Die meisten von ihnen weigern sich gerade unter Berufung auf das Fristenlösungsgesetz, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen (wo die Kasse nicht stimmt).

Weiterhin steht die Schwangerschaftsunterbrechung unter staatlicher Strafandrohung, weiterhin hat der Staat alle Mittel zur Schikanierung und Gängelung der betroffenen Familien. Die Erfahrungen seit Einführung der Fristenlösung beweisen das schlagend und weisen darauf hin, dass gerade der staatliche Zugriff sich durch dieses neue Gesetz sogar noch verstärkt hat.

Die konsequente Durchführung der Fristenlösung, wie die KPÖ sie fordert, würde nichts an der Rechtlosigkeit und staatlichen Bevormundung der Arbeiterklasse und des Volks ändern. Um sie loszuwerden, muss die Arbeiterklasse und das Volk die Forderung nach vollständiger Aufhebung des Verbotes des Schwangerschaftsabbruchs erheben. Weiters ist es notwendig, dafür einzutreten, dass die Krankenkassen die Kosten übernehmen, um wirklich jeder Frau aus dem Volk die Abtreibung zu ermöglichen.

Nur der Kampf um die völlige Freigabe der Abtreibung unter diesen Forderungen kann das Volk in dieser Frage tatsächlich vom Würgegriff von Staat und Ärzteklüngel befreien. Damit werden auch günstigere Bedingungen dafür geschaffen, dass die Arbeiterklasse und das Volk im Kampf für die Umwälzung der sozialen Verhältnisse weiterkommen, die im Kapitalismus stets die werktätige Bevölkerung unter den Zwang zur Abtreibung stellen werden.

Ob Gesundheitswesen oder Schwangerschaftsabbruch - die Devise der KPÖ lautet: in jeder Frage für die Stärkung des staatlichen Zugriffs in die Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse und des Volks, für die Fesselung der Arbeiterklasse an die kapitalistischen Verhältnisse.

Mit diesem Programm will sie nun auch ins Parlament. Die Arbeiterklasse und das Volk haben allen Grund, dieses Programm genauso wie die Programme der anderen bürgerlichen Parteien von der SPÖ bis zur FPÖ beiseitezuschieben und sich zum Kampf um die Forderungen zusammenzuschliessen:

- ÜBERTRAGUNG DES GESAMTEN GESUNDHEITSWESENS AN EINE KRANKENKASSE UNTER SELBSTVERWALTUNG DER LOHNABHÄNGIGEN! WÄHLBARKEIT UND ABWÄHLBARKEIT DER LEITUNG DER KRANKENKASSE DURCH DIE VERSICHERTEN LOHNABHÄNGIGEN! EINHEITLICHE VERSICHERUNG ALLER LOHNABHÄNGIGEN! BESTREITUNG ALLER VERSICHERUNGSKOSTEN DURCH DIE KAPITALISTEN UND DEN STAAT, SOWEIT ER ALS DIENSTGEBER AUFTRITT!
- VÖLLIGE FREIGABE DER ABTREIBUNG. BESTREITUNG DER KOSTEN DURCH DIE KRANKENKASSE!

G.St.

(Teil IV dieses Artikels in der nächsten Ausgabe des "Klassenkampf")



...rationalisieren...

Wiener Gebietskrankenkasse:

Kriminelle Diagnosen

Krank zu werden, das ist in unserer Gesellschaft ein doppeltes Unglück. Diese Erfahrung mußte ich vor einiger Zeit machen, als ich wegen starker Bauchschmerzen ein Ambulatorium der Wiener Gebietskrankenkasse aufsuchte.

Die Dame in der Anmeldung schickte mich auf Zimmer 13, zur Chirurgie. Dort mußte ich, obwohl die Schwester von meinen starken Schmerzen wußte, fast eine Stunde warten. Der diensthabende Arzt untersuchte mich nur kurz. Ich durfte dann im Wartezimmer platznehmen, um das Ergebnis abzuwarten. Nach einiger Zeit erschien die Schwester wieder. Sie drückte mir einen Zettel in die Hand - einen Überweisungsschein ins Spital - und gab mir zu verstehen, daß ich mich unverzüglich dorthin begeben solle. Auf meine Frage, was denn der Grund der Überweisung sei, meinte sie so nebenbei, daß mein Blinddarm raus müsse und wollte schon wieder verschwinden. Zwischen Tür und Angel machte ich ihr klar, daß mir mein Blinddarm schon vor 6 Jahren herausoperiert wurde.

Nach einer offensichtlich sehr intensiven Beratung mit dem Arzt (ich wartete wiederum eine halbe Stunde), kam die Schwester endlich. Es könnte, meinte sie ungerührt, sich dann noch um zwei Möglichkeiten handeln. Sie drückte mir abermals einen Überweisungsschein in die Hand, diesmal für den Gynäkologen, zwei Stockwerke höher. Dieser entschied sich dann auch für eine der zwei Möglichkeiten - für akute Eierstockentzündung.

Erst als ich das Ambulatorium wieder verließ, wurde mir langsam klar, was mir alles hätte blühen können, wäre mein Blinddarm noch drin gewesen. Von meinem Vertrauen in die Ärzte ist nicht mehr viel übriggeblieben.

R.R.

SP, VP, FP: Meinungsstreit um Fristenlösung

Aber einig darin, das Volk zu unterdrücken

In den letzten Jahren werden von den bürgerlichen Politikern und Parteien angesichts des starken Geburtenrückgangs eine Reihe von Maßnahmen diskutiert, dies zu ändern. Im Mittelpunkt stand dabei die Reform des Abtreibungsparagraphen, der in der Form des §144 fast vollständig die Wirkung verloren hatte, und Maßnahmen wie Geburtenbeihilfe, Mutter-Kind-Paß und die Einrichtung von Familienberatungsstellen. Diese Maßnahmen wurden gerade heuer eingeführt, weil die Entwicklung der Abtreibungs- bzw. Geburtenzahl den Staat gerade jetzt dazu nötigt und weil er jetzt noch genügend politischen Bewegungsspielraum hat, diese Maßnahmen auszuprobieren und eventuell noch zu ändern.

Wie die SPÖ die Situation sieht und wie sie sich die Methoden zur Änderung vorstellt, beschreibt ihr Nationalratsabgeordneter Blecha: "Die hohe Zahl illegaler Abtreibungen zeigt nur, daß es nicht möglich ist, die Schwangere durch bloße Strafandrohung zu bewegen, die Schwangerschaft fortzusetzen und die Verantwortung für das zu erwartende Kind zu übernehmen.... Um die Frau vor übereilten und unüberlegten Entscheidungen zu bewahren, muß sie aus der derzeit bestehenden Isolierung, in die sie durch die Straßandrohung gedrängt wird, herausgeführt werden. Da der Schritt zum Arzt ihrer Wahl u n v e r d ä c h t i g ist, kann angenommen werden, daß die Schwangere diese Beratung eher annimmt als irgendeine andere, durch irgendeine Strafsanktion erzwungene" (Blecha, "Recht und Menschlichkeit")

Erstens: die Frist wird eingeräumt, um den Frauen durch jemanden "unverdächtigen" die Abtreibung ausreden zu können, und nicht, um in dieser Zeit das Recht auf Abtreibung zu gewähren. Zweitens ist der bürgerliche Staat schon so in Mißkredit gekommen, daß er sich der Ärzte bedienen muß, in der Hoffnung, daß bei diesen nicht so leicht der Verdacht aufkommt, sie handelten gegen das Interesse der Betroffenen. Es fragt sich nun, warum sich Blecha und Konsorten über die hohen Abtreibungsziffern so "alarmiert" zeigen, daß sie "den Einsatz eines vielfältigen Instrumentariums zur Eindämmung der Zahl der unerwünschten Schwangerschaften" fordern? Die Sorge um die Gesundheit jener 100.000 Frauen kann es nicht sein, denn "eine Geburt (ist) zehnmal gefährlicher als eine kunstgerechte Beendigung der Schwangerschaft im ersten Drittel", wie Primarius Rockenschaub gegenüber der Zeitschrift "Profil" (23.4.75) feststellte. Hätten die SP-Politiker nur diese Sorge, so hätten sie doch ohne weiteres die Forderung des SP-Parteiprogramms von 1926 verwirklichen können:

"Zunächst ist die Unterbrechung der Schwangerschaft straffrei zu erklären, wenn sie von einem Arzt in einer öffentlichen Heilanstalt auf Antrag der Schwangeren vorgenommen wird." (Linzer Parteiprogramm der SP, 1926).

Nun ist die SPÖ aber schon längst nicht mehr eine Partei, die eine Politik im Interesse der Arbeiter betreibt. sondern sie vertritt die Interessen der Kapitalisten und führt unmittelbar deren Geschäfte, seitdem sie in der Regierung sitzt. Und die Kapitalisten brauchen die Arbeiter, um ihre Profite zu machen und von Zeit zu Zeit Soldaten, um Kriege zu führen. Wenn also die Abtreibungszahl zu stark ansteigt, dann muß ein "vielfältiges Instrumentarium" her, um diesen Übelstand abzustellen.

Für die Kapitalisten ist die Lage tatsächlich alarmierend: seit 1964 sinkt die Zahl der Geburten ständig (1964: 134.000, 1973: 98.000) und 1974 war die Zahl der Todesfälle erstmals seit dem Krieg wieder größer als die Zahl der Geburten. Außerdem hat im gleichen Zeitraum die Zahl der Rentenbezieher (1964: 770.000, 1973: 956.000) um 22% zugenommen. Insgesamt gab es daher 1971 um 3% weniger Arbeitsfähige als 1961. Diese Entwicklung war für die Kapitalisten untragbar, denn die kapitalistische Produktionsweise selbst erfordert eine ständig wachsende Bevölkerungszahl. Es ist das schrankenlose Wachstum des Kapitals, das einerseits eine ständige Zunahme der Arbeitsbevölkerung und der Bevölkerung insgesamt verlangt und es setzt andererseits ständig Arbeitskräfte frei- es gibt nie genug und dennoch ständig zuviel Arbeiter. Das ist ein unlösbarer Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise selbst, daß der Zuwachs der Bevölkerung die Bedürfnisse des Kapitals nie sättigt und sie dennoch zugleich überschreitet.

DIE WIDERSPRÜCHE INNERHALB DER BOURGEOISIE

Eine lange Zeit hatte es den Anschein, als wären in der Frage der Abtreibung zwischen der SPÖ und der ÖVP tiefe weltanschauliche Gräben aufgebrochen. Tatsächlich dreht sich die Debatte aber nur darum, auf welche Art die Abtreibungsziffer am besten gesenkt werden und das Volk am besten unter Kontrolle zu halten sei.

So schrieb etwa Kardinal König am 1.2.73 an Kreisky: "Dem Übelstand der Abtreibung kann nicht mit dem Strafrecht allein abgeholfen werden, es bedarf ernster und beständiger Bemühungen um einen anderen Stand der Aufklärung und um intensive Hilfen in konkreten Notsituationen. Alle derartigen Bemühungen wären aber vergeblich, wenn durch eine Fristenlösung das allgemeine Bewußtsein von der Schutzwürdigkeit des ungeboren Lebens in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft und schließlich des Lebens überhaupt schwindet." Kreisky versucht König in seinem Antwortbrief vom 16.2. 1973 zu erklären, daß die Fristenlösung das wirksamste Mittel zur Verhinderung von Abtreibungen sei: "Nach unserer Auffassung sollen an die Stelle der Bestimmungen des geltenden Strafgesetzes Maßnahmen treten, die den Schutz des werdenden Lebens nicht minder als die bisherigen zum Ziele haben, aber gerechter, menschlicher und wirkungsvoller sein sollen als diese."

Die Wirksamkeit des Abtreibungsverbots - das ist der Kernpunkt, um den sich die Diskussion der einzelnen bürgerlichen Parteien dreht. Und Blecha kritisiert auch den Vorschlag, den die ÖVP im Parlament vorlegte - ein Indikationsmodell - unter diesem Gesichtspunkt: "Am derzeitigen unbefriedigenden Zustand von 30.000 bis 100.000 illegalen Abtreibungen pro Jahr würde sich voraussichtlich nichts ändern." (Recht und Menschlichkeit, S.56)

Als im Jahr 1970 in verschiedenen SPÖ-Unterorganisationen eine Debatte über die Reform des alten § 144 einsetzte, verstand es die SPÖ-Führung sehr geschickt, diese Bewegung für ihre eigenen Ziele auszunutzen. Die Frauen- und Jugendorganisationen arbeiteten in der Öffentlichkeit und konnten eine große Mehrheit für die Änderung des Gesetzes und Schließlich auch für die Fristenlösung gewinnen. (Nach neuesten Umfragen sind insgesamt 59 % für die ersatzlose Streichung oder für die Fristenlösung). Die ÖVP und die Kirche konterten, indem sie die "Aktion Leben" gründeten, und so versuchten, die öffentliche Meinung für ihre Vorschläge zu gewinnen. Die öffentlichen und innerparteilichen Auseinandersetzungen, die zeitweise sehr hart und mit viel Einsatz geführt wurden, drehten sich immer nur darum, wie Abtreibungen am besten zu verhindern und das Volk am besten zu unterdrücken sei.

P.F.M.

Gespräche bei § 96 -Ständen

Wie unwichtig den meisten Ärzten die Probleme der Menschen sind, erfuhr auch ein Arbeiter mit drei Kindern. Seine Frau, die beinamputiert ist, war das vierte Mal schwanger, und sie wollten das Kind nicht haben, weil sie es sich finanziell überhaupt nicht leisten konnten und die Frau mit den drei Kindern schon genug Schwierigkeiten hatte.

Die Ärzte interessierten derartige Probleme nicht. Sie mußte das Kind austragen. Bei der Geburt entstand eine für Frau und Kind lebensgefährliche Situation. Diese hätte leicht durch eine (ohnehin gewollte) rechtzeitige Abtreibung verhindert werden können. Außerdem: "Wie sehr freut man sich denn über ein ungewolltes Kind, das nur noch mehr finanzielle Belastung und andere Belastungen bringt!"

S.A.

"Wenn ich damals vor 8 Jahren einen Arzt gefunden hätte, da hätte ich auf jeden Fall abgetrieben. Was hab ich von meinen Kindern und was haben sie davon, daß ich mich von früh bis spät abrackere für lumpige 4000,-Schilling im Monat. Von Kinderliebe zu reden ist in einer solchen Situation ein Hohn. Die muß bei mir darin bestehen, daß ich das eine Kind in ein billiges Klosterinternat stecke und das andere in einen Kindergarten wo sie auch 400,-Schilling verlangen. Steuern muß ich zahlen, aber was tut der Staat für mich? Bei der Geburt des Kindes schickt einem die Gemeinde einen fröhlichen Glückwunschbrief. Die gemeinste Verhöhnung ist das, wenn man genau weiß, was für Einschränkungen einen erwarten. Noch etwas tut er für mein Kind: Er bestimmt einen Vormund, der mich alle paar Wochen in sein bequemes Büro bestellt, um mir dort zu erklären, daß ich ja selber schuld bin an der miserablen Situation. Denn so etwas wie schlecht verdienen und dann noch Kinder kriegen, das macht ein anständiger Mensch halt nicht. Dieser Vormund ist überhaupt nur dazu da, um mich zu kontrollieren und mir gute Lehren zu geben."

H.S.

Sprach-Minderheiten

Keine Volkszählung besonderer Art

Im nächsten Jahr soll in Österreich eine Volkszählung besonderer Art durchgeführt werden, um das Territorium abzugrenzen, auf dem den Slowenen die Rechte auf Gebrauch der Muttersprache in der Schule, bei Ämtern und bezüglich der topographischen Anschriften (Ortstafeln) gewährt werden sollen. Es wird behauptet, dass dieses Vorgehen demokratisch sei und dadurch niemand benachteiligt werde, da sie ja, wie eine Wahl, geheim durchgeführt werde. In Wirklichkeit strebt aber der Staat an, den Geltungsbereich der Rechte der Slowenen bezüglich der Muttersprache einzuschränken.

Schon im Jahre 1959 wurde eine Minderheitenfeststellung gesetzlich beschlossen, mit deren Hilfe den Slowenen nur dort die Rechte gewährt werden sollten, wo sie einen bestimmten Prozentsatz der Orts- bzw. Gemeindebevölkerung ausmachen (ca. 2o %). Mit der Volkszählung besonderer Art soll dieses Ziel endlich erreicht werden.

Um am politischen Leben teilnehmen zu können, benötigen aber alle Teile des Volkes (unabhängig, ob sie jetzt 1o, 2o oder 3o % ausmachen) das Recht, ihre Muttersprache in der Schule erlernen zu können, sie im Verkehr mit allen Behörden gebrauchen zu können und natürlich auch das Recht auf Zweisprachigkeit aller öffentlichen Bezeichnungen im gemischtsprachigen Gebiet, das dem Staat genau bekannt ist.

Dadurch, dass den Slowenen oft das Recht auf Gebrauch der Muttersprache bei Ämtern verweigert wurde, gibt es viele Fälle, in denen die Slowenen durch diese zusätzliche Diskriminierung daran gehindert wurden, sich für ihre sozialen und politischen Interessen voll einzusetzen.

Das jahrzehntelange Bestreben der herrschenden Klasse, der slowenischen Sprache die Gleichberechtigung verzuenthalten und ihr das Merkmal der Unterlegenheit und Minderwertigkeit aufzustempeln, führte dazu, dass grosse Teile der slowenisch-sprachigen Bevölkerung ihre Herkunft und Sprache zu verleugnen versuchen, um nicht am Arbeitsplatz von zusätzlicher Schikane getroffen zu werden. Der Druck auf sie wurde noch dadurch verstärkt, dass von den Vertretern der herrschenden Klasse auf jeder Versammlung und öffentlichen Veranstaltung jedes slowenische Wort peinlichst vermieden wurde.

Durch diese Diskriminierung werden nach wie vor viele aus dem politischen Leben ausgeschlossen, da sie nicht ihre Muttersprache richtig beherrschen und auch die deutsche Sprache in der Schule oft nicht zu beherrschen lernten.

Im Interesse der Arbeiterklasse ist es, dass niemand wegen seiner Muttersprache diskriminiert wird, in ihrem Interesse ist es, dass die gesamte Arbeiterklasse und das Volk einheitlich der Kapitalistenklasse und ihrem Staatsapparat entgegentreten können, was nur möglich ist, wenn jeder das Recht hat, sich seiner Muttersprache zu bedienen, und ihm keine andere aufgezwungen wird. Auch wenn von allen Reaktionären die Tatsache ins Spiel gebracht wird, dass ein Grossteil der slowenischen Bevölkerung auch die deutsche Sprache spricht und ihnen deswegen kein Recht auf Gebrauch der Muttersprache zukommen solle, so antworten wir darauf: Sicherlich hat die Verflechtung Kärntens zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet viele Slowenen dazu gebracht, die deutsche Sprache zu erlernen (und das ist günstig für den Klassenkampf), aber die Vorenthaltung des Rechts auf Gebrauch der Sprache, die es einem Slowenen erleichtert, seine Interessen zum Ausdruck zu bringen, ist hinderlich für die Einheit aller Arbeiter und des ganzen Volkes, und führt oft auch dazu, dass sich die Slowenen wegen ihrer besonderen Entrechtung zurückziehen und nur auf die Erhaltung ihrer Sprache das Hauptaugenmerk legen.

Aus diesem Grunde treten wir in der Sprachenfrage für den konsequentesten Demokratismus ein, der allen Minderheiten in Österreich die Ausübung ihrer Rechte gewährt, ganz unabhängig davon, wie gross ihre Anzahl ist und wo sie siedlen; treten wir ein für eine solche Gesetzgebung, die es den Angehörigen der Minderheit erlaubt, sich ihrer Sprache z.B. nicht nur bei Gericht des Heimatbezirkes zu bedienen (was derzeit den Slowenen nur in drei von neun Gerichtsbezirken erlaubt wird), sondern vor jedem Gericht in Österreich.

Nur ausgehend von diesem Standpunkt, kann man dem Versuch, die Rechte der Minderheiten einzuengen, konsequent entgegentreten und auch erkennen, dass der Artikel 7 des Staatsvertrages, der den Geltungsbereich der Rechte auf das zweisprachige Gebiet einschränkt, den Bestrebungen des Staates, das zweisprachige Gebiet neu zu bestimmen, Vorschub leistet.

Auf diesem Standpunkt ist es nur möglich, alle Arbeiter, die objektiv kein Interesse an irgendwelchen Privilegien haben, zusammenzuschliessen, und alle demokratisch gesinnten Menschen gegen die Volkszählung besonderer Art zu gewinnen. Besonders jetzt, wo der Staat diese Massnahme durchführt, um den Kapitalisten und allen ihren politischen Vertretern die Möglichkeit zu geben, scheinbare Widersprüche zwischen der Mehrheit und der Minderheit zu konstruieren, um ihr nationalistisches Gift versprühen zu können und das Volk von den brennenden sozialen Fragen abzulenken.

Alle bürgerlichen Parteien argumentieren in folgender oder ähnlicher Weise: "Im Interesse der Demokratie und des Friedens im Lande ist es, wenn sich die Minderheit der Mehrheit unterordnet" und sie lehnen eine prinzipielle Gewährung der Rechte auf Gebrauch der Muttersprache - d.h. ohne Zählung der Slowenen - ab, weil sie den Werktätigen weis machen wollen, dass "dies zu einer Einengung der Rechte der Mehrheit führen werde."

Durch dieses Geschwätz dürfen wir uns nicht blenden lassen, denn die konsequenteste Demokratie war noch nie ein Nachteil für die Arbeiterklasse und das Volk, sondern nur für die Minderheit der Kapitalisten.

V.W.

AUSZUG AUS DEM ENTWURF FÜR DAS VOLKSZÄHLUNGSGESETZ

Welche Sprache (Sprachen) sprechen Sie in der Familie?)

Bitte kreuzen Sie das zutreffende Kästchen an. Haben Sie „andere Sprache" angekreuzt, nennen Sie diese in Worten auf der punktierten Linie.

- ☐ deutsch
- ☐ slowenisch
- ☐ windisch
- ☐ andere Sprache, welche? ....

Sollten Sie „windisch" angekreuzt haben, dann kreuzen Sie bitte unten zusätzlich an, ob Sie für die Durchführung des Art. 7 Abs. 3 des Staatsvertrages (betreffend die Bezeichnung und Aufschriften topographischer Natur) zur slowenischsprachigen Bevölkerung gezählt werden wollen:**) ☐ ja ☐ nein

**) Wenn diese Zusatzfrage an Personen, die „windisch" angekreuzt haben, nicht beantwortet wird, wird bei der Auszählung „ja" angenommen werden.

Diese Frage zielt selbst auf die Entrechtung! Ein "Windischer" ist jemand, der zwar den slowenischen Dialekt spricht, seine Muttersprache verleugnet und sich gegen die volle rechtliche Gleichstellung wendet.

KPÖ hat Angst vor Kommunisten

Die KPÖ-Führer kriegen immer mehr Angst vor den Kommunisten. Davon zeugt auch folgender Vorfall: Anfang Juni wollten wir zu zweit an einer öffentlichen Diskussion der KPÖ in Wien-Floridsdorf über das Thema "Was sind die Ursachen der wachsenden Unsicherheit? Wie kann die Arbeiterschaft mehr Sicherheit erreichen?" teilnehmen. Der Vorsitzende des KPÖ-Linksblocks Anton Hofer sollte dort erzählen, wie der bürgerliche Staat das Kunststück zuwege bringen soll, eine Wirtschaftpolitik zu machen, "die" - wie es in der KPÖ-Wahlplattform heisst - "den Interessen der arbeitenden Menschen den Vorrang gibt und nicht, so wie bisher, den Profitinteressen einer kleinen Minderheit".

Bei einem solchen Trapezakt ohne Netz wollen die KPÖ-Führer freilich keine Kommunisten dabei haben. Am Eingang zum Versammlungslokal versperrten uns an die zehn KPÖ-Funktionäre, unter ihnen auch Hofer, den Weg. "Habt ihr denn solche Angst, mit uns zu diskutieren?", fragten wir sie. Sie aber wiederholten nur stereotyp die fadenscheinige Begründung, warum sie uns nicht hineinlassen: "Das ist nur eine öffentliche Diskussion für Floridsdorfer Arbeiter".

Die KPÖ-Führer bangen um ihre Mitglieder. Am liebsten würden sie sie unter einen Quargelsturz stellen. Dennoch werden sich die klassenbewussten Arbeiter, die jetzt noch in der KPÖ sind, vom Mief des Revisionismus befreien, diese Partei verlassen und am Aufbau einer wirklich kommunistischen Partei mitwirken.

F.S.

9. PANZERGRENADIERBRIGADE
Der Kommandant
Zl.: 3977/Kdt/75

KLAMPER Anton, Whm
geb. 4.3.1955, StbKp/PzB 33

Berufung - Entscheidung

Berufungsentscheidung

Der innerhalb offener Frist eingebrachten Berufung des Whm KLAMPER Anton, StbKp/PzB 33, gegen die über ihn durch den Kommandanten des PzB 33 am 23.5.1975 verhängte Disziplinarstrafe im Ausmaß von 4 Tagen Disziplinararrest wird keine Folgen geben.

Begründung

Whm KLAMPER nahm am 1.5.1975 in Uniform (Ausgangsanzug) am Demonstrationszug des kommunistischen Bundes WIEN, vom Burgtor über den Ring zum II. Bezirk teil, und trug dabei das Symbol dieser Partei, eine rote Fahne.

Da diese Handlung einen Verstoß gegen die Pflichten des Soldaten nach § 36 Abs. 4 WG darstellt, wurde er in Verbindung mit § 34 Abs. 1 WG vom BKdten mit 4 Tagen Disziplinararrest bestraft.

Der Berufungswerber führt in seiner Berufung an, daß er an dieser Veranstaltung teilgenommen hat, da er auch als Soldat eine politische Meinung hat und diese durch die Teilnahme am Demonstrationszug ausdrückte.

Weiters führt er an, daß er auch als Soldat die staatsbürgerlichen Rechte, wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Demonstrationsfreiheit hat.

Dem steht gegenüber, daß der Soldat auch Pflichten unterliegt, die im WG und der ADV verankert sind. Unter anderem auch dem Verbot der Teilnahme an öffentlichen Versammlungen, Umzügen und Demonstrationen in Uniform (§ 36 Abs. 4 WG).

Da gem. Meldung des Kdten des PzB 33 Whm KLAMPER mehrmals im Zuge von KpBelehrungen über diesen Punkt belehrt wurde, stellt die gesetzte Handlung einen klaren Verstoß gegen die dem Soldaten auferlegten Pflichten dar, welcher nicht als Ordnungswidrigkeit gewertet werden kann.

Aus den angeführten Gründen konnte daher der Berufung nicht stattgegeben werden.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Entscheidung ist ein ordentliches Rechtsmittel unzulässig.

GÖTZENDORF, am 27.5.1975

Der Brigadekommandant:

(Dr. TRETTER, ObstdG)

Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung der Soldaten!

Mehrere Soldaten demonstrierten am 1.Mai unter den Forderungen der Arbeiterklasse. Sie nahmen in Uniform an der Demonstration des KB Wien und der VRAÖ teil. Sie wollten so darauf hinweisen, daß sie zwar derzeit im Bundesheer Dienst machen müssen, sich aber dadurch nicht vom Volk trennen lassen.

Die Bourgeoisie macht derzeit zwar viel Reklame für ihr Heer - die Erfahrungen der Kollegen zeigen aber, daß ihr eine solche Art von Öffentlichkeit gar nicht recht ist. Weil sie das Heer gegen das Volk und zu seiner Unterdrückung braucht, versucht sie, jeden Zusammenschluß zu verhindern und zu bestrafen. Dazu hat sie einen ganzen Apparat von Ordnungs- und Disziplinarstrafen und ein Verbot der politischen Betätigung im Wehrgesetz. Aber die Soldaten müssen sich frei politisch und gewerkschaftlich betätigen können, damit jeder sehen kann, wer auf der Seite des Volkes steht.

Im Folgenden bringen wir einige Stellungnahmen von Soldaten, die am 1.Mai in Uniform demonstrierten und deshalb zu Ordnungs- bzw. Arreststrafen verurteilt wurden. Die Veröffentlichung einer Berufung und einer Berufungsentscheidung zeigt die Bereitschaft dieser Soldaten, sich nicht einschüchtern zu lassen und für ihr Recht einzutreten.

»...so sieht die Demokratie aus!«

....Wir trugen alle die Uniform, um zu zeigen, daß wir uns als Soldaten am 1.Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, auf die Seite des Volkes stellen.

Das paßte dem bürgerlichen Staat natürlich nicht.

Am 22.5. wurde ich mit 4 Tagen Disziplinararrest wegen "Dienstvergehen" bestraft. Laut Wehrgesetz ist es nämlich verboten, an politischen Veranstaltungen in Uniform teilzunehmen.

Daraufhin habe ich mit der Begründung, daß ich mir das Recht auf Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Demonstrationsfreiheit genommen habe, berufen. Diese Berufung wurde abgelehnt.

Die 4 Tage, die ich im Arrest bin, muß ich noch dienen. Außerdem besteht die Möglichkeit, daß die Strafe zivilrechtliche Folgen hat. Daran sieht man deutlich, was für Gesetze der bürgerliche Staat hat, um jede politische Betätigung der Soldaten zu verhindern. Beim Bataillonsrapport wurde mir vorgeworfen, daß das Bundesheer durch meine Beteiligung an der Demonstration in Uniform den Anschein bekam, "politisch zu sein."

Viele Soldaten verurteilten meine Bestrafung und meinten: "Da sieht man, wie die Demokratie aussieht!"

Anton Klamper

»Ich wollte zeigen, daß ich ein Soldat des Volkes bin«



Am 1.Mai habe neben anderen Präsenzdienern auch ich in meiner Uniform an der Demonstration des KB-Wien und der VRAÖ(ML) teilgenommen.

Ich habe das deshalb getan, weilich öffentlich dem ganzen Volk eindeutig bekennen wollte, auf welcher Seite ich in der Militärfrage stehe. Die Arbeiterklasse sowie das ganze Volk haben mit dem österreichischen Bundesheer bereits viel Erfahrungen gemacht. So, wie im Febraur 1934, als das BH dazu eingesetzt wurde, um den Kampf der Arbeiterklasse gegen diesen Staat und das System, das es schützt, blutig zu unterdrücken, war es auch in jedem anderen Fall: Stets war das BH ein Instrument der Kapitalisten, um alle gegen ihre Herrschaft gerichteten Bewegungen und Kämpfe niederzuhalten.

Indem ich an der Maidemonstration der Wiener Kommunisten in Uniform teilgenommen habe, an einer Demonstration, die die Ziele des Kampfes der österreichischen Arbeiterklasse und den Weg dazu zum Inhalt hatte, wollte ich gerade zeigen: Der bürgerliche Staat hat mich zu seiner Armee eingezogen, um aus mir so wie aus den anderen Wehrmännern Soldaten zu machen, die er jederzeit gegen das Volk einsetzen kann. Obwohl ich meinen Präsenzdienst in einer gegen das Volk gerichteten Armee leisten muß, habe ich ihn nicht verweigert, denn ich werde all die Kenntnisse im Umgang mit Waffen nie dazu verwenden, um im Auftrag der herrschenden Klasse gegen das Volk vorzugehen. Den Umgang mit Waffen lerne ich gerade deswegen, weil ich weiß, daß die österreichische Arbeiterklasse geschult sein muß im Umgang mit Waffen. Ich wollte zeigen, daß ichnicht ein Soldat gegen das Volk, sondern ein Soldat des Volkes bin.

Die Folgen, die mein Auftreten hatte, zeigen den Charakter des Bundesheeres ganz deutlich. Bereits 1 Tag später erfuhr ich, daß ich auf der Demonstration fotografiert worden und aufgrund

FORTS.NÄCHSTE SEITE

→ der Fotografie bei meiner Einheit identifiziert worden bin. So wurde mir deutlich, wie sehr die Präsenzdiener vom Bundesheer - Apparat bespitzelt werden.

Später wurde ich vom Kompaniekommandanten verhört und darüber unterrichtet, daß gegen mich wegen meiner Beteiligung an der Demonstration in Uniform ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde. All die Scherereien, die sich da ergaben, führten dazu, daß dieser Fall in der Kompanie bekannt wurde, daß es unter den Jungmännern viele Diskussionen darüber gab, ob ich richtig oder falsch gehandelt hätte, wieso ich mich strafbargemacht hätte, und was davon zu halten sei. In diesen Diskussionen konnte ich sehr viel Sympathie von den Kameraden erkennen, die in ihrer Mehrheit zwar keine Kommunisten sind, jedoch nicht einsehen konnten, wieso die Armee das Recht haben darf, den zum Präsenzdienst eingezogenen Staatsbürgern gewisse Formen der politischen Betätigung zu verbieten.

Bei der Urteilsverkündung wurde mir gesagt, daß man mir nicht beweisen könne, daß ich vor dem 1.Mai über das Uniformverbot bei politischen Kundgebungen, Veranstaltungen, Demonstrationen belehrt worden sei und deshalb bloß auf dem Ordnungsweg bestraft werde. Es wurde eine "Verwarnung" ausgesprochen. Die wahren Gründe für diese "milde" Bestrafung dürften jedoch woanders liegen: Ich hatte mir den Mund nicht verbieten lassen und meinen "Fall" überall bekanntgemacht. N.N.

WIEN, 26.5.1975

An die
StbKp/MilKdo WIEN
MTK, 1130 WIEN

Ich melde, meine Berufung gegen die Disziplinarstrafe von drei Tagen Disziplinararrest, welche am 23.5.75 von Herrn Brigadier SCHREMS Karl ausgesprochen worden ist.

Ich berufe gegen Schuld und Strafe mit folgender Begründung:

Die Einschränkung der Staatsbürgerlichen Rechte des Soldaten- in besonderem das Uniformverbot bei öffentlichen Versammlungen Umzügen und Demonstrationen- erachte ich nach wie vor als unzumutbar.

Deshalb fühle ich mich in meinen Staatsbürgerlichen Rechten verletzt und daher zu Unrecht bestraft.

Wilhelm Missauer Whm

(Wilhelm MISSAUER, Whm)

Doch nicht in den Arrest

..... Ich wurde erst einmal ausgiebig verhört: was ich mir dabei gedacht habe? ob ich nicht wußte, daß das verboten sei?, warum ich mir nicht denken konnte, daß das verboten sei?

Ich gab zur Antwort, daß ich es für gut halte, wenn das Volk sieht, daß Soldaten unter den Kommunisten sind, und daß ich das am besten bekunden könnte, wenn ich in Uniform demonstriere. Ich wollte meinen Willen zeigen, daß ich nicht bereit bin, mit diesem bürgerlichen Heer diesen Staat zu sichern und zu stützen, sondern als Kommunist alles daran setzen werde, diesen Staat zu zerschlagen. Weiters argumentierte ich, daß ich meine staatsbürgerlichen Rechte wahrgenommen habe (freie politische Betätigung) und daß dieses Verfahren typisch für das Unterdrückerheer und die Rechtlosigkeit des Soldaten im bürgerlichen Heer ist. Ich betonte, daß ich außerdem nicht über den § 36 Abs.4 des Wehrgesetzes belehrt wurde.

Um 14 Uhr mußte ich wieder zum Generalsraport antreten. Um 15 Uhr klappte es endlich. Ich kam zum General. Dieser ließ sich gar nicht auf das Inhaltliche ein, sondern sagte bloß: das ist der Tatbestand, das ist das Gesetz, außerdem schützt bekanntlich Unwissenheit vor Strafe nicht, und deswegen verurteilte er mich zu drei Tagen Disziplinararrest. Der General betonte noch, daß es keinen Zweck hätte zu berufen, da er dafür sorgen würde, daß ich meine Strafe erhalte. Nach drei Tagen Bedenkzeit legte ich Berufung ein. Am nächsten Tag, als die anderen abrüsteten, wurde mir das verweigert, mit der Begründung, ich käme sowieso in den Arrest und müsse auf den Bescheid meiner Berufung warten......

Wilhelm Missauer

P.S. Inzwischen ohne Strafe abgerüstet!

30 Jahre danach

Leserbrief eines ehemaligen KPÖ-Mitglieds

Viel wurde jetzt über die Zeit der Befreiung vom Hitlerfaschismus im Jahre 1945 durch die Sowjetarmee und ihrer Verbündeten geschrieben; auf Veranstaltungen und Gedenkkundgebungen wurden "schöne Reden gehalten. Jedoch die wichtigen Lehren aus dieser Zeit werden den Werktätigen nicht vor Augen geführt. Für uns Augenzeugen und unmittelbar Betroffenen dieser unheilvollen Epoche gilt es daraus die richtigen Lehren zu ziehen: Der Kampf gegen den Faschismus, die Beseitigung der faschistischen Gewaltherrschaft brachte nicht den Sturz der kapitalistischen Ausbeuter; die Errichtung der revolutionären Volksmacht, die Diktatur des Proletariats, muß weiterhin nächstes Kampfziel der österreichischen Kommunisten sein.

Für mich persönlich ist diese Zeit unvergeßlich, da ich im Zuchthaus und KZ-Lager war und den faschistischen Terror erdulden mußte. Als sechzehnjähriger Lehrling schloß ich mich der illegalen kommunistischen Bewegung in Österreich an und beteiligte mich am Kampf gegen den Faschismus verschiedenster Färbung. Opfer und Entbehrungen mußten wir auf uns nehmen. Gefängnis, Zuchthaus, Deportation, Emigration, KZ-Lager sowie der Henker bedrohten uns. Doch die Zuversicht, daß letzten Endes unsere große revolutionäre Idee, der Sozialismus, siegen wird, gab uns Kraft und Ausdauer. Vor allem in der sozialistischen Sowjetunion sahen wir unser Vorbild. Als dann die Befreiung kam, war unser ganzes Streben, den Sozialismus auch in Österreich zu verwirklichen. Es war uns bewußt, daß dies nur mit einer revolutionären, marxistisch-leninistischen Partei zu erreichen ist. Die KPÖ war damals im Prinzip eine solche Partei, und ich wurde einer ihrer Funktionäre.

Mit der Beteiligung der KPÖ an der Errichtung der zweiten Republik als staatsgründende Partei erhielt sie Verwaltungsaufgaben zugeteilt, wurde sie schrittweise in die bestehende Gesellschaftsordnung eingebaut, und verlor ihr Ziel aus den Augen: Den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft, die Errichtung der revolutionären Volksmacht, die Diktatur des Proletariats.

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung wurde die KPÖ zu einer ausgesprochenen "Wählerpartei", ähnlich der Sozialdemokratie. Fast jeder konnte Mitglied der Partei werden. Dementsprechend gab es bald genügend Spekulanten und Streber in der Organisation, die der Partei großen Schaden zufügten. Nicht eine schlagkräftige, mit dem Geist des Marxismus- Leninismus ausgerüstete Kaderpartei mit Masseneinfluß, sondern eine "sozialdemokratische-Wahlpartei" die nach Parlamentssitzen und Regierungsbeteiligung strebte, war die Folge dieser verhängnisvollen Politik der Parteiführung.

Nach dem großen Oktoberstreik von 1950, wurde die KPÖ immer mehr zu einer bedeutungslosen politischen Kraft in Österreich. Sie verlor nicht nur zunehmend Wähler, immer mehr aufrechte Kommunisten gerieten in Widerspruch zur Parteiführung. Nach 1955, Staatsvertrag, Abzug der Sowjets, Rückgabe der USIA-Betriebe, verloren sich die Spekulanten und Streber und gingen ins bürgerliche Lager über. Nur eine kleine Elite "gebildeter" Funktionäre der KPÖ, die vor allem auf die politische Linie der KPdSU ausgerichtet wurde, bestimmte die Politik der KPÖ.

Die entscheidende Lehre aus dieser Politik der KPÖ: Eine revolutionäre Partei, eine marxistisch-leninistische Partei, darf niemals ihr Ziel, die Errichtung des Sozialismus, aus den Augen verlieren; selbst wenn sie vorübergehend, eine gewisse Periode hindurch mit bürgerlichen, antifaschistischen, antiimperialistischen Kräften zusammenarbeitet. Eine weitere Erkenntnis: Eine revolutionäre Partei muß stets auf ihre Selbständigkeit, auf ihre eigene Initiative beharren, sich immer auf die eigenen Kräfte stützen, stets die Interessen des Volkes vor Augen, konsequent für den Sturz des Kapitalismus kämpfen!

Ich habe die Konsequenzen aus diesem Verhalten der KPÖ gezogen und begrüße es, daß sich junge Menschen in Österreich zusammenschließen und bestrebt sind, eine neue revolutionäre Bewegung aufzubauen. Eine neue revolutionäre marxistisch-leninistische Partei, deren Ziel es ist, den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung herbeizuführen. Damit der langersehnte Wunsch der österreichischen Werktätigen in Erfüllung geht: Ein sozialistisches Österreich!

R.L.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

NATO-Konferenz

DEN AMERIKANERN SCHWIMMEN DIE FELLE DAVON

Die Schwierigkeiten der USA mit der NATO liegen auf mehreren Ebenen. Erstens haben in den letzten Jahren die Kämpfe der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen in mehreren europäischen Ländern einen grossen Aufschwung genommen und stellen eine immer gefährlichere Bedrohung der Interessen der USA-Imperialisten dar. Unter dem Druck der Volksmassen ist das faschistische Regime in Griechenland zusammengebrochen. Die Kämpfe der afrikanischen Völker und die demokratische Bewegung in Portugal haben die faschistische Caetano-Diktatur zu Fall gebracht. Das faschistische Regime in Spanien, lange Zeit feste Stütze des amerikanischen Einflusses im Mittelmeer (obwohl Spanien formell nicht Mitglied der NATO ist), wankt unter den heftigen Schlägen, die ihm vom spanischen Volk versetzt werden. In Italien entwickelt sich der Klassenkampf ebenfalls grossartig und die italienische Bourgeoisie befindet sich in einer äusserst schwerwiegenden Krise. In diesen Ländern ist heute kaum damit zu rechnen, dass sich amerikafreundliche Regierungen halten, stabilisieren bzw. wieder in den Sattel schwingen können.

Die zweite Schwierigkeit der USA rührt von den wachsenden Unabhängigkeitsbestrebungen der europäischen imperialistischen Bourgeoisien her. Die nordeuropäischen Länder und insbesondere Frankreich, das selbst über Atomwaffen verfügt, sprechen sich immer entschiedener für eine von den USA unabhängige und gemeinsame Politik der europäischen Staaten aus. Giscard d'Estaing hat Ford gegenüber in Brüssel deutlich erklärt, "dass die Führung in Europa an die Europäer zurückgehen müsse" (Süddeutsche Ztg., 3o.6.). Der bisher notgedrungen treueste Verbündete der USA ist die BRD, die zwar wirtschaftlich stark, militärisch jedoch durchaus noch von den USA abhängig ist und daher versucht, ihre eigenen imperialistischen Interessen im Windschatten der USA durchzusetzen.

Das vierte Problem, mit dem die NATO zu kämpfen hat, liegt in den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Mitgliedsländer. Dänemark baut seine Rüstung ab. Die NATO-Kontingente Italiens, Belgiens und der Niederlande haben sich ebenfalls verringert. Sogar Grossbritannien, bisher neben der BRD zuverlässigster Vertreter der amerikanischen Interessen, hat seinen Truppenbeitrag beträchtlich reduziert.

Fünftens schwächen die grossen Erfolge der Dritten Welt beträchtlich die Positionen der USA und der übrigen NATO-Länder. Der amerikanische Imperialismus, der fast überall in der Dritten Welt von den Völkern wie eine Ratte gejagt wird, hat es immer schwerer, seine Stützpunkte zur Flankensicherung für Europa zu halten. Durch das entschlossene und einheitliche Auftreten der Entwicklungsländer, insbesondere der arabischen Erdölproduzenten, ist die Zeit der beliebigen Verfügung der Imperialisten über die Rohstoffe der Länder der Dritten Welt vorbei. Das hat seine Auswirkungen auf die NATO - wer nicht seinen Erdölbedarf decken kann, dessen Armeen kommen nicht weit.

EINMISCHUNG IN DIE INNEREN ANGELEGENHEITEN EUROPAS

Die von den USA-Imperialisten in die Wege geleitete NATO-Gipfelkonferenz zu diesem Zeitpunkt - kurz nach ihrer vernichtenden Niederlage in Indochina - verfolgte hauptsächlich den Zweck, den Verbündeten und aller Welt klarzumachen, dass sie aus ihren bisherigen Erfahrungen keineswegs den Schluss gezogen haben, sich aus Europa zurückzuziehen. Kriegsminister Schlesinger hatte bereits vor der Konferenz die Absicht der USA bekanntgegeben, die amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa nicht nur zu halten, sondern noch zwei weitere Brigaden zu entsenden. Die europäischen NATO-Staaten sollten - nach Schlesinger - ihre Militärbudgets um weitere 3 bis 4 % steigern, was angesichts der wirtschaftlichen Krise eine gewaltige Steigerung der Ausplünderung der europäischen Völker bedeutet. Die weitere Aufrüstung der europäischen Staaten soll nach den amerikanischen Vorstellungen "standardisiert" werden, d.h. die Waffen und Ausrüstungsgegenstände sollen zum Grossteil aus den USA bezogen werden. Es geht dabei gegenwärtig hauptsächlich um die Ablösung des Starfighter durch die F-16, ein amerikanisches Modell, für das sich Holland, Dänemark und Norwegen bereits ausgesprochen haben. Seitens Frankreich wird den NATO-Staaten der Vorschlag gemacht, die französische Mirage F-1 zu kaufen.

Giscard d'Estaing erklärte am 3o. Mai auf der französischen Luftfahrtausstellung in Le Bourget: Wenn sich die Europäer für die amerikanische F-16 entscheiden sollten, dann "müsste ich ernsthaft an der europäischen Fähigkeit, ein vereintes Europa zu bauen, zweifeln. Dieses Waffengeschäft ist weniger eine Frage des nationalen Prestiges als ein Test des guten Willens gewisser europäischer Politiker, die gemeinsame Zusammenarbeit zu fördern." (Neue Zürcher Ztg., 31.5.). Die französische Regierung hat bereits mehrmals den Aufbau einer integrierten europäischen Flugzeugindustrie vorgeschlagen, die es den europäischen imperialistischen Staaten ermöglichen soll, auf diesem Sektor von den beiden Supermächten unabhängig zu werden.

Auf der Konferenz wurde deutlich, dass die USA und die BRD die bestimmende Kraft in der NATO bleiben. Die beiden Länder stellen die zahlenmässig stärksten vollintegrierten Militärkontingente und bringen für das internationale Budget der NATO die grössten Finanzbeiträge auf. Sie führten das Wort. Die anderen NATO-Partner, unter ihnen ehemals so gewichtige Staaten wie Grossbritannien und Italien, hatten kaum was zu reden - über sie und die anderen wurde dafür umso mehr gesprochen. Die USA-Imperialisten haben - unterstützt von den westdeutschen Imperialisten - die feste Absicht, ihre Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten fortzusetzen und zu intensivieren. Ford wies den portugiesischen Ministerpräsidenten Goncalves deutlich auf die "weitreichenden Folgen" hin, die seinem Land aus einer Vertiefung der revolutionären Bewegung, bzw. einer Verstärkung der Positionen der revisionistischen KP Portugals erwachsen könnten.

Für Goncalves ist das sicherlich nichts Neues. Es ist allgemein bekannt, dass die faschistischen Putschisten um Spinola eng mit dem amerikanischen Botschafter Frank Carlucci sowie NATO-Kreisen in Verbindung stehen. Angesichts der Ereignisse in Portugal schlagen die Amerikaner die formelle Eingliederung Spaniens in die NATO vor, um ihre Positionen auf der iberischen Halbinsel besser absichern zu können. Dieser Vorschlag wurde von den europäischen NATO-Staaten jedoch äusserst kühl aufgenommen. Sogar der westdeutsche Vertreter distanzierte sich hier von den USA.

Grossen Wert legen die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten darauf, aus der NATO ein noch besseres Instrument zur Einschüchterung der Dritten Welt, insbesondere der arabischen erdölproduzierenden Staaten zu machen. Der Nahe Osten spielt im Ringen der beiden Supermächte um Europa eine grosse Rolle. Grossen Wert legen die USA auch auf ihren Vorschlag, in der Südafrikanischen Rassistenrepublik eine offizielle Bastion der NATO einzurichten, um die Rohstoffzufuhr um das Kap der Guten Hoffnung und die Beherrschung des Indischen Ozeans zu sichern. Aber auch hier stossen die USA auf den Widerstand gewisser europäischer Länder, die sich dadurch mit Recht eine Verschlechterung ihrer Beziehungen zu den afrikanischen Staaten erwarten.

Die Brüsseler Gipfelkonferenz hat gezeigt, dass die USA starrköpfig auf ihrer Supermachtrolle beharren.

K.P.Sch.

Streiks und Militäreinsätze in Polen

Auf die Lebensmittelknappheit und wachsende Teuerung in Polen haben die Arbeiter in den großen Städten mit Streiks geantwortet. Es gab beispielsweise in den letzten Monaten nur Dienstag und Freitag Butter zu kaufen, Fleisch war meist nur in minderer Qualität erhältlich. Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet am 12.April, "daß die seit dem Arbeiteraufstand vom Dezember 1970 sehr bewußt und selbständig gewordenen Belegschaften wiederum zur Streikwaffe gegriffen haben. Seit März kommt es in den Warschauer und Lodzer Fabriken laufend zu Arbeitsniederlegungen". DDR-Reisende erzählten in der Zwischenzeit, daß vor kurzem gegen demonstrierende Arbeitermassen Militär eingesetzt wurde.

Für die Knappheit verantwortlich gemacht wird von der Parteizeitung der Revisionisten "Trybuna Ludu" ein "negativer Kult des Konsums". Verschwiegen werden die erhöhten Lebensmittelexporte zur Deckung des Defizits in der Zahlungsbilanz. Es wird auch nicht gesagt, daß die Sowjetunion für die Viehzucht weniger Futtermittel geliefert hatte.

Portugal

Die Bürgerlichen streiten um die Macht – das Volk geht nach vorn

Mitte Mai weigerten sich die Druckereiarbeiter der Lissaboner Zeitung "Republica", die der Sozialistischen Partei Portugals nahesteht, eine Ausgabe dieses Blattes zu drucken, in der die KP heftig angegriffen wird. Mario Soares, der Führer der SP, erklärt, daß die Bestreikung der "Republica" von der KP organisiert worden sei. (Tatsächlich waren nur 5 der über 100 Druckereiarbeiter Mitglieder der KP, der Rest ist überwiegend bei der SP; vgl. "Le Monde", 30.5.) Soares verweist auf die Kontrolle der KP über den Apparat der Gemeindeverwaltungen des Landes und der Gewerkschaft, die dem Ergebnis der Wahlen vom 25.April widerspreche. Damals hatte die SP 38%, die rechtssozialdemokratische PPD 26% und die KP 12,6% der Stimmen erhalten.

22.Mai organisiert die SP eine stark besuchte Demonstration unter Forderungen nach verstärktem Einfluß der SP in Organen des Staatsapparates. Der Revolutionsrat der Bewegung der Streitkräfte (MFA), die im April 1974 das alte faschistische Kolonialregime gestürzt hat und seither die entscheidende Macht im Staat hat, beschließt darauf, das Erscheinen der "Republica" zu verbieten. Er "rügt" die SP für ihre Angriffe auf die KP. Die Antwort der SP ist der vorläufige Austritt aus der Regierung. Der Revolutionsrat fordert am nächsten Tag die politischen Parteien Portugals auf, "ihre Zwistigkeiten zu begraben". Brigadegeneral Otelho de Carvalho, Chef des Sicherheitsdienstes, stellt in einem Interview fest: "Portugal kann den Weg zum Sozialismus auch ohne die politischen Parteien gehen. Nicht sie, sondern die MFA hat dem Land die Freiheit gebracht" (ORF). Die Führung der MFA erklärt ihre Unterstützung für die Komitees der Arbeiter in den Fabriken, Wohnvierteln und am Land. Dort formuliere das Volk seinen wahren Willen, die Wahlen seien "eine bloße Meinungsumfrage gewesen" (Admiral Rosa Coutinho).

Unter dem Druck der MFA beschließt die SP am 31.Mai, sich wieder an den Kabinettssitzungen zu beteiligen. Am selben Tag umstellen Einheiten der Armee die Lokale mehrerer marxistisch-leninistischer Organisationen, darunter der MRPP (Bewegung zum Wiederaufbau der Partei des Proletariats), und stürmen sie. Die Materialien dieser kommunistischen Organisationen werden beschlagnahmt, 400 führende Kader verhaftet, und die Lokale geschlossen.



"Soldaten und Matrosen, Seite an Seite mit dem Volk im Kampf für den Frieden und die demokratische Volksrevolution"

DIE SOZIALE LAGE DER MASSEN VERSCHLECHTERT SICH

Die heftigen Kämpfe zwischen den verschiedenen politischen Kräften Portugals spielen sich ab in einer Situation des verschärften Elends der breiten Massen der Werktätigen. So sind in den letzten Wochen allein die Preise für Grundnahrungsmittel um 50% gestiegen, für Zucker um 60%. Die Wohnungsmieten schnellen in die Höhe, und die Zahl der obdachlosen Arbeiterfamilien nimmt rasch zu. Die Löhne der Fabriks- und Landarbeiter reichen trotz der geringen Erhöhungen des Jahres 74 immer weniger zum Leben: die Inflation liegt über 30%! Täglich müssen irgendwo in Portugal Betriebe zusperren und fliegen Arbeiter auf die Straße. Nahezu 10% aller portugiesischen Fabriksarbeiter sind bereits arbeitslos.

Die allgemeine Wirtschaftskrise der kapitalistischen Länder wird in Portugal durch zwei Faktoren besonders verschärft. Viele ausländische Konzerne ziehen ihr Kapital aus Besorgnis über die politische Entwicklung, v.a. die erstarkende Bewegung der Arbeiterklasse, ab. Dazu kommt, daß die portugiesische Kapitalistenklasse in diesem ärmsten Land Europas äußerst schwach und zersplittert ist. Unter den Bedingungen der Kolonialherrschaft war die Wirtschaft Portugals v.a. auf die Ausbeutung der Völker von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique ausgerichtet. Die kapitalistische Entwicklung des Landes selbst stagnierte. Heute, nach dem Sturz des Kolonialismus, versuchen die bürgerlichen Kräfte das Ausbeutungssystem in Portugal auf eine neue Grundlage zu stellen.

DIE KOMITEES - ORGANE DES VOLKSWILLENS

In mächtigen Bewegungen haben sich in den vergangenen Monaten die portugiesischen Arbeiter und Bauern zu organisieren begonnen. Die Komitees der Arbeiter, die nach dem April 74 gebildet wurden, um Kollaborateure des Faschistenregimes zu säubern, sind heute das Rückgrad der Bewegung des Volkes gegen die Kapitalisten und ihre Organe. Aber auch die Obdachlosen, die Bewohner der armen Stadtviertel von Lissabon, Porto und anderen Städten, nehmen ihr Schicksal in die eigene Hand und organisieren sich selbständig; genauso wie die Landarbeiter, armen Bauern und Fischer in den ländlichen Gebieten. Immer mehr Menschen strömen zu den Komitees und organisieren sich darin. Sie erkennen, daß diese ein hervorragendes Instrument zur selbständigen und gemeinsamen Durchsetzung ihrer Interessen sind. Den bürgerlichen Kräften und Parteien ist die politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse und des Volkes verhaßt. In der vierten Maiwoche bezeichnete das KP-Organ "Avante" die Aktionen der Arbeiterkomitees als "Abenteurertum, das die Revolution gefährde". Gleichzeitig können die Bürgerlichen aber nicht offen gegen das Volk und seine Organe vorgehen, wenn sie nicht ihre Glaubwürdigkeit ganz verlieren wollen. In ihrem heftigen Streit untereinander versucht jeder von ihnen, die Sympathien der Volksbewegung zu ergattern. Die bisher entstandene auf Portugal orientierte portugiesische Bourgeoisie ist noch sehr schwach. Die Rivalität der bürgerlichen Kräfte in Portugal resultiert daraus, wie man auf dem Rücken der wekrtätigen Massen die kapitalistische Herrschaft auf ein neues ökonomisches Fundament stellen kann, nachdem die kolonialen Kouponschneider von gestern im wesentlichen entmachtet sind, auf welche Weise die Ausbeutung betrieben werden soll, und mit welchen ausländischen Kräften gemeinsam.

DIE POLITIK DER BÜRGERLICHEN KRÄFTE

Carvalho erklärte, die MFA unterstütze die Komitees des Volkes. Möglicherweise meinen die Führer der MFA subjektiv wirklich, der Revolution zu dienen. Tatsächlich liegt die objektive Funktion der MFA heute aber gerade angesichts der äußerst instabilen Lage des portugiesischen Kapitalismus darin, diesen straff und "ohne Parteienzwist" zu organisieren. Vom Gesichtspunkt der kapitalistischen Gesamtentwicklung kann sich die Bourgeoisie keine Zersplitterung ihrer eigenen Kräfte leisten. Deswegen sympathisiert die MFA mit dem Verbot aller Parteien und der Errichtung einer Militärregierung, um eine Art Staatskapitalismus zu gewährleisten. Dazu möchte sie sich der Unterstützung von Teilen des Volkes versichern, um sich besser gegen die Parteien durchsetzen zu können. Diese Armee ist keine Armee der Revolution. Die Revolution kann nur durchgeführt und gesichert werden, wenn sich die arbeitenden Menschen selbst bewaffnen; nicht wenn eine Armee, von den politischen Organen des Volkes im Betrieb und am Land losgelöst, dies zu tun vorgibt. Die MFA fürchtet tatsächlich genau wie SP oder KP die revolutionäre Erhebung des Volkes. Gerade ihre Aktionen gegen kommunistische Organisationen wie die MRPP, die AOC oder die PCP/ML zeigen, daß sie ihr die Spitze nehmen will.

FORTS.NÄCHSTE SEITE

Spanien

Schärfste Unterdrückung im Baskenland

Ende April hat die faschistische Junta über die baskischen Provinzen den Ausnahmezustand verhängt. Er ist ein Freibrief für Morde der Polizei, für Massenverhaftungen und für Umtriebe faschistischer Banden. Nach letzten Meldungen wurden seit Beginn des Ausnahmezustandes mehr als 2000 Menschen aus politischen Gründen verhaftet. Viele von ihnen, u.a. auch Priester wurden brutal zusammengeschlagen und gefoltert. Ein Priester mußte ins Spital überstellt werden und schwebt nach den Folterungen in Lebensgefahr. Die Stierkampfarena von Bilbao wurde zeitweise in ein Gefangenenlager verwandelt, wie ein Korrespondent der "Times" berichtet.
Am 23.Mai wurde in Ondarroa ein 18jähriger Schüler von der Guardia Civil erschossen; er hatte vor der Kaserne mit Kameraden baskische Lieder gesungen. Am 1.Mai wurde ein 48jähriger Pförtner erschossen. Bei einer Hausdurchsuchung in der Nähe von Guernica kam es zu einer bewaffneten Auseinandersetzung, die 4 Tote forderte (unter ihnen ein Polizist).
Die "Guerrilleros de Christo Rey" (Christkönigskrieger, ultra-rechte Schlägerbanden) nutzen den Ausnahmezustand, um ihre Anschläge auf Sympathisanten der ETA, der baskischen Befreiungsorganisation, zu verstärken. Allein zwischen 8. und 14.Mai verübten sie 31 Anschläge. Mit Sprengstoff und MPs gehen sie gegen Buchhandlungen, Versammlungsräume, Läden und Anwaltsbüros vor. Damit wollen sie auf ihre Art - unter dem Schutz der Polizei - zur Unterdrückung und Einschüchterung des Volkes beitragen.
Das Franco-Regime griff zum Ausnahmezustand, um die Situation im Baskenland zu "beruhigen". Aber nach 30 Jahren verlieren auch solche "Beruhigungsmittel" wie Polizeiterror, blutige Unterdrückung und völlige politische Rechtlosigkeit ihre Wirkung. In ganz Spanien werden täglich Versammlungen und Vorträge verboten; Verhaftungen und hohe Geldstrafen für die geringsten "Vergehen" stehen auf der Tagesordnung. In ganz Spanien wird aber auch täglich das Streikverbot durchbrochen, finden Demonstrationen und andere Aktionen gegen die Franco-Herrschaft und die schlechten Lebensbedingungen statt.
Die Verstärkung der Repression durch die Faschisten ist kein Ausdruck ihrer Stärke. Eine zum Tod verwundete Bestie schlägt eben verzweifelt um sich. Deutliche Zeichen der Schwäche des Franco-Regimes sind auch die Lockerung des Streikverbots Mitte April und der angekündigte Rückzug aus Spanisch-Sahara, das sie bis jetzt wegen der reichen Phosphatvorkommen besetzt hielten.
Fürs spanische Großkapital steht es schlecht: im Inneren kann der faschistische Staat die Ruhe nicht mehr sichern, auch die Reformpolitik des Premiers Navarro konnte das Volk nicht täuschen; nach aussen kann ein faschistisches Spanien weder in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen werden - was angesichts der wirtschaftlichen Lage für die Bourgeoisie aber immer dringender wird - noch wird es in die NATO aufgenommen - und wenn die USA noch so sehr dafür eintreten, weil sie ihre Position auf der iberischen Halbinsel wieder festigen will.

Angesichts dieser Situation wird die spanische Bourgeoisie immer nervöser. Öffentlich wird der Rücktritt Francos erörtert, was vor einem Jahr noch undenkbar gewesen wäre. Juan Carlos, der Franco ablösen soll, wird immer mehr in den Vordergrund geschoben. Das Gerücht von seiner bevorstehenden Krönung hält sich hartnäckig. Die Bourgeoisie überlegt sich ängstlich, wie sie einen ruhigen Übergang von Franco zu Juan Carlos anstellt, wie sie dem spanischen Volk etwas als neu einreden kann, wenn doch alles beim Alten bleiben soll. Sie hat bis jetzt keine Lösung gefunden.

Die oppositionellen bürgerlichen Politiker wittern den Leichengeruch der faschistischen Diktatur, die durch die Kämpfe der spanischen Arbeiterklasse und des Volkes immer mehr wankt, und überlegen sich eifrig, wie sie am besten in eine Regierung nach Franco hineinkommen. Sie reisen unermüdlich in Europa herum, um sich einflußreiche Freunde zu sichern. Auch die westeuropäischen "Demokratien" stehen beim Nachfolge-Franco-Spiel nicht abseits. Mitterand und die westdeutsche SPD unterstützen offen die PSOE, die in Spanien die parlamentarische Demokratie einführen will - ein System, das sich schon in Westeuropa hervorragend zur Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse erwiesen hat. Die westeuropäischen Staaten haben ein Interesse an einer Veränderung in Spanien, weil sie die wirtschaftlichen Beziehungen immer mehr brauchen. Bis jetzt waren sie eingefroren, weil die "Sozialdemokratien" nicht herzliche Beziehungen zu einem faschistischen Land unterhalten können, ohne sich vor dem eigenen Volk mit ihnen gleichzustellen. Auch Österreich hat mit Landwirtschaftsminister Weihs Ende Mai das erste Mal einen Minister ins faschistische Spanien geschickt, um ein Agrarabkommen zu schließen. Die bürgerlichen Gruppen versuchen so auf dem Feuer der Kämpfe der spanischen Arbeiterklasse ihr eigenes Süppchen zu kochen. Sie müssen dabei aber mit einem rechnen: Die spanische Arbeiterklasse verfügt über eine großartige revolutionäre Tradition und reiche Kampferfahrungen. Sie ist bereit, den Kampf selbständig weiterzuführen und wird sich nicht von dem einen oder anderen Flügel der Kapitalistenklasse einsperren lassen.

Ch.R.

Portugal...

Die KP hat das Ziel des Sozialismus längst aufgegeben und ist eine bürgerliche Partei geworden. Sie rechnet mit ihrem Einfluß in Teilen der Armee. Sie hat in der Gewerkschaft und in den Gemeinden Positionen ohne Wahlen an sich gerissen. In der Frage des Gesetzes über die Bildung einer Einheitsgewerkschaft beispielsweise trat sie gegen jede innergewerkschaftliche Demokratie auf und stimmte zu, daß Gewerkschaftsvertreter über ein kompliziertes System indirekter Wahlen ernannt werden (ursprünglich hatte sie sogar die Bildung einer Gewerkschaft mit Zwangsmitgliedschaft beantragt). Ohne nennenswerten Einfluß in den Volkskomitees (von denen sie sich ständig distanziert), spekuliert sie mit einer Machtübernahme der Armee, falls ihre Sympathisanten und Mitglieder darin die Führung innehaben. Ihr Ziel ist die Errichtung einer sozialfaschistischen Diktatur von der Art der osteuropäischen "Volksdemokratien". Gegenwärtig haben in der sehr heterogenen MFA allerdings Leute wie Coutinho, Carvalho und Melo Antunes die Führung inne, die die Politik der KP ebenso ablehnen wie die der anderen Parteien, und eine "parteienneutrale" Militärregierung wollen. Daher spricht die KP heute nur mehr selten vom "Vertrauen in die Armee" und ist bestrebt, ihre bisherigen Positionen zu verteidigen.

SP und PPD versuchen demgegenüber, die Wahlen vom 25. April auszuschlachten. Sie verweisen auf die über 50% der Stimmen, die sie zusammen erhalten haben. Die gesamte Auseinandersetzung um die "Republica" war für sie nur ein Vorwand, um in die Offensive zu gehen und den Einfluß der KP im Staatsapparat zurückzuwerfen, sowie Druck auf die MFA auszuüben, ein bürgerlich-parlamentarisches System von der Art der westeuropäischen Länder zuzulassen. Die SP kann dabei der Unterstützung der EWG und ihrer sozialdemokratischen Freunde in Europa sicher sein.
Vorläufig haben sich die bürgerlichen Kräfte auf einen Kompromiß geeinigt. Seit 1.6. nimmt die SP wieder an der Regierung teil und verspricht, sich dem Programm der MFA unterzuordnen. Die MFA verspricht, den Einfluß der KP zu überprüfen. Ihre Rivalität untereinander hält aber zweifellos an.
Vom Standpunkt der Arbeiter und Bauern ist diese Situation objektiv sehr günstig. Ihre politische und organisatorische Selbständigkeit ist weit fortgeschritten. Gleichzeitig sind die bürgerlichen Kräfte des Landes schwach und untereinander zersplittert.
Die Armee, sonst das wichtigste Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse, ist für sie schwer gegen das Volk einzusetzen; ganze Teile der Armee sympathisieren eng mit dem Volk. Es gilt, Kräfte zu sammeln für den weiteren Vormarsch gegen die Unterdrücker der arbeitenden Massen Portugals.
Das ist auch der eine Grund, warum die Supermacht USA "äußerst besorgt" (Ford, am 23.5.) über die Lage in Portugal ist. Ein Zusammengehen Portugals mit der EWG, den Ländern der 2.Welt, würde ihre Position in Europa weiter schwächen. Der andere Grund ist der Einfluß der KP in Staat und Regierung. Er kann der anderen Supermacht, der Sowjetunion die Möglichkeit bieten, über die Kontrolle über Portugal mit Hilfe der KP Europa erstmals von zwei Seiten in die Zange zu bekommen. Tatsächlich hat die Sowjetunion schon die Fühler ausgestreckt und Verhandlungen über das Recht auf Benutzung portugiesischer Häfen und Stützpunkte aufgenommen. Kein Wunder also, daß die USA ihre Felle davonschwimmen sehen. Laufend organisieren sie NATO-Manöver vor Portugals Küste, um die Lissaboner Regierung unter Druck zu setzen.

a.g.

Italien
Polizeiterror legalisiert

Am 6. Mai hat das italienische Parlament mit den Stimmen der Neofaschisten ein neues Gesetz "zur Sicherung der öffentlichen Ordnung" verabschiedet, das sofort in Kraft trat. Bestimmte, bisher durch die Verfassung garantierte Freiheitsrechte der Bürger werden durch dieses Gesetz aufgehoben, die Machtbefugnisse der Polizei werden erheblich ausgeweitet.

Es gestattet der Polzei, ohne jeden richterlichen Befehl Personen zu verhaften und Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Jederzeit kann jemand festgenommen werden, "dessen Haltung und dessen Anweseheit gemäß den besonderen Umständen des Ortes und der Zeit nicht gerechtfertigt erscheinen."(Artikel 4) Die Polizei kann also jetzt z.B. Arbeiter während einer Demonstration ganz legal festnehmen, weil ihr deren Anwesenheit zu diesem Ort und zu dieser Zeit nicht "gerechtfertigt"erscheint. Des weiteren gibt das Gesetz der Polizei die uneingeschränkte Freiheit, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Und das nachdem im Verlauf nur eines Monats in Italien fünf Menschen bei Demonstrationen ermordet wurden - drei davon direkt von der Polizei, zwei von faschistischen Mördern. Streikposten werden durch das neue Gesetz für illegal erklärt. Nachdem sich bei Demonstrationen der Gewerkschaften und der fortschrittlichen Organisationen der vergangenen Monaten immer wieder Soldaten beteiligt hatten, die mit Tüchern und Kapuzen ihr Gesicht verhüllten, um von Polizei und Militärpolizei nicht ausgeforscht zu werden, enthält das Gesetz das Verbot, sich bei Teilnahme an Demonstrationen und öffentlichen Versammlungen unkenntlichzu machen. Das Tragen "uneigentlicher Waffen" ist ebenfalls verboten - dazu gehören Transparentstangen, Ketten, Schraubenschlüssel, verschiedenen Gegenstände des Hausgebrauchs und ähnliche Dinge, mit denen sich die italienischen Werktätigen gegen die Überfälle der Faschisten und der Polizei zur Wehr setzen.

Die christdemokratische Partei, die die Gesetzesvorlage ausgearbeitet hatte, erklärte zynisch, dieses Gesetz richte sich ohnehin gegen den faschistischen Terror.

Tatsächlich ist dieses neue Gesetz der bisher schärfste Gegenangriff der Bourgeoisie auf die Arbeiterbewegung. Jede demokratische Bewegung wird dadurch offen kriminalisiert, die Weichen zur unverhüllten Diktatur der Bourgeoisie sind gestellt. Schändlich ist in diesem Zusammenhang das Verhalten der revisionistischen KPI, der zweitstärksten Partei im italienischen Parlament. Sie versuchte von Anfang an, jede öffentliche Diskussion dieses Gesetzes zu hintertreiben und jede Mobilisierung der Bevölkerung dagegen zu hemmen. Sie beschuldiegt die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Organisationen, die zu Streiks und Demonstrationen gegen das Gesetz aufgerufen hatten, der "Uninformiertheit","Einseitigkeit" und des politischen "Extremismus." Sie beschränkte sich darauf, im Parlament einige"Abänderungsanträge" einzubringen. Als diese von den anderen bürgerlichen Parteien abgelehnt wurden, waren sie allerdings - um ihr Gesicht zu wahren - gezwungen, dagegen zu stimmen.



Italien: In nur einem Monat wurden von der Polizei drei fortschrittliche Menschen erschossen !

CAETANO	✓ 25. April 1974
IOANNIDES	✓ 23. Juli 1974
LON NOL	✓ 17. April 1975
THIEU	✓ 21. April 1975
FRANCO	
PINOCHET	

Südvietnam
Wiederaufbau des Landes hat begonnen

Nach der vollständigen Befreiung des Landes (Befreiung Saigons am 30.4.1975) wurde sofort mit dem Wiederaufbau begonnen. Die revolutionäre Macht steht dabei in erster Linie vor der Aufgabe, die Spuren des amerikanischen Aggressionskrieges zu beseitigen. Das Land ist von Millionen Bombenkratern zernarbt, Brücken, Straßen, Eisenbahnen, Häfen sind zerstört. Kurz vor ihrem Abzug haben die amerikanischen "Helfer" noch Elektrizitäts- und Wasserwerke und verschiedene Fabriksanlagen unbrauchbar gemacht. Die amerikanische Strategie der Zwangsumsiedlung der Landbevölkerung in die großen Städte und Konzentrationslager hat eine nach Millionen zählende unproduktive Bevölkerung geschaffen, die in äußerstem Elend lebte. Es gibt eine große Zahl Kriegsinvalider und Verwundeter. In den großen Städten wie Saigon, Huê, Danang, hatte die westliche "Zivilisation" zehntausende Prostituierte, Spielhöllen, Rauschgiftsüchtige und eine allgegenwärtige Korruption erzeugt. Angesichts dieser Lage stellen sich folgende Aufgaben:

1.Die Errichtung von Volksverwaltungsorganen in den neu befreiten Gebieten, die Sicherung der Ordnung gegen marodierende Soldaten der aufgelösten Marionettenarmee Thieus und gegen reaktionäre Elemente, die Sabotageakte und Überfälle begehen;

2. Reinigung der Städte von dem von den USA-Imperialisten hinterlassenen Unrat;

3. Wiedereingliederung der unproduktiven Bevölkerung in die Produktion, Wiederherstellung der Verkehrswege, Weiterführung und Wiederaufnahme der Produktion in den Werkstätten und Fabriken, sowie der Tätigkeit der öffentlichen Dienste. Diese Aufgaben können nicht einfach durch die Übernahme des alten Marionettenstaatsapparats und der alten Institutionen gelöst werden, sondern erfordern die Mobilisierung aller Kräfte, die bereit sind, zum Wiederaufbau des Landes beizutragen. Sie können auch nicht allein mit ausländischer Hilfe bewältigt werden, sondern hauptsächlich aus eigener Kraft, durch die Mobilisierung der Volksmassen, durch die harte Arbeit der 16 Millionen Einwohner Südvietnams.

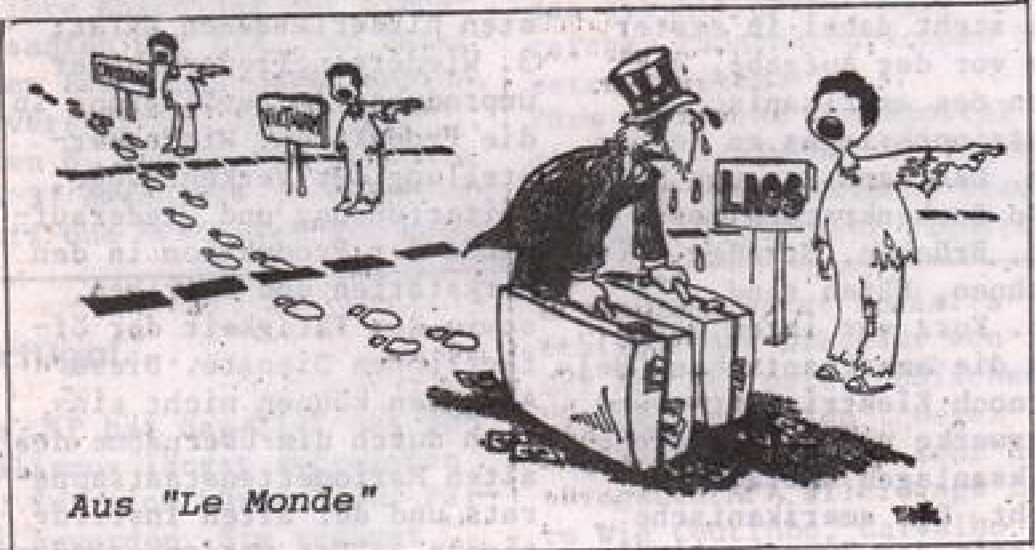
Um diese Probleme zu lösen, hat die Revolutionsregierung der Republik Südvietnam eine Politik in 10 Punkten gegenüber den neu befreiten Gebieten festgelegt, "um die Errungenschaften der Revolution zu schützen und zu verteidigen, das Leben der Bevölkerung zu normalisieren,

FORTS.NÄCHSTE SEITE

Südvietnam....

das Pariser Vietnam-Abkommen aktiv zu verteidigen und es zu verwirklichen, die südvietnamesische Revolution zu neuen noch größeren Erfolgen zu führen..." Das Programm zielt darauf ab, einerseits die Organisationen und Institution des alten Marionettenregimes kompromißlos und restlos zu zerschlagen, andererseits alle, die gewonnen werden können, für den Wiederaufbau des Landes zu gewinnen.

In politischer Hinsicht wird die rasche Bildung der revolutionären Volksverwaltung auf allen Ebenen (Dorf, Distrikt, Provinz) vorgesehen. Zwischen der Marionettenverwaltung als System, das abgeschafft wird, und den einzelnen Angehörigen der Marionettenverwaltung, die zum Teil weiterbeschäftigt werden, wird unterschieden. Die demokratischen Freiheiten, die Gleichstellung der Geschlechter und der nationalen Minderheiten und die Freiheit der Religionsausübung werden garantiert. Im Geiste der im Pariser Abkommen geforderten nationalen Versöhnung wird niemand wegen seiner politischen Vergangenheit benachteiligt oder verfolgt, mit strenger Bestrafung haben hingegen jene Elemente zu rechnen, die weiterhin Aktivitäten gegen die revolutionäre Verwaltung unternehmen.



Aus "Le Monde"

In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Übernahme des Eigentums der Marionettenverwaltung (und der USA-Imperialisten) durch die Revolutionsregierung vorgesehen. Das bedeutet, daß die Schlüsselindustrien des Landes, Verkehr, Energie, usw. unter die direkte Kontrolle der Volksmacht gelangen. Den Arbeitslosen wird Arbeit, den Bauern Unterstützung bei der Wiederaufnahme und Entwicklung der Produktion garantiert. Zugleich werden die Geschäftsleute und Besitzer von Plantagen ermuntert, ihre Tätigkeit "im Interesse der Volkswirtschaft und zum Nutzen der Lebensverhältnisse der Bevölkerung" weiterzuführen. Die Geschäftsleute müssen ihre Interessen den Interessen des Volkes unterordnen, Spekulationen und Schwarzmarktgeschäfte werden unterbunden.

In kultureller Hinsicht liegt der Schwerpunkt auf der Beseitigung der von den USA-Imperialisten und den Marionetten hinterlassenen Kultur der Versklavung, auf der Förderung der nationalen Kultur und dem Aufbau eines Schul- und Gesundheitswesens im Dienste des Volkes. Ohne kulturelle Erneuerung ist es auch nicht möglich, die kolossalen Aufgaben des Wiederaufbaus zu bewältigen. Menschen, die nicht gesund, die unwissend und an die imperialistischen Kultur gebunden und demoralisiert sind, sind nur in geringem Maß fähig, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Die USA haben auf die vollständige Befreiung des Landes natürlich sofort mit der Einstellung der Wirtschafts"hilfe" reagiert. Weiters haben sie die Wirtschaftsblockade verhängt und erklärt, daß sie keineswegs dazu bereit seien, zur "Heilung der Wunden des Krieges" beizutragen, wozu sie sich 1973 im Pariser Abkommen verpflichtet hatten. Aber diese Manöver verfehlen ihr Ziel. Die Erfolge bei der Wiederherstellung der Produktion in Südvietnam sind jetzt schon zu sehen: Mehrere Häfen und Flugplätze sind wieder instandgesetzt worden. Die wichtigsten Straßenverbindungen sind wieder benützbar, die Eisenbahnlinie, die von Saigon nach Norden führt, verkehrt teilweise wieder. Eine Massenbewegung der Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimatorte hat eingesetzt. Ganze Dörfer sind behelfsmäßig wiederaufgebaut worden, und die Aussicht, daß am Ende der Regenzeit (im November) eine große Reisernte eingebracht werden kann, ist günstig. Unter der Volksmacht ist das wirtschaftliche Leben nicht zusammengebrochen, wie die Feinde des Volkes wünschten, sondern es hat einen Aufschwung genommen, der ohne Zerschlagung des Thieu-Regimes undenkbar gewesen wäre.

K.K.

Greuelpropaganda über Kambodscha

In den letzten Wochen berichtete die bürgerliche Presse in großen Schlagzeilen von "Massenexekutionen" (AZ 10.5.), ein französischer Chirurg berichtete im Fernsehen, er habe "am Marktplatz der Stadt (Phnom Penh, die Red.) die Leichen von 300 Menschen mit durchschnittenen Kehlen gesehen. Etliche Französinnen seien vom Roten Khmer vergewaltigt worden" (AZ 10.5.) Aber 24 Stunden später nahm er alles zurück. Er habe "zu viel gesagt"; er hätte das alles niemals gesehen, er hätte die Informationen aus "zweiter Hand" und schließlich: "Der Fernsehbericht ist total falsch" (UPI, 10.5.). Auch der Korrespondent der französischen Zeitung Le Monde, Patrice de Beer, der sich mit dem Arzt zusammen in der französischen Botschaft befunden hatte, war erstaunt: "Während seines langen Aufenthaltes in der Botschaft sprach er weder von Massakern, noch von vergewaltigten Französinnen" (Le Monde 11.-12.5.). Und ein Reporter des 1.Deutschen Fernsehens berichtet: "Auch wir haben von den Gerüchten gehört. Ich bin zweimal an den Ort von angeblichen Exekutionen gefahren, habe aber weder Zeugen noch Spuren gefunden. Ein solches Vorgehen würde auch völlig dem von uns erfahrenen Stil der Roten Khmer widersprechen" (Spiegel 20/1975).

Wie in Vietnam versuchten die US-Imperialisten auch in Kambodscha, die Guerillas von der Bevölkerung zu trennen. Sie siedelten Bauern in Städte oder Lager um, wo sie sie besser kontrollieren konnten. Dadurch und durch die Menschen, die vor den Bombardements in die Städte flüchteten, wuchs die Stadtbevölkerung stark an. Während Phnom Penh 1970 600.000 Bewohner hatte, wohnten gegen Ende des Krieges mehr als 2 Millionen dort. Nach der Befreiung stellte sich die Frage, wie man so viele Menschen, die zum Großteil keine Arbeit hatten, ernähren sollte.

Es blieb als einzige Möglichkeit, möglichst rasch die Flüchtlinge wieder in ihre Heimatorte aufs Land zurückzubringen, wo gerade, am Beginn der Regenperiode, die Aussaat für den Reisanbau beginnt.

Gegen die Lügen, die organisiert und systematisch von der bürgerlichen Presse unter das Volk getragen werden, müssen wir die Wahrheit verbreiten. An unseren Arbeitsplätzen, zu Hause, müssen wir mit den Kollegen diskutieren und ihnen klarmachen, daß heute die Werktätigen etwas zu reden haben in Kambodscha und daß deshalb so eine Hetze gegen dieses Land inszeniert wird.

SPENDENSAMMLUNG

FÜR DEN AUFBAU DES GESUNDHEITSWESEN IM BEFREITEN KAMBODSCHA

SPENDENKONTO NR. 00663328 BAWAG

DOKUMENTE ZUM BEFREIUNGSKAMPF DER INDOCHINESISCHEN VÖLKER (VIETNAM, KAMBODSCHA, LAOS)

BROSCHÜRE - PREIS 30.- S

Zu beziehen über:
KOMMUNISTISCHER BUND WIEN
1070 Wien,
Halbgasse 12
Tel. 93 83 37

US-Truppen räumen Thailand

Die in Thailand stationierten amerikanischen Truppen werden bis März 1976 abgezogen, versprach der amerikansiche Staatssekretär für Asien-Fragen, Philip Habib, dem thailändischen Ministerpräsidenten Kukrit Pramoj. In Thailand befinden sich noch 27.000 amrikanische Soldaten und 350 Flugzeuge. Habib erklärte, auch nach dem Abzug der Streitkräfte aus Thailand werde die militärische Präsenz der USA in Asien aufrechterhalten bleiben, zum Beispiel mit der 7. US-Flotte.

» In Amerika hast du zu bleiben «

Liebe Freunde!

Ich habe noch nie Leserbriefe gesc hrieben. Aber anläßlich des Rauswurfs der Ami aus Indochina konnte ich es mir nicht verkneifen, ihre nunmehrige Politik auch einmal öffentlich aufs Korn zu nehmen. Es gab einmal Anfang der 60er-Jahre ein Lied eines amerikanischen Sängers, der gegen die Reisebeschränkungen amerikanischer Staatsbürger Stellung nahm. Der Refrain seines Liedes lautete: "Du lebst in der 'Freien Welt', und in der 'Freien Welt' mußt Du bleiben!" Er bezog sich damit auf die Eintragung in amerikanischen Pässen: "Nicht gültig für Rotchina, Nordkorea, Nordvietnam, Kuba".

Aus diesen Ländern waren die US-Imperialisten endgültig rausgeworfen worden, worauf die USA mit ihrer Politik der "Einkreisung und Isolier-...." antworteten, um die neuen Regierungen in die Knie zu zwingen. Geholfen hat's nix, im Gegenteil, die USA erlitten schlimme politische Niederlagen und mußten die Tatsachen zur Kenntnis nehmen: Die VR China nahm 71 ihren rechtmäßigen Platz in der UNO ein, die USA mußten die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam ("Nordvietnam") als Verhandlungspartner in den Pariser Friedensverhandlungen akzeptieren und die Staaten Latein- und Mittelamerikas drängen auf die Aufhebung des Boykotts gegen Kuba. Aber die USA wollen aus ihren Niederlagen offensichtlich nichts lernen. Am 16.Mai verhängten sie über Kambodscha ..d Südvietnam ein Handelsembargo. Damit ist der gesamte Handels- und Geldverkehr mit diesen Ländern unterbrochen, nachdem bereits sämtliche Bankguthaben von Kambodschanern und Vietnamesen gesperrt wurden, sofern sie nicht in den USA wohnen. Diese Isolierungspolitik wird mit Sicherheit denselben Effekt haben wie bisher, nämlich zunehmende Isolierung der USA selber!

Vielleicht wird die amerikanische Regierung jetzt auch die Liste jener Staaten verlängern, in die sie ihre Staatsbürger nicht reisen lassen will:Kambodscha, Südvietnam, eventuell Laos....Und nachdem ein Land nach dem anderen den Klauen der Imperialisten entrissen wird, erfüllt sich vermutlich noch die höhnische Prophezeiung des anfangs erwähnten Sängers: In der letzten Strophe lautet der Refrain: "Du lebst in Amerika, und in Amerika hast Du zu bleiben!"

Herzlichst J.L.

Laos
Schlappe des US-Imperialismus

Die scharfen Auseinandersetzungen der letzten Monate haben in Laos mit einer schweren politischen Niederlage der USA und der von den USA unterstützten Fraktion der Ultrareaktionäre geführt. Mehr als zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Wiederherstellung des Friedens und die Verwirklichung der nationalen Eintracht in Laos (Vientianer Abkommen vom 21.2.1973) besteht nun wirklich die Möglichkeit, "daß....Laos zu einem friedlichen, unabhängigen, neutralen, demokratischen, einheitlichen und blühenden Land aufgebaut wird", wie es das Abkommen fordert. "Eine neue Situation ist entstanden, und dauernd gibt es neue Entwicklungen. Wir müssen sie deutlich erkennen und bereit sein, in Übereinstimmung mit der künftigen historischen Entwicklung einen Weg zu finden". In dieser Erklärung Souvanna Phoumas, des Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung, eines Mannes, der lange Zeit die amerikanische Aggression in Laos unterstützt hat, spiegelt sich wieder, daß der Kampf des laotischen Volkes um nationale Unabhängigkeit und Demokratie nicht mehr rückgängig zu machen ist und unaufhaltsam bis zum vollständigen Sieg voranschreitet.

Laos ist das pro Kopf der Bevölkerung meistbombardierte Land der Welt. Um die Hilfsquellen des Widerstands zu zerstören und die Bevölkerung zu massakrieren, haben die USA im Laufe ihres Aggressionskrieges 8 Millionen Tonnen Bomben geworfen, das sind mehr als 2 Tonnen für jeden Einwohner. Der Bevölkerung und ihren Volksstreitkräften ist es aber unter der Führung der Patriotischen Front Laos (PFL) gelungen, mehrere Invasionen thailändischer und südvietnamesischer Söldnertruppen zurückzuschlagen und vier Fünftel des Landes mit der Hälfte der Bevölkerung zu befreien. Diese großen Siege zwangen die von den USA geschaffene Marionettenverwaltung von Vientiane zur Unterzeichnung des Abkommens.

Bei seiner Durchführung sind gewisse Fortschritte erzielt worden. So wurden die Provisorische Regierung der Nationalen Einheit und der politische Konsultativrat gebildet, die sich aus Vertretern der PFL, der Vientianer Seite und Persönlichkeiten, die keiner Partei angehören, zusammensetzen. Die Städte Luang Prabang und Vientiane wurden neutralisiert und eine gemischte Polizeitruppe gebildet. Die Regierung und der Rat haben ein politisches Programm in 18 Punkten angenommen, das die Grundlinien der Innen- und Außenpolitik des Landes entsprechend den Wünschen und Interessen des laotischen Volkes festlegt.

Aber immer noch blieb das Land in zwei Zonen geteilt. Während in der befreiten Zone jedermann Arbeit und ausreichend zu essen hat, herrscht in der Zone unter Kontrolle Vientianes für die breiten Volksmassen Arbeitslosigkeit, unmenschliche Ausbeutung und Hunger. Nur eine winzige Minderheit konnte ihren Reichtum ständig vermehren. Während in der befreiten Zone die demokratischen Freiheiten garantiert waren, jedermann kostenlos zur Schule gehen und medizinische Versorgung in Anspruch nehmen kann, herrscht im anderen Teil des Landes politische Unterdrückung, Unwissenheit und Elend. Die korrupte Marionettenverwaltung und die parasitäre Marionettenarmee existierten in diesem Teil des Landes weiter. Die USA unterhielten bis zuletzt ein Netz von "Beratern" und "Hilfsstellen", die direkt von ihnen finanziert wurden und einen Staat im Staat bildeten. Vom CIA rekrutierte, ausgebildete, bewaffnete, finanzierte und kommandierte "Spezialstreitkräfte", die immer neue Angriffe gegen die befreiten Gebiete starteten, bildeten eine weitere Stütze der amerikanischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Zusammen mit der ihnen ergebenen Fraktion der Ultrareaktionäre bereiteten die US-Imperialisten den Sturz der provisorischen Regierung durch einen Militärputsch vor. Diese Vorbereitungen erreichten Anfang Mai ihren Höhepunkt.

Der Putsch scheiterte am Widerstand der Bevölkerung und der Truppen, die ihn bewerkstelligen hätten sollen. Ein Regiment der "Spezialstreitkräfte", die Schüler der Offiziersakademie, verschiedene Gendarmerieeinheiten, die Panzerbataillone und Teile der Luftwaffe revoltieren gegen die Kontrolle durch die Ultrareaktionäre und erklärten ihre Unterstützung für die Provisorische Regierung. Die reaktionären Minister und eine Reihe von Generälen und hohen Beamten wurden zum Rücktritt gezwungen und flohen ins benachbarte Thailand. Die USAID mußte ein Büro nach dem anderen schließen, und viele Amerikaner, nicht alle, verliessen das Land.

Savannakhet, Paksé und Thakhek, Städte im Süden des Landes, waren früher Machtzentren der Ultrareaktionäre.



Gegen die US-Bombenangriffe - eine Textilfabrik, hineingebaut in eine Höhle

Die Regierung beschloß ihre Neutralisierung. Auf ihre Weisung hin wurden Truppen der Patriotischen Front in die Städte entsandt. Ihr Einzug glich einem Triumphzug. So berichtete ein Korrespondent der französischen bürgerlichen Zeitung "Le Monde" am 22.5.: "Vor dem Militärkonvoi fahren Schüler auf kleinen Lastwagen und Motorrädern (....) und singen traditionelle Lieder (lamvong), in denen Frieden und Freiheit gefeiert werden. Auf Transparenten steht: 'Willkommen den Kräften der PFL'. Aber auch: 'Die Korruption wird mit der illegalen Macht verschwinden. Savannakhet wird es wohlergehen.'

K.K.

Nach ihrer vollständigen Niederlage in Vietnam und Kambodscha suchen die USA-Imperialisten die wenigen Stützpunkte in Asien, die ihnen noch bleiben, mit allen Mitteln zu halten. Die Nixon-Doktrin "laßt Asiaten gegen Asiaten kämpfen" soll nach den Worten ihres Außenministers Kissinger das Hauptmittel für dieses Ziel sein. Südkorea rückt mehr und mehr in den Mittelpunkt der amerikanischen Kolonial- und Kriegspolitik in Asien.

Für ein vereintes Korea!

Der amerikanische Verteidigungsminister Schlesinger droht unverhüllt mit dem Einsatz von Kernwaffen in Korea. Eine große Zahl von Atombomben wird für diesen Zweck auf den US-Stützpunkten in Japan eingelagert. Die Militärhilfe für die "Regierung" Südkoreas wird weiter erhöht. Mit der Unterstützung amerikanischer Berater verschärft die faschistische Bande des Chefs dieser "Regierung", Pak Dschong Hi, den Terror gegen die Volksmassen Südkoreas. Täglich werden neue und immer brutalere Foltermethoden ausgeheckt, und kein Tag vergeht, an dem nicht südkoreanische Patrioten an den Folgen dieser Foltern sterben oder von den Henkersknechten Paks ermordet werden. Unter den Opfern Paks, die nach dem sogenannten Antikommunismusgesetz verfolgt werden, befinden sich vom koreanischen CIA aus dem Ausland entführte Patrioten, Dichter und Komponisten, der Gegenkandidat Paks bei den letzten "Präsidentschaftswahlen", der katholische Bischof von Seoul und sogar Abgeordnete von Paks eigener Partei. Diese Politik hat Pak die Beinamen "oberster Gefängniswärter" und "Schlächter der Nation" eingetragen.

Die von einer pausenlosen Hetze gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik begleitete Schlachthauspolitik Paks ist ein fester Bestandteil der US-Strategie "Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen". Gemeinsam mit den Kriegsvorbereitungen der US-Imperialisten zeigt sie, wie wenig sicher sich die USA heute ihres südkoreanischen Stützpunktes sind.

EIN NEUER AUFSCHWUNG DER KÄMPFE DES VOLKS IN SÜDKOREA

Sie haben auch tatsächlich allen Grund zur Unsicherheit. Aller Unterdrückung und allem Terror zum Trotz ist der Widerstand der Studenten, Schüler und Intellektuellen nicht von den Straßen Südkoreas verschwunden. Immer von neuem tauchen die Parolen: *"Nieder mit dem Faschismus!"*, *"Nieder mit der Diktatur!"*, *"Nieder mit dem USA-Imperialismus!"*, *"Für Unabhängigkeit und Demokratie!"* auf.

Und die Situation des Jahres 1975 ist ganz besonders gekennzeichnet vom Kampf der Arbeiter Südkoreas um ihre Existenz und für die Demokratie. In den verschiedensten Teilen Koreas kämpfen die Arbeiter um ihre drei Grundrechte - das Recht, Gewerkschaften zu bilden, das Streikrecht und das Recht, Kollektivverträge abzuschließen. Gleichzeitig kämpfen sie gegen alle Versuche an, die Arbeiterbewegung zu einer von der Regierung kontrollierten Bewegung zu machen. Entgegen dem absoluten Streikverbot streikten in diesem Jahr sämtliche Textilarbeiter Südkoreas um höhere Löhne, und 49.000 Metallarbeiter schlossen sich ihnen an. Die Textilarbeiter streikten nochmals Ende Februar gemeinsam mit den Arbeitern des Straßentransportwesens und der Chemieindustrie. Dazu kommt noch eine große Zahl von betrieblichen Streiks, wie etwa der Streik der Arbeiter der "Kudong Handtuchfabrik"; zur Unterstützung dieses Streiks initiierten die Textilarbeiter im Distrikt Pusan eine Boykottbewegung gegen die Produkte dieser Fabrik. Eines der besten Beispiele für die Vertiefung des Kampfes und die Verstärkung der Kampfmethoden der südkoreanischen Arbeiterklasse liefert der Kampf der 3.000 Arbeiter der "Industriegesellschaft Anam", der in einer Demonstration und einer Werksbesetzung unter den Forderungen nach dem Recht auf Leben und nach demokratischen Freiheiten gipfelte.

DIE GENERALLINIE DER POLITIK DER KVDR IST DIE REVOLUTION

Die südkoreanische Arbeiterklasse ist sich ihrer Rolle als führende Klasse bewußt. Sie schließt sich eng mit allen patriotischen Kräften Südkoreas zusammen. Angesichts dieser Situation erklärte der Führer des koreanischen Volkes, Präsident Kim Ir Sen im April bei seinem Staatsbesuch in der Volksrepublik China:



Trotz Unterdrückung und Terror - Demonstration unter der Forderung: "Nieder mit dem Faschismus !"

"Wenn die südkoreanischen Machthaber weiterhin die Unzufriedenheit und den Haß des Volkes, der die ganze südkoreanische Gesellschaft durchzieht mit der Spitze des Bayonetts unterdrücken, wird das zu einem noch mächtigeren revolutionären Ausbruch führen. Wenn in Südkorea eine Revolution stattfindet, werden wir, als ein und dieselbe Nation, nicht mit verschränkten Armen zusehen, sondern das südkoreanische Volk entschieden unterstützen. Wenn der Feind rücksichtslos einen Krieg entfacht, werden wir entschlossen mit Krieg antworten und die Angreifer vollständig zerstören. In diesem Krieg werden wir einzig und allein die militärische Demarkationslinie verlieren und die Wiedervereinigung des Landes gewinnen. Die Frage, ob es jetzt Krieg oder Frieden in Korea gibt, hängt letzten Endes von der Haltung der Vereinigten Staaten ab, die in Wirklichkeit über alle Macht in Südkorea verfügen und die es beherrschen."

Diese Worte des Präsidenten Kim Ir Sen dienten den Soldschreibern der Imperialisten in der bürgerlichen Presse als Grundlage für ihre Hetze gegen den "größenwahnsinnigen kriegstreiberischen Diktator". In Wirklichkeit aber hat Präsident Kim Ir Sen klar zum Ausdruck gebracht, wer die Kriegstreiber sind und einmal mehr die einzige marxistisch-leninistische Position zur Frage von Krieg und Frieden erläutert: die Kommunisten brauchen den Krieg nicht, denn die Geschichte ist auf ihrer Seite. Wenn die Imperialisten aber einen Krieg anzetteln, werden sie die Völker gerüstet finden, und das Ergebnis des Krieges wird die Revolution und der Sieg der Völker sein. Die Richtigkeit dieser Position hat das koreanische Volk 1950 bewiesen. Das vietnamesische und kambodschanische Volk haben sie 1975 erneut bekräftigt.

Die Bedingungen, unter denen sich eine friedliche Entwicklung in Korea vollziehen kann, hat Präsident Kim Ir Sen ebenfalls dargestellt:

"Wenn sich die US-Truppen aus Südkorea zurückziehen und eine demokratische Persönlichkeit mit nationaler Gesinnung in Südkorea an die Macht kommt, wie es sein Volk verlangt, werden wir einen dauerhaften Frieden in Korea fest garantieren und die Frage der Wiedervereinigung Koreas erfolgreich unter uns Koreanern selbst mit friedlichen Mitteln lösen."

H.W.

VR China

Soziale Sicherheit und wachsender Wohlstand

Besuch bei einer Arbeiterfamilie in Shanghai

Die Textilarbeiterin Tang Ken-ti lebt mit ihrer Familie im Bezirk Puto, Shanghai. Sie erreicht ihren Arbeitsplatz, die Shanghaier Baumwollspinnerei Nr.2 und das Hsikang Einkaufszentrum zu Fuß in 10 Minuten. Ihre Familie lebt in einer Zwei-Zimmer-Wohnung. Die drei Kinder schlafen im vorderen und sie und ihr Mann Yang Yu-chuan im hinteren Raum. Die Zimmer sind nicht groß, aber sie sind einfach und geschickt eingerichtet, sie sind hell und sauber.

Als der Reporter das Gespräch mit Tang Ken-ti und ihrem Mann führte, war dessen Arbeitskollegin Han Yu-ying zu Gast.

Tang Ken-ti und Yang Yu-chuan leben hier seit ihrer Hochzeit vor 15 Jahren. Yang Yu-chuan ist 40 und um ein Jahr älter als seine Frau. Beide wuchsen unter schwierigen Bedingungen als Kinder armer Bauern auf. Yang Yu-chuans Eltern mußten seine beiden jüngeren Geschwister zu Fremden geben, um sie vorm Verhungern zu retten. Armut zwang Tang Ken-tis Eltern, sie zu ihrer Tante in Pflege zu geben. Beide begannen kurz nach der Befreiung in den Fabriken zu arbeiten und gehören zur ersten Generation jener Arbeiter, die im neuen China ausgebildet wurden.

Tang Ken-tis Grundgehalt beträgt 70 yüan pro Monat. Yang Yu-chuan, der schon länger arbeitet, bekommt 76 yüan, zusammen haben sie also ein Einkommen von 146 yüan. 10 yüan schicken sie Yang Yuchuans Mutter. So haben sie also monatlich 27 yüan pro Familienmitglied zur Verfügung, was dem durchschnittlichen Standard einer Shanghaier Arbeiterfamilie entspricht.

MONATLICHE AUSGABEN

"Es ist leicht, unsere monatlichen Ausgaben für Essen, Kleidung, Miete, etc. zu berechnen, da die Preise sich nicht ändern", sagte Tang Kenti. Die Familie ißt nicht mehr als 60 kg Reis pro Monat und der beste Reis kostet seit Jahren 0,328 yüan pro kg, das kommt auf 18 yüan pro Monat für Reis. Ihre Mahlzeiten sind einfach, meistens bestehen sie aus einem Gemüse- und einer Fleischgericht und einer Fleisch- und Gemüsesuppe. An Sonn- und Feiertagen gibt es 2 oder mehr Fleischgerichte. 30 yüan pro Monat reichen für Fleisch, Fisch, Gemüse, Öl, Salz Soya-Soße, Essig und Zukker. Dazu kommen noch die beiden Mahlzeiten pro Tag, die die jüngste Tochter, I-wen, im Tagesheim für 5,40 yuan und die Mahlzeiten, die die Eltern in ihren Fabriken für 6,60 yüan pro Monat bekommen. In der Werksküche gibt es mehr als 12 Gerichte zur Auswahl (Fleisch, Fisch, Gemüse, etc.).



Die zweite wichtige Ausgabe ist die für die Kleidung. Letztes Jahr kauften sie 31,7m Baumwollstoff. Dieser und das Schneidern machten zwischen 70 und 80 yüan aus. Für Wollmaterial und Baumwoll-Dacron-Gewebe, sowie für Schuhe und Socken brauchen sie durchschnittlich 30-40 yüan im Jahr. Die Kosten für Kleidung betragen also durchschnittlich 10 yüan pro Monat.

Die dritten wichtigen Ausgaben sind die für Miete, Wasser, Gas und Elektrizität. Abgesehen von den Nebenräumen, die sie mit den Nachbarn teilen, ist der Wohnraum 25 m² groß. Die Miete macht 5,68 yüan, und Wasser, Gas und Elektrizität 6,30 yüan pro Monat aus.

Yen-jung, die älteste Tochter, (13) und ihre 11jährige Schwester Yen-ping gehen zur Volksschule. Die Schulkosten betragen 3 yüan pro Semester, das ist 1 yüan pro Monat für beide. Das Tagesheim für I-wen kostet 1 yüan pro Monat. 2 yüan werden monatlich für Zeitungen, Schulungstexte und Schreibmaterial ausgegeben.

Süßigkeiten, Obst, Seife, Toilett-Papier und andere Kleinigkeiten kommen auf ca. 5 yüan pro Monat. Zusätzlich rechnen sie ca. 25 yüan für Extras. Für Urlaub, Ausflüge zu Verwandten oder Freunden, Geschenke, Haushaltsgeräte und Möbel rechnen sie 300 yüan pro Jahr.

Außerdem können sie 20 yüan pro Monat auf die Bank legen. Von diesen Ersparnissen und dem Geld für Extras haben sie sich praktisch alles gekauft, was sie an Kleidung und sonstigem brauchen. Sie haben ein Radio und einen Fotoapparat.

Hier ist eine Aufstellung aller monatlichen Ausgaben:

	yüan	% v.Eink.
Essen	60,00	41,09
Kleidung	10,00	6,85
Miete, Wasser, Gas, Elektr.	11,98	8,20
Ausbildung, Zeitgn., Tagesheim, Schreibmaterial	4,00	2,74
Kleinigkeiten	5,00	3,45
Geld f. Yang Yu-chuans Mutter	10,00	6,85
Extras	25,02	17,12
Ersparnisse	20,00	13,70
Insgesamt	146,00	100,00

IN DER ALTEN GESELLSCHAFT

Han Yu-ying erzählte nun, wie das Leben des Volkes in der alten Gesellschaft aussah.

Sie war mit 17 Jahren nach Shanghai gekommen um dort als Spinnerin zu arbeiten. Die langen Jahre vor der Befreiung waren von der Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus und die Kuomintang und die schreckliche Inflation geprägt.

Von 1937 bis zum Zusammenbruch der reaktionären Kuomintang-Regierung 1949 schnellten die Preise auf das 36-trillionenfache. Der Getreidepreis allein wurde um das 47-trillionenfache erhöht. Im August 1948 gab die Regierung Gold-Zertifikate aus. In den folgenden 9 Monaten waren die Preise um das 5-millionenfache gestiegen. Zur Zeit der Ausgabe dieser Gold-Zertifikate entsprachen 200 yüan einer Unze Gold. In weniger als einem Jahr konnte man damit nur mehr einen Weizen-Kuchen kaufen.

"Ich hatte 16 Jahre gearbeitet, aber mein Monatslohn reichte nicht einmal für 30 kg Reis aus", sagte Mutter Huan, "Mein Mann war ein erfahrener Färber, aber mit seinem Monatslohn könnte er nur 37,5 kg Reis kaufen. Gemüse konnten wir uns nicht leisten, denn 5 kg Karotten kosteten so viel wie mein halber Monatslohn. Und wer konnte sich schon Schweinefleisch leisten? Ein halbes Kilo kostete so viel wie ein Viertel meines Monatslohns. Die Kleidung flickte ich immer wieder. Ich trug ein und dieselbe wattierte Jacke, die mir meine Mutter gegeben hatte, als ich von zu Hause fortging, bis zur Befreiung. Es war jeden Monat ein großes Problem, das Geld für die Miete aufzubringen. Ein eigenes Zimmer konnten wir uns nicht leisten, wir mußten eines mit einer anderen Arbeiterfamilie teilen und wir zahlten pro Familie dafür 18,75 kg Reis.

Als unser Sohn geboren wurde, waren wir gezwungen, ihn zu meiner Mutter aufs Land zu schicken. Er wuchs mit dünnem Reisschleim auf, aber das war immer noch besser, als ihn in der Stadt verhungern zu sehen. Krankheit oder Schwangerschaft bedeutete damals Arbeitslosigkeit. Sobald die Vorgesetzten merkten, daß eine Frau schwanger war, wurde sie entlassen und so schnallte ich meinen Gürtel sehr eng. Als ich es aber nicht mehr verbergen konnte, mußte ich die Fabrik verlassen und von geborgtem Geld leben. Nachdem ich meinen Sohn aufs Land geschickt hatte, fand ich Arbeit in einem anderen Betrieb".

DIE SOZIALVERSICHERUNG

"Es war nicht wie jetzt!", setzte Mutter Huan fort. "Heute sind wir Arbeiter die Herren im Land. Das Wort 'Arbeitslosigkeit' ist verschwunden. Wenn wir Kinder bekommen, kommt die Sozialversicherung für die Kosten auf. Nimm Tang Ken-ti z.B., sie hat drei Kinder. Nach jeder Geburt hatte sie einen Karenzurlaub von 56 Tagen bei vollem Lohn. Als sie wieder ar-

FORTS. NÄCHSTE SEITE

Mozambique wird unabhängig

Am 25.Juni wird die frühere portugiesische Kolonie Mozambique als unabhängiger afrikanischer Staat ausgerufen. Das Volk dieses Landes hat die Unabhängigkeit nicht auf dem Silberteller serviert bekommen. Es hat in einem über 10 Jahre währenden Volkskrieg gegen die portugiesischen Kolonialherren seine eigene Macht in weiten Teilen des Landes errichtet. Zuletzt machten diese befreiten Gebiete bereits weit über die Hälfte des gesamten Landes aus. Am 25. April des vergangenen Jahres brachte der Befreiungskampf zusammen mit dem der Völker der anderen Kolonien Portugals, Angola, Guinea-Bissau und Kapverde, und Sao Tome und Prinzipe das morsche Kolonialregime zum Einsturz. Heute organisiert das Volk im ganzen Land unter der Führung seiner Befreiungsbewegung FRELIMO die Produktion nach seinem Willen und seinen Bedürfnissen.

Jegliche ausländische Einflußnahme in Mozambique wird vom Volk und der FRELIMO bekämpft und zurückgewiesen. "Unter der Führung der Arbeiter müssen wir jetzt eine "neue, demokratische Gesellschaft aufbauen", sagte der Präsident der FRELIMO, Samora Machel, kürzlich. Der revolutionäre Aufbau in Mozambique ist ein großes Beispiel und Ansporn für die Völker ganz Afrikas und der Welt.

a.g.

Frage an Rex Chiwara,

BEAUFTRAGTER DER AFRIKANISCHEN NATIONALUNION VON VON ZIMBABWE (ZANU) FÜR EUROPA

Kannst du uns sagen, was deiner Ansicht nach die wichtigsten Aufgaben bei der Organisierung der praktischen und materiellen Unterstützung des Volks von Zimbabwe und seiner führenden Organisation ZANU in Österreich sind und welche Art materieller Hilfe die ZANU benötigt?

Antwort:

Das ist eine wichtige Frage, Genossen. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist im Prinzip die selbe, wo immer sie ausgeübt wird. In Österreich, Zimbabwe, Amerika oder sonstwo ist die Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen die selbe und wird von ihnen abgelehnt. Sie hat keinen Platz auf dieser Welt und muß bekämpft werden - von allen unterdrückten Völkern, wo immer sie ihr Gesicht zeigt.

Wir erwarten von unseren Freunden und Genossen, daß sie, überall wo sie sind, dieses System bekämpfen. Sie können das direkt und indirekt. Direkt, indem sie ihre Ablehnung dieses Systems im eigenen Land zum Ausdruck bringen. Indirekt, indem sie internationale Solidarität üben und die kämpfenden Befreiungsbewegungen unterstützen.

Sie können dagegen demonstrieren. Sie können z.B. auch die Lieferung wichtiger Waren nach Rhodesien verhindern, wie z.B. die holländischen Hafenarbeiter, die das taten. Das war eine sehr gute Sache, und wenn das in vielen Teilen der Welt getan wird, enthüllt das die Aktivitäten der Kolonialisten auf breiter Ebene.

Wir fordern unsere Freunde auch auf, uns mit allem materiell zu unterstützen, was in ihren Kräften steht. Finanzielle Hilfe, gute gebrauchte und neue Kleider, Decken, leichte Armeestiefel, Taschenlampen und Batterien dafür, Armbanduhren, Transistorradios, Kameras, Schreibmaschinen - alle diese Dinge helfen uns beträchtlich, unseren bewaffneten Kampf noch besser zu führen.

Präsident N. Sithole (ZANU) kommt!

Am 16.Juni wird der Präsident der führenden Organisation des Befreiungskampfes in Rhodesien, ZANU, auf einer Veranstaltung des Komitee Südliches Afrika in Wien sprechen. Sithole wurde über 10 Jahre vom rhodesischen Kolonialregime in Gefangenschaft gehalten. Die großen Fortschritte im bewaffneten Kampf der afrikanischen Arbeiter und Bauern für die Errichtung einer freien und unabhängigen Gesellschaft und den Sturz der Herrschaft der Minderheit weißer Siedler zwangen das rhodesische Regime, Sithole vor wenigen Wochen freizulassen.

Ort: Gew. Haus 1., Treitlstraße 4

Zeit: Montag, 16.Juni, 20 Uhr

Rex Chiwara in Wien



Am 28.5. kamen 400 Menschen zu einer Solidaritätsveranstaltung des Komitee Südliches Afrika mit dem kämpfenden Volk von Zimbabwe ins Gewerkschaftshaus in der Treitlstrasse. Zwei Mitglieder der ZANU, die Genossen Rex Chiwara und Matthews Curira berichteten anschaulich vom Kampf des Volkes gegen das illegale rhodesische Kolonialregime. In seinem Referat schilderte Genosse Chiwara die Lage im Befreiungskampf und die Ziele der ZANU, die bei den Teilnehmern große Unterstützung fanden. Die Veranstaltung war ein wichtiger Schritt vorwärts in der Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe, was sich auch in der Spendensammlung für die ZANU von 8500 S ausdrückte.

Auf einer Solidaritätsveranstaltung in Graz mit ca. 100 Teilnehmern wurden am 29.5. 2500 S für die ZANU gesammelt.

FORTSETZUNG VON SEITE 27

China: Arbeiterfamilie in Shanghai

beitete, gab sie ihre Kinder 18 Monate lang in die der Fabrik angeschlossene Kinderkrippe und bekam täglich eine Stunde arbeitsfrei, um bei dem Kind zu sein.

In der alten Zeit mußte ich auch mit 40 Grad Fieber zur Arbeit gehen, um die Stelle nicht zu verlieren. Wenn heute ein Arbeiter krank ist, zahlt ihm der Staat alle Ausgaben für Medikamente. Wenn er in einer staatlichen Fabrik arbeitet, bekommt er auch die Hälfte aller Ausgaben für Medikamente für seine Familie. Und die Preise von Medikamenten sind seit 1950 um 80% gesunken. Natürlich ist die Sozialversicherung nicht nur darauf beschränkt. Ich arbeitete über 30 Jahre bis zur Pensionierung. Jetzt bekomme ich 70% meines Lohnes als Rente, das sind 80 yüan monatlich. Wenn ich krank bin, zahlt der Staat alle damit verbundenen Ausgaben...."

Als Mutter Huan zu sprechen aufhörte, stürzte ein Mädchen, das das rote Halstuch der Kleinen Rotgardisten trug, ins Zimmer. Yen-yung erzählte ihren Eltern, daß sie mit ihren Schulkollegen weggehen müsse, um für die Abschlußzeugnisse Fotos zu machen und flitzte wieder aus der Wohnung. Mutter Han sagte: "Die jüngere Generation ist in einer glücklichen Lage. Wir müssen ihnen klar machen, daß die Gesellschaft, in der wir heute leben, mit dem Blut und dem Schweiß unserer Vorfahren errungen wurde, und daß sie sie nicht verlieren dürfen!"

(Aus: "China Reconstructs", No.4, April 1975, gekürzt und mit Titeln versehen v.d. Red.)

KLASSENKAMPF

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN

Erscheint 12mal jährlich. Einzelpreis S 3.-, Jahresabonnement inkl.Porto (12 Nummern) S 50.- im Inland, S 60.- im Ausland. Bestellung durch Zuschrift an KB-Wien, 1070 Halbgasse 12, oder telefonisch: (0222) 93 83 37. Einzahlung auf Kto.Nr. BAWAG-Zentrale 00 66304-7, Erlagschein folgt mit der ersten übersandten Nummer.
Redaktionsschluß: 8.6. Erscheinungstermin: 10.6
Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1070

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Wien. Für den Inhalt verantwortlich: Karl Peter Schwarz. Alle: 1070 Wien, Halbgasse 12. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H. 1070 Wien, Halbgasse 12.